

Teil 2

1. Begrüßung Waltraud Stiefsohn
2. Beschlüsse zur Eröffnung der 2. Sitzung
3. Referat Walter Baier
4. Referat Manfred Eber
5. Referat Marietta Einspieler
6. Bericht der
Wahlvorbereitungskommission Mirko Messner
7. Referat Heidi Ambrosch
8. Referat Petra Stöckl
9. Plenardiskussion - Themenblock 1
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 10a. Beschlüsse Statut und Wahlordnung
und Abstimmung der Anträge
11. Bericht der Schiedskommission Reinhart Sellner
12. Finanzbericht Michael Graber
13. Bericht der Kontrolle Christine Cech
14. Plenardiskussion - Themenblock 2
15. Wahlergebnis
16. Rede des Walter Baier nach dem
Bericht der Zählkommission
17. Diskussion und Beschlüsse nach
der Rede Walter Baiers
18. Berichte aus den Länderberatungen
19. Zusammenfassende Rede von Walter Baier
nach den Berichten der Länderberatung
20. Beschlüsse nach den Länderberatungen
21. Anhänge

1. Begrüßung Gin. Waltraud Stiefsohn

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Ich begrüße euch zur zweiten Sitzung des 32. Parteitages. Der erste Teil dieses Parteitages ist gerade mal sieben Wochen her, in denen sich aber jede Menge politische Kämpfe und Herausforderungen auch für uns KommunistInnen ergeben haben. Eine Streikbewegung, die Österreich seit 1950 nicht mehr erlebt hat und die erste Zusammenkunft des Austrian Social Forum in Hallein, bei der an die 1500 Menschen im Verständnis, dass eine andere Welt möglich ist, teilgenommen haben. Auch wenn der ÖGB wieder einmal klein beigegeben hat und das Ziel, diesen Pensionsraub zu verhindern, gescheitert ist, so kann eines nicht mehr rückgängig gemacht werden: die gemeinsame Erfahrung, was Streiks bewirken könnten, wenn die ÖGB-Führung konsequent wäre, die Solidarität in der Bevölkerung und die Tatsache, dass sich Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Bewegungen in gemeinsamen Aktivitäten aufeinander zu bewegen.

Liebe GenossInnen, in diesen zwei Arbeitstagen liegt jede Menge Arbeit vor uns und das in einer sehr angespannten parteiinternen Situation. Leider ist es nicht gelungen, ausgehend vom inhaltlichen Kompromiss, der in der 1. Sitzung des Parteitages erzielt worden ist, eine gemeinsame Vorgangsweise in der Vorbereitung dieser Sitzung zu Stande zu bringen. An die 80 KandidatInnen-Vorschläge für den neuen Bundesvorstand und sehr spät eingebrachte Gegenkandidaturen für zentrale Funktionen zwei Tage vor Antragsschluss haben es den Parteiorganisationen nicht möglich gemacht, dazu Stellung zu nehmen. Was bedeutet, dass diese Diskussionen erst hier auf dem Parteitag stattfinden können und sich damit der Druck auf unsere Arbeitsbedingungen und vor allem auf unseren Zeitplan enorm erhöht. Mitgliederparteitage können aus der Sicht meines Demokratieverständnisses die Diskussionen im Vorhinein auf Ebene der Parteiorganisationen nicht ersetzen. Auch können und wollen nicht alle Genossen und Genossinnen, die sich in Parteigruppen aktiv einbringen, an Parteitagen teilnehmen. Eine Reihe von Parteimitgliedern hat die Teilnahme auch deshalb abgelehnt, weil sie das Diskussionsklima in unserer Partei nicht ertragen. Das sollte uns nachdenklich stimmen.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam die Verantwortung dafür übernehmen, dass dieser Parteitag nicht aus den Fugen gerät, und dass wir unsere Aufgaben in einem Zeitrahmen erfüllen können, der es auch älteren GenossInnen ermöglicht, am Parteitag bis Sitzungsende aktiv teilnehmen zu können. Damit habe ich auch meine

Ich wünsche uns eine Streitkultur, die eine gemeinsame Weiterarbeit möglich macht.

2. Beschlüsse zur Eröffnung der 2.Sitzung des 32.Parteitages

A. Diskussionsleitung/2. Sitzung

Samstag

9.30-12.30 Uhr

14.00-15.30 Uhr

Stöckl

16.45 bis Ende

Trost

Sonntag

9.00-12.00 Uhr

Peuker

14.00-16.30 Uhr

Renate Pacher

Im Falle, dass sich der Parteitag am Samstag für die Direktwahl der statutarischen Funktionen entscheidet, wird die Zeiteinteilung am Sonntag wie folgt geändert:

9.00-11.00 Uhr

Peuker

11.00-14.00 Uhr

Renate Pacher

ZählerInnen

Brigitte Bauer, Roland Starch, Hans Girlinger, Roman Gutsch, Wolfgang Rohrsdorfer, Gudrun Luschützky, Herwig Peuker

B. Antrag der Mandatsprüfungs-/Zählkommission

Sollen Mitglieder der KPÖ, die seit dem Beginn des Parteitages beigetreten sind, auch am Parteitag teilnehmen können?

Abstimmung: ja/nein

(Der Parteitag sprach sich mehrheitlich für ein Ja aus)

C. Tagesordnung der 2. Sitzung des 32. Parteitages

1. **Eröffnung der 2.Sitzung des 32. Parteitages**
2. **Referate:**
 - a) Politischer Bericht des Bundesvorstandes” - **Walter Baier**
 - b) "Alternative Überlegungen zum Politischen Bericht" - **Manfred Eber**
 - c) frauenpolitischer Sicht” - **Marjeta Einspieler**
3. **Bericht der Wahlvorbereitungskommission**
4. **Plenardiskussion zu den Referaten, zum schriftlichen Bericht des Bundesvorstandes, zum Bericht der Wahlvorbereitungskommission und zu den Anträgen an den 32. Parteitag**
5. **Bericht der Schiedskommission**
6. **Finanzbericht und Bericht der Bundeskontrolle** Diskussion und Abstimmung über finanzielle Entlastung des Bundesvorstandes und des Finanzreferenten.
7. **Neuwahl des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle und der Schiedskommission**
8. **Beschlussfassung über vorliegende Anträge**
9. **Abschluss des 32. Parteitages**

C. Präzisierungen /Ergänzungen der Geschäftsordnung - für die 2. Sitzung des 32. Parteitages

- zu Pkt. 2) Wortmeldungen zur Plenardiskussion in der 2. Sitzung werden nach dem Bericht der Wahlvorbereitungskommission von der Diskussionsleitung entgegengenommen und nach Themenblöcken geordnet in der Reihenfolge des Einlangens gesammelt.
- zu Pkt. 9) Abgestimmt wird durch das Hochheben der **orangenen** TeilnehmerInnenkarte

D. Ablauf und Zeitplan der 2. Sitzung des 32. Parteitages**Samstag**

ab 8.30 Uhr
10.00 Uhr

Saaleinlass**Beginn****a) Eröffnung der 2. Sitzung des 32. Parteitages - Waltraud**

Stiefsohn**b) Wahl der Diskussionsleitung für die 2. Sitzung****c) Beschlussfassung der Tagesordnung, des Zeit- und Ablaufplanes und allfälliger Präzisierungen zur Geschäftsordnung****Politischer Bericht des Bundesvorstandes – Walter Baier****Referat: „Alternative Überlegungen zum Politischen Bericht" - Manfred Eber****Referat: Kritik am politischen Bericht und Rechenschaftsbericht aus frauenpolitischer Sicht - Ref. Marjeta Einspieler****Bericht der Wahlvorbereitungskommission**

anschließend:

Beginn der Plenardiskussion zu den Referaten, zum schriftlichen Bericht des Bundesvorstandes, zum Bericht der Wahlvorbereitungskommission und zu den Anträgen (Themenblock 1)

12.30 Uhr

Antragsschluss für Abänderungsanträge zu bereits gestellten Anträgen und aktuelle Stellungnahmen (ohne längeren verbindlichen Charakter)

13.00 - 14.30 Uhr

Mittagessen

14.30 - 15.00 Uhr

Fortsetzung der Plenardiskussion

15.00 Uhr

Bericht der Mandatsprüfungs/Zählkommission

und ev. dazu vorliegender Statutenanträge

ab 15.30 Uhr

Länderberatungen zur Nominierung der LändervertreterInnen für den Bundesvorstand, die Bundeskontrolle und Schiedskommission

16.30 Uhr

Fortsetzung im Plenum**Bericht der Schiedskommission****Finanzbericht - Michael Graber****Bericht der Bundeskontrolle****Diskussion zum Finanz- und Kontrollbericht (Themenblock 2)****Abstimmung über die finanzielle Entlastung des Bundesvorstandes und des Finanzreferenten**

ca. 18.00 Uhr

Bericht über die Ergebnisse der Länderberatungen und ev. Abstimmungen zur zentralen Liste

anschließend

Fortsetzung der Plenardiskussion (bis zur

ca. 18.45 Uhr Fertigestellung des/der Stimmzettel)
Durchführung der Neuwahlen des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle und Schiedskommission

Sonntag

9.00 Uhr **Bericht der Mandatsprüfungs-/Zählkommission über das Wahlergebnis der Wahl des Bundesvorstandes der Bundeskontrolle und Schiedskommission**
Weiterführung der Diskussion zu Themenblock 1

12.00 - 14.00 Uhr **Mittagessen (in der Mittagspause Konstituierung des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle und der Schiedskommission)**

14.00 Uhr **Bericht über die Konstituierung des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle und Schiedskommission**
Schlussworte zur Diskussion

14.30 Uhr **Bericht der Antragskommission - Abstimmung über vorliegende Anträge**
Bericht der Antragskommission - Beschlussfassung über vorliegende Anträge an den Parteitag

ca. 16.30 Uhr **Abschluss des 32. Parteitages**

Im Falle, dass sich der Parteitag am Samstag für die Direktwahl der statutarischen Funktionen entscheidet, wird der Zeitplan wie folgt geändert:

Samstag:

ca. 18.45 Uhr **Durchführung der Neuwahlen des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle und Schiedskommission und der zentralen Funktionen**

Sonntag:

09.00 Uhr **Bericht der Mandatsprüfung-/Zählkommission über das Wahlergebnis der Wahl des Bundesvorstandes der Bundeskontrolle und Schiedskommission**
Weiterführung der Diskussion zu Themenblock 1 (In der Diskussion Berichte von der Konstituierung der Bundeskontrolle und Schiedskommission)

10.30 Uhr **Schlussworte zur Diskussion**

11.00 Uhr **Bericht der Antragskommission**
Abstimmung über vorliegende Anträge

ca. 14.00 Uhr

Abschluss des 32. Parteitages und gemeinsames Mittagessen

3. Referat Gen. Walter Baier

Wir wollen eine andere Welt

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die erste Sitzung unseres Parteitages haben viele GenossInnen mit einem Gefühl der Erleichterung verlassen: Durch die gemeinsame Beschlussfassung des von Manfred Groß vorgelegten Papiers - "Wofür steht die KPÖ?" - und des steirischen Alternativantrages - "Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein" - , die sich in weiten Passagen inhaltlich entsprachen, war ein tragfähiger Kompromiss für die Weiterarbeit gefunden. Aus jetziger Perspektive ist ein solcher tragfähiger Kompromiss für unsere 2. Sitzung noch in weiter Ferne. Gescheitert ist z.B. der gemeinsame Versuch von Ernst Kaltenegger und mir, zu einem deutlich verkleinerten Wahlvorschlag zu kommen. Charakteristisch für die Lage ist auch ein Antrag, der darauf hinaus läuft, dass die Arbeit der Wahlkommission, die von der ersten Sitzung des Parteitages gewählt wurde, faktisch aufgehoben werden soll. Wollte man einen möglichst irrationalen Wahlvorgang erfinden, dann würde er ungefähr - so wie in diesem Antrag skizziert - aussehen: Man nehme möglichst viele KandidatInnen, die möglichst wenig Leute kennen, präsentiere sie möglichst unübersichtlich und warte, was heraus kommt.

Gerade angesichts dieser Lage sind Augenmaß, Ruhe und Übersicht auf der zweiten Sitzung unseres Parteitages besonders entscheidend.

Vor neuen Herausforderungen und Möglichkeiten

Trotz der ernsten Probleme, die meines Erachtens nicht weniger als den Bestand unserer Partei in Frage stellen, möchte ich zunächst von den Herausforderungen

Der österreichische Kapitalismus, Teil der neoliberalen, kapitalistischen Globalisierung, befindet sich mitten in einem Umbruch. Dieser Umbruch, der von der

Technologie und den Arbeitsbeziehungen seinen Ausgang nimmt, wälzt den gesamten Überbau einschließlich der Kultur und der Lebensweise um, und zwar auf seiner kapitalistischen Grundlage, der er neue Dynamik verleiht.

Für unsere heutige Diskussion ist vor allem wichtig: Erstmals seit Jahrzehnten stößt dieser kapitalistische Umbruch auf Widerstand in weiten Teilen der Gesellschaft. Das

Dabei stimmt, was der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten im Interview mit der „Volksstimme“ über den Streik sagt: „Der ÖGB hat seine zentralen Forderungen nicht durchgesetzt.“

Dafür ist ein Bündel von Faktoren verantwortlich: Zu aller erst der brutale Zynismus der blauschwarzen Regierung, die den Abfangjägerkauf und die Pensionskürzungen in einer Sitzung durchgezogen hat. Verantwortlich ist aber auch die politische Instinktlosigkeit von Alfred Gusenbauer, der meinte, die Koalition über ein Spargelessen mit Jörg Haider ausheben zu können; möglich wurde das - das letztlich Durchsetzen der Pensionsabbaus - aber vor allem, weil es zu seiner Notwendigkeit, Unausweichlichkeit eine generelle Übereinstimmung zwischen Regierung, Opposition und veröffentlichter Meinung gab.

Das ist einer der Gründe, weshalb die ÖGB-Spitze den Streik quasi mit angezogener Handbremse geführt hat und der Präsident über weite Strecken nicht genau gewusst hat,

ob sein Platz eher am „Runden Tisch“ mit den sogenannten „Sozialpartnern“ und den Spitzen der Republik oder bei den Betriebsversammlungen der Kollegen sein soll. Für diese Unentschiedenheit ist die politische und ideologischen Bindung der ÖGB-Spitze an die Sozialdemokratische Partei ausschlaggebend, die sie mit dem in der Gesellschaft bestehenden neoliberalen Konsens verbindet.

„Reformieren statt abkassieren“, so der Hauptslogan des ÖGB im Streik, steht für das strategische Dilemma der SP-Gewerkschafter. Naiverweise könnte man annehmen, dass mit „Reformen“ so etwas wie die „bedarfsorientierte Grundsicherung“, die „Sozialversicherung für alle Beschäftigungsverhältnisse“ oder dass „das gleiche Recht für MigrantInnen“ gemeint wäre. Doch gerade so ist es eben nicht. Sagen soll der Slogan vielmehr: Ja, auch wir ÖGB-Spitze akzeptieren, dass die Gesellschaft sich das Altwerden in der bisherigen Form nicht mehr leisten kann. Reformieren in diesem Sinne, dem Sinn der Regierung, der „Sozialpartner“, der Experten und der Medien buchstabiert sich immer als: Länger arbeiten für weniger Geld.

Dabei müsste es die ÖGB-Spitze besser wissen. Aus einer neuen Studie der AK-Wien ist zu entnehmen, dass zwischen 1997 und 2001 die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 17 Prozent gestiegen ist, während sich der Personalaufwand je MitarbeiterIn um schmale 10 Prozent erhöht hat. Diese Zahlen illustrieren ein quasi-Naturgesetz des heutigen Kapitalismus, dass nämlich die Zuwächse in der Arbeitsproduktivität, die wie schon der Namen sagt, erarbeitet werden, automatisch dem Kapital zufallen.

„Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich“, heißt es bei Bertold Brecht.

Und so erhöhte sich auch die Gewinnausschüttung in der Industrie um 116 Prozent - und die stets beklagte - angeblich zu niedrige Eigenkapitalquote der österreichischen Unternehmen - von 38 auf 41 Prozent.

Es nimmt daher auch nicht Wunder, wenn schon nicht die Wirtschaft in Österreich wächst, so doch die Zahl der Euro-Millionäre und zwar auf 60.000, wie man dem

neuen "World Wealth-Report" entnehmen kann.

Wenn man - anders als SP und Grüne - das Gesetz von der wunderbaren Kapitalvermehrung durch Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht akzeptiert, zeigt die Studie der Arbeiterkammer zweierlei: Wo und wie das Geld für eine nachhaltige Finanzierung der Pension zu holen wäre. Nämlich beim Großvermögen. Und zwar auf dem Wege einer Wertschöpfungsabgabe bzw. einer durchgreifenden Kapitalbesteuerung. Das sind keineswegs, wie man meinen könnte, nur steuertechnische Forderungen. Hier geht es um Grundfragen der Verteilung. Mehr noch: Es geht darum, den Anspruch des Kapitals auf die Arbeitsproduktivität zu bestreiten; die Frage zu stellen, woher in hochtechnisierten Gesellschaften der Reichtum kommt, und wer darauf Anspruch erhebt.

Namen und Gesichter der Partei

Deutlich wird an der AK-Studie aber auch, wie seltsam die Strategie des ÖGB-Vorsitzenden angelegt war, ausgerechnet mit den Unternehmervetretern, die die Produktivitätszuwächse der Besteuerung entziehen, um sie einzustreifen und die damit für die Finanzierung des Sozialstaates fehlen, eine "sozial ausgewogene Pensionsreform" auf die Beine stellen zu wollen.

Interessant ist auch, dass Hans Sallmutter auf die Frage der „Volksstimme“, ob es nicht besser gewesen wäre, den Streik fortzusetzen, zu Protokoll gibt: "Die Stimmen, die diesen Weg einforderten, waren nicht stark genug." Daran, dass diese Stimmen nicht stark genug waren, sollte man sich vor allem bei den AK-Wahlen im nächsten Jahr

Aber immerhin, es gab Stimmen, die für eine kämpferische Fortsetzung der Aktion eintraten. Und daher kann man den ÖGB auch nicht ausschließlich und soll ihn auch nicht in erster Linie von seiner Spitze her beurteilen.

Hunderttausende Menschen haben in den letzten Wochen konkrete Kampferfahrungen gemacht und KommunistInnen und GLBlerInnen waren mitten unter ihnen.

Genosse Rennert, der in Salzburg namens des Sozialforums vor Tausend ArbeiterInnen auf der Staatsbrücke gesprochen hat, Robert Hobek, der "sein Postamt" als erstes von fünf in Wien in den Streik geführt hat, Karin Antlanger, Betriebsratsvorsitzende, die auf einer wichtigen ÖGB-Konferenz in Oberösterreich durchsetzte, dass die Wertschöpfungsabgabe prominent in den Forderungskatalog aufgenommen wurde, Theo Schneider, der gemeinsam mit Beatrix Todter und Robert zu den InitiatorInnen der Initiative zur Verteidigung des öffentlichen Eigentums an den Unternehmen der Daseinsvorsorge gehört und der diese Woche mit 94 Prozent in die Zentraleitung der Gewerkschaft der Eisenbahner gewählt wurde. Ich erwähne das nicht nur deswegen, weil mir selbst auf diesem Parteitag ein solches Wahlergebnis nicht vergönnt sein wird, sondern weil er damit mehr Stimmen erhalten hat, als der Vorsitzende seiner Gewerkschaft und der Leiter der christlichen Fraktion.

Alle diese Erfahrungen zählen und gehören dazu, wenn wir unserer Partei Namen und Gesicht geben wollen.

Auf unserem Parteitag wird es uns - leider - aus den bekannten Gründen nicht möglich sein, die Auswertung dieser Erfahrungen vorzunehmen. Wir sollten uns aber darauf verständigen, das Memorandum über die Sicherung des Sozialstaates zu beschließen und den neu gewählten Bundesvorstand beauftragen, eine Konferenz zur Auswertung der Streikerfahrungen vorzubereiten.

Teilnahme an der Friedensbewegung

Über eine zweite wichtige Erfahrung wurde auf der ersten Sitzung des Parteitages bereits gesprochen: Unsere Teilnahme an der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg, den die USA, Großbritannien und ihre Verbündeten im Irak geführt haben. Zwanzig Millionen Menschen waren am 15. Februar weltweit in 650 Städten auf Demonstrationen gegen diesen imperialistischen Krieg auf der Straße und haben damit den Aufruf der Sozialforen beantwortet. Auch in Österreich waren die Demonstrationen in Wien und in den Landeshauptstädten die größten Friedensdemos seit der Raketenstationierung in den 80er Jahren. Auch in Österreich waren sie durch ein neues breites Bündnis von GewerkschafterInnen, neuen Sozialen Bewegungen, Linken, SozialdemokratInnen, ChristInnen, KommunistInnen und VertreterInnen der Migrantengemeinschaften charakterisiert.

Hier ist eine neue Zusammenarbeit zwischen traditionellen und neuen TrägerInnen des Widerstands gegen Neoliberalismus und Krieg entstanden, ein neues Vertrauen und eine neue Solidarität. Das hat auch inhaltliche Voraussetzungen: Entschieden und entschlossen war unser Widerstand gegen die neuerliche imperialistische Aggression

und genauso unzweideutig haben wir klar gemacht, dass der Widerstand gegen den US-Krieg nicht die Zustimmung oder die Solidarisierung mit dem blutigen Regime von Saddam Hussein bedeuten kann.

Linke und kommunistische Politik verlangt grundsätzlich, sich mit den Entrechteten und Unterdrückten zu solidarisieren. Hier kann es nicht um eine Wahl zwischen zwei Übeln gehen, und "Antiimperialismus" läuft nicht darauf hinaus, wie manche behaupten, dass ich den Feind meines Feindes zu meinem Freund erkläre.

Drei strategische Differenzen

Wenn man die letzten 10 Jahre der Parteientwicklung Revue passieren lässt, dann waren sie einerseits gekennzeichnet durch die immer schwieriger werdende finanzielle Lage, durch Einsparungsrunden, Improvisationen und davon ausgehenden politischen Auseinandersetzungen; andererseits durch das ständige Suchen nach Möglichkeiten, das nach 1989/90 verloren gegangene politische Terrain wieder zu gewinnen. Manches hat sich dabei als ein Irrweg herausgestellt. Der selbstkritische Blick auf diese Periode der Parteientwicklung ist also notwendig. Andererseits aber sind wir in politischen und grundsätzlichen Fragen aber richtig

gelegen.

Wenn man die Fülle der geleisteten Arbeit vor Augen hat, halte ich es für absurd, die letzten 12 Jahre als “verlorene Jahre der Parteientwicklung” zu disqualifizieren.

* War es richtig oder falsch, gegen den EU-Beitritt gekämpft und gestimmt zu haben - und zwar trotz einiger Entgleisungen konsequent von internationalistischen und linken Positionen ausgehend?

* War es richtig oder falsch, dass wir als einzige österreichische Partei 78 Tage lang mit den hier lebenden Jugoslawen und Jugoslawinnen gegen den völkerrechtswidrigen Krieg der NATO-Aggression demonstriert haben?

* Ich bin auch, und heute mehr denn je, davon überzeugt, dass es richtig und nicht falsch war, nicht nur in den ersten Wochen sondern auch danach, gegen die Schwarz-Blau-Regierung demonstriert zu haben. Die Regierungsbildung 2000 war keine normale Angelegenheit, sondern eine Grenzüberschreitung und gegenüber Rassismus - egal in welcher Form - darf es auch keine Gleichgültigkeit geben.

Wenn man die These von “zwölf verlorenen Jahren” akzeptierte, so träfe das nicht nur auf die leitenden Menschen zu oder auf den Bundesvorstand, sondern auf die Gesamtpartei und die Mitglieder, die in dieser Zeit der KPÖ beigetreten sind.

Sollen wir beispielsweise der Genossin Todter erklären, die über die Bewegung gegen Schwarz-Blau der KPÖ beigetreten ist und jetzt eine wichtige gewerkschaftliche Funktion ausübt, dass das ein Irrtum war; oder dem Genossen Schäfer, der zu einem wichtigen Koordinator des Sozialforums in Wien geworden ist, dass er Angehöriger einer quasi “verlorenen Generation” ist?

Schauen wir doch genau hin!

Der Genosse Zach hat bei einer der letzten Bundesvorstandssitzungen mit einer Statistik

darauf hingewiesen, dass im Bundesvorstand - so wie übrigens im österreichischen Parlament - die überwiegende Mehrheit der Beschlüsse einstimmig oder fast einstimmig beschlossen worden ist. Neben diesen Übereinstimmungen gab es allerdings drei bedeutsame Auffassungsunterschiede, die die politische Strategie betreffen:

1. Die Wahlpolitik:

Praktisch die gesamten 90er Jahre war strittig, ob wir bei allgemein politischen gesamtösterreichischen Wahlen antreten sollen oder nicht.

Unsere Ergebnisse lesen sich dabei folgendermaßen:

1990 (Spitzenkandidat:Silbermayr)	25.000 Stimmen
1994	12.000 Stimmen
1995	14.000 Stimmen
1996	18.000 Stimmen

2000	22.000 Stimmen
2002	27.000 Stimmen

Diese Fortschritte sind sehr bescheiden, aber zum einen sind es Fortschritte und zum anderen muss man wissen, dass wir noch 1990 einen Parteiapparat mit 300 Beschäftigten hatten, eine Tageszeitung herausgeben haben und uns finanzielle Mittel zur Verfügung standen, die vier bis fünf mal so groß waren wie heute.

Jeder weiß, dass heute die erste Kampfaufgabe bei Wahlen darin besteht, überhaupt bundesweit auf dem Stimmzettel zu stehen, das heißt die Unterstützungserklärungen beizubringen, was in Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und Tirol (dort zu 80 Prozent) nur durch einen großen Einsatz zentraler HelferInnen möglich ist.

Hätte es uns weiter gebracht, wie uns manche empfohlen haben, nicht anzutreten?

Meiner Meinung nach und das war die Argumentation, die sich im Bundesvorstand mehrheitlich herausgebildet hat, wäre die einzige Konsequenz eines Heraushalten aus allgemein politischen Wahlen, dass eben keine linke Alternative auf dem Stimmzettel aufscheint. Wir hätten aber kein einziges Betriebsrats- und kein einziges Gemeinderatsmandat mehr gewonnen! Wir haben in den letzten Jahren gerade in Gemeinden und Betrieben Positionen ausbauen und neue gewinnen können.

Zu Recht wurde und wird über unser außerordentliches Wahlergebnis in Graz gesprochen. Wir haben aber auch eine starke kommunalpolitische Position in Hallein erkämpfen können, in Krems hat der Gen. Kral sein Mandat zurückgeholt, in Villach haben wir uns bei den letzten Gemeinderatswahlen verdoppelt und in Klagenfurt vervierfacht

Macht es also Sinn, die allgemein politische und die lokale politische Arbeit in einen so schroffen Gegensatz zu stellen, wie es bisweilen geschieht?

Tatsache ist doch, dass viele neue Mitglieder erst in Wahlkampagnen die KPÖ kennen gelernt haben und nicht wenige unserer neuen Strukturen sich im Vorlauf von Wahlkämpfen gebildet haben.

Die Differenzen der letzten Jahre lassen sich nicht über die Schlagworte "Parteiaufbau von unten" gegen "Parteiaufbau von oben" abhandeln. Das wäre allein schon deswegen unrichtig, weil die Spitzenfunktionäre unserer Partei gleichzeitig an der Basis arbeiten.

Die Differenzen gehen um andere Fragen:

* um den offenen und ehrlichen Umgang mit der Geschichte unserer Bewegung, die eben nicht nur eine des Heroismus und des Antifaschismus ist, sondern auch den Stalinismus und das jahrzehntelange Nicht-Zur-Kenntnis-Nehmen seiner Verbrechen beinhaltet. Dieser offene Umgang ist erforderlich, um unsere neue Identität entsprechend des Ideals eines demokratischen, antipatriarchalen und emanzipatorischen Sozialismus zu entwickeln. Es ist kein Zufall, dass nach der Publikation der Untersuchung über die Stalinismus-Opfer unserer Partei durch Franz

Muhri und mich die Angriffe auf die Parteiführung mit solcher Erbitterung begonnen haben.

* Die Bedeutung des Feminismus in Theorie und Praxis. Es ist kein Zufall, dass die Genossin Ambrosch, die nicht nur in der Öffentlichkeit für das Frauenprogramm der KPÖ steht, sondern auch innerhalb der Partei konsequent gegen jeden Sexismus auftritt und dafür sorgt, dass das Frauenprogramm mit Punkt und Beistrich auf der Tagesordnung bleibt, mit solcher Heftigkeit und Bösartigkeit attackiert wird.

* Darum, dass wir in der Migrationspolitik Kurs halten, auch wenn uns das in der konkreten "Alltag-Politik" in Gegensätze zu Stimmungen in nicht geringen Teilen der Arbeiterklasse bringt. Daher ist wichtig, dass sich mit der GO-42 in Wien eine Parteigruppe gebildet hat, die die Migrationspolitik ins Zentrum der Aktivitäten stellt.

* Ein pluralistisches und demokratisches Politik-Verständnis in Bewegungen und innerhalb der eigenen Partei.

Zu alle dem haben wir uns in den letzten 10 Jahren Positionen erarbeitet, und diese sollen jetzt revidiert werden. Darum geht es in den Auseinandersetzungen. Und diese Auseinandersetzungen werden mit Recht auch an Personen festgemacht, denn mit der gegenwärtigen Parteiführung wäre eine Revision dieser Positionen nicht durchführbar.

2. Politische Differenz: Europapolitik

Wir haben 1995 den EU-Beitritt aus vielen und guten Gründen abgelehnt. Wir haben die EU als das Europa der Konzerne gekennzeichnet, die Maastricht-Kriterien als die Geißel, mit der der neoliberale Sozialabbau durchgepeitscht wird. Wir haben den Gegensatz zwischen der Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die sich perspektivisch zu einer Militärunion entwickeln möchte und der österreichischen Neutralität herausgearbeitet. Und wir haben, um noch ein Beispiel zu nennen, die EU als Festung der Reichen charakterisiert, die sich mit rassistischen Einwanderungs- und Asylgesetzen von den Auswirkungen der eigenen Politik abschotten möchte. Wir haben in all diesen Punkten Recht behalten.

Die Grünen haben einen weiten Weg zurückgelegt vom ursprünglichen Nein zum beinahe fundamentalistischen Eifer, mit dem der EU-Abgeordnete Voggenhuber heute den EU-Bundesstaat verfiicht.

Auch wir haben unsere Politik verändert, allerdings in anderer Weise als die Grünen. Auf der ersten Sitzung des Parteitages haben wir die Umakzentuierung noch einmal bestätigt: Der EU-Austritt ist aus heutiger Sicht nicht prioritäres Ziel, sondern nur eine Option, die wir langfristig offen halten wollen.

Gewollt oder ungewollt, jedenfalls ist es ein Missverständnis, dass wir mit dieser neuen Akzentsetzung unsere EU-kritische Position aufgeben wollten.

Weiterhin stehen wir

* gegen die Militarisierung der Europäischen Union und für die Beibehaltung und

Weiterentwicklung der österreichischen Neutralität. Deshalb unterstützen wir auch das Neutralitäts-Volksbegehren, dessen Einleitung bis zum Ende dieses Jahres sichergestellt werden soll.

*Für die Öffnung der Festung Europa und ihrer Grenzen. Gleiche Rechte für alle in Europa lebenden Menschen: Menschenrechte statt Staatsbürgerrechte!

* Angleichung der sozialen und ökologischen Standards und zwar nach oben.

* Transparenz und Demokratisierung der EU-Institutionen.

* Kein Einbau der EURATOM-Verträge in eine EU-Verfassung.

* Europaweite Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf der EU.

Österreich im Jahr 2003 unterscheidet sich wesentlich von dem Österreich zu Anfang der 90er Jahre. Mit Ausnahme der Schweiz und Liechtenstein werden demnächst alle Nachbarstaaten Österreichs Mitglieder der EU sein. Wirtschaftlich besteht eine entscheidende neue Rahmenbedingung darin, dass der große Verstaatlichten Industrie- und Finanzsektor heute privatisiert und unter der Kontrolle der transnationalen Konzerne steht. Die österreichische Wirtschaftspolitik wird heute von der Europäischen Zentralbank und den Finanzmärkten wesentlich gesteuert.

Nicht, dass damit die Bedeutung von lokalen Kämpfen oder Auseinandersetzungen im nationalstaatlichen Rahmen abnehmen würde. Aber klar ist, dass sozialpolitische Forderungen und Fortschritte nicht mehr ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen erhoben und durchgesetzt werden können, sondern europaweit - und vielfach global - vertreten werden müssen.

Ist es denn Zufall, dass Streiks gegen den von der EU verordneten Pensionsabbau in Griechenland, in Spanien, Frankreich und Österreich stattgefunden haben?

Wirksamen Widerstand gegen den Neoliberalismus zu leisten erfordert die Vernetzung der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der linken Parteien, die mehr und anderes wollen als den Kapitalismus verwalten.

Im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung wird die Internationalisierung der Linken zu einer der entscheidenden Zukunftsfragen. Das müssen wir in unserer Programmatik, in unserer Politik und Methodik der Arbeit berücksichtigen. Es hatte große Bedeutung, dass die KPÖ Teil dieses Prozesses ist. Und ob wir das weiterhin sein wollen und sein können, entscheidet sich auch auf dem heutigen Parteitag.

3. KommunistInnen und Bewegungen

Die seltsamste Debatte, die wir in den letzten Jahren geführt haben, ist die, ob sich die KPÖ in sozialen Bewegungen, wie die gegen Schwarz-Blau oder der GlobalisierungskritikerInnen beteiligen soll.

“Die KPÖ hechelt hinter Bewegungen her, ohne eigenes Profil zu entwickeln”, meint

Manfred Eber im “Standard”. Wäre der Gen. Eber in Hallein gewesen, so wie 2000

andere, könnte er nicht von "hinter her hecheln" reden, sondern wüsste, dass vieles dort nur stattfinden konnte, weil Kommunistinnen und Kommunisten, so der Gen. Eschbacher, unser Gemeinderat, auf vielfältige Weise beigetragen haben.

Im "Kommunistischen Manifest" lese ich: "Der Kommunismus ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl."

Bei Lenin könnte man lernen: Aufgabe der KommunistInnen ist es, alle Körner des gesellschaftlichen Protests aufzuspüren und sie im Sinne einer allseitigen Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System zusammenfassen.

In der "Deutschen Ideologie", dem ersten von Marx und Engels verfassten gemeinsamen Werk liest man: "Kommunismus ist nicht ein Zustand und nicht ein Ideal, sondern die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt."

Und etwas weiter unten: "Das Proletariat kann nur weltgeschichtlich wie der Kommunismus als weltgeschichtliche Aktion" bestehen.

Das Entstehen solcher Bewegungen im Kampf gegen den Neoliberalismus und dem Krieg erleben wir gerade heute. In Seattle, in Prag, in Genua, in Porto Alegre und in Florenz. Wir KommunistInnen sind weltweit und auch in Österreich Teil dieser Bewegung. Nur wer Hallein und die zahlreichen inhaltlichen und organisatorischen Beiträge, die die KommunistInnen und GLBlerInnen geleistet haben, ignoriert, kann behaupten, dass wir diesen Bewegungen "ohne eigenes Profil" hinter her hecheln.

Wir sind eine Partei mit antikapitalistischem Programm, hier haben wir eine Bewegung, deren wesentliche und dynamischsten Teile Grundstrukturen des weltweiten Kapitalismus in Frage stellen.

Wir sind eine internationalistische Partei, hier haben wir eine Bewegung, die von den unteren Schichten der Weltbevölkerung ausgeht, den ArbeiterInnen, den indigenen Völkern, den Landlosen und den Frauen, um den Kapitalismus auf globaler Ebene herauszufordern.

Wir sind eine Partei, die auf die Zukunft setzt. Hier ist eine Bewegung, die vor allem von der jungen Generation getragen wird.

Wo also, wenn nicht an der Seite dieser Bewegung, in ihren Reihen und in ihren Netzwerken wäre der Platz der KommunistInnen?

Abschließend einige persönliche Anmerkungen

Lange habe ich überlegt, was ich zur allgemeinen internen Lage unserer Partei sagen soll. Zunächst einmal:

Normal ist, dass auch in Kommunistischen Parteien gegensätzliche politische Auffassungen in alternativen Kandidaturen für führende Funktionäre münden. Nicht normal ist aber die politische Kultur, in der die Auffassungsunterschiede in unserer Partei ausgetragen werden. Einerseits haben die Genossen und Genossinnen Recht, die

sagen, dass es Entgleisungen auf allen Seiten gibt. Aber ich akzeptiere nicht, wenn man nur weise - scheinbar neutral - das Haupt schüttelt und für den unwürdigen Zustand in der Partei alle und damit in Wirklichkeit niemanden verantwortlich macht. Es ist nämlich eines, sich in einer Diskussion im Ton zu vergreifen, was auf allen Seiten geschieht und es ist etwas ganz anderes, politisches Mobbing, Verächtlichmachung und psychologischen Terror zur systematischen Methode der parteiinternen Auseinandersetzung zu machen.

Es ist vielleicht nicht bekannt, dass Manfred Groß auf der letzten Sitzung vor seiner

schweren Erkrankung als "Korruptionist" beschimpft wurde, der sein Papier für die erste Sitzung des Parteitags aus "materiellen Gründen" verfasst habe; dass Waltraud Stiefsohn am Rande der selben Sitzung tätlich angegriffen wurde und die Verantwortlichen der Bezirksorganisation dazu bis heute nicht Stellung nehmen, weil das erst "nach Abschluss" der offiziellen Tagesordnung stattgefunden habe.

Im von Manfred Eber betreuten sogenannten "Diskussionsforum der KommunistInnen", in dem angeblich keine "moralisch bedenklichen Texte" geduldet werden, konnte man im Februar lesen: "Der Argumentationslinie der Genossin Antlanger folgend 'müsste' man sich die 'Frage stellen' ob es sich bei Walter Baier nicht um ein verlogenes antikommunistisches Schwein handeln 'könnte'. Und wenig später: "Warum besudelt ihr die Schweine? Meine, die können doch nichts dafür, dass sie Schweine sind! Anders verhält es sich bei ..."

Alles "moralisch" nicht bedenklich!

Man konnte aber auch anderes lesen: "Recht so Genossin! Und: Fest die Gelder sichern - sind schon alle in Tel Aviv?"

Ich erspare es dem Parteitag, das zu qualifizieren und herauszuarbeiten, welche Vorurteilsstrukturen und Traditionslinien in solchen Äußerungen aufgerufen werden. Ich sage nur: Alles das ist unannehmbar!

Ich teile in diesem Falle auch nicht die Meinung des Gen. Mende, der in der „Volksstimme“ geschrieben hat, dass das eben die normale politische Kultur in Österreich darstelle.

Wir brauchen eine andere Kultur als in den anderen Parteien und auch in den kapitalistischen Betrieben, weil wir für eine andere Welt kämpfen, von der wir behaupten, dass sie möglich ist.

Die KommunistInnen, so argumentiert Marx sinngemäß, müssten in den Beziehungen, die sie in ihrer Partei eingehen, wenn schon nicht vorwegnehmen, so doch vorstellbar machen, wie die Gesellschaft aussähe, die sie zu schaffen gedenken. Wenn kommunistische Politiker, wie Ernest Kaltenegger und andere, große Glaubwürdigkeit gewinnen konnten, so letztlich deswegen, weil die Menschen etwas anderes wollen, als ihnen von den etablierten Parteien geboten wird.

Wir wollen eine andere Welt, eine andere Politik und eine andere Partei als die anderen. Wir wollen eine Partei, in der demokratische Normen, Respekt für den und die Andersdenkende und Solidarität existieren. Eine Partei, in der das Kämpfen und Streiten Spaß macht und in der lebt, was Mirko Messner einen "Föderalismus der Ideen und Zugänge" genannt hat.

Eine andere Welt ist möglich, dazu ist ein anderes Wirtschaftssystem, eine andere Politik und eine andere Kultur notwendig. Dazu wollen wir mit unserer kommunistischen Partei als selbständige und selbstbewusste Partei beitragen.

Es lebe unsere Partei, die Kommunistische Partei Österreichs!

4. Referat Gen. Manfred Eber

"Eine bessere Partei ist möglich!"

Liebe Genossinnen und Genossen!

Bereits am 31. Parteitag im Dezember 2000 habe ich ein alternatives Referat zu

jenem von Walter Baier gehalten. Hauptgrund dafür war, dass eine Minderheit des Bundesvorstands, aber – wie sich herausstellte – eine Mehrheit des Parteitages mit der Vorgangsweise und den Inhalten des damals vorgelegten Entwurfs für ein politisch-programmatisches Dokument nicht einverstanden war. Ähnliches gilt auch heute. Ich stehe hier, nicht um mit einem zusätzlichen Referat den Parteitag in die Länge zu ziehen, sondern um Positionen zu vertreten, die mehrheitsfähig in der Partei, aber nicht im Bundesvorstand, sind und sich von jenen unterscheiden.

Wir blicken heute auf zweieinhalb Jahre Arbeit unserer Partei unter schwierigen Umständen zurück. KommunistInnen müssen sich tagtäglich schwierigen Herausforderungen stellen, im Betrieb, am Arbeitsplatz, in den Gemeinden, in ihrem persönlichen Umfeld.

Die Frage Krieg und Frieden war eine der zentralen Herausforderungen in der letzten Zeit.

Kommunistinnen und Kommunisten haben sich an Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen gegen die Kriege der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan und gegen den Irak beteiligt. Wir haben dabei den imperialistischen Charakter dieser Kriege aufgezeigt, wir haben beigetragen, die Lüge vom sogenannten „Krieg gegen den Terrorismus“ bloßzustellen. Es ging den USA und ihren „Willigen“ nicht um Demokratie und Menschenrechte oder um das Aufspüren von Massenvernichtungswaffen. Es ging ihnen um Öl und Macht, um die Neuaufteilung der Welt. Der Krieg gegen den Irak war somit auch ein Schuss vor den Bug des europäischen Kapitals, das seine eigenen Interessen in dieser Region durchsetzen wollte. Mit anderen Worten: Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren verschärfen sich und niemand kann ausschließen, dass diese Widersprüche nicht schon bald in neue, unvorstellbar größere Kriege münden. Wir waren und sind aktiv in Antikriegs- und Friedensbewegungen, in der sogenannten „Antiglobalisierungsbewegung“, bei der Gründung des ASF, des österreichischen Sozialforums. Wir arbeiten bei der Umsetzung des Friedensvolksbegehrens mit, das sich für eine aktive Neutralitätspolitik ausspricht und gegen eine NATO-Anbindung und gegen jegliche Beteiligung an einer EU-Armee wendet.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten waren und sind gemeinsam mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock an vorderster Linie bei den Protestaktionen gegen Sozialabbau und Pensionsraub beteiligt. Die sogenannte „Pensionssicherungsreform“ ist keine Reform. Eine Reform ist „planmäßiges Umgestalten, um Verbesserungen zu erreichen“. Bei den beschlossenen Maßnahmen gibt es aber ausschließlich Verschlechterungen. Und gesichert werden nicht die Pensionen, weder die bestehenden noch die zukünftigen, gesichert werden lediglich die Profite für das große Kapital, für Banken und Versicherungen, die die private Pensionsvorsorge für alle durchsetzen wollen. Oder besser gesagt: Für alle, die es sich leisten können.

Kommunistinnen und Kommunisten haben sich in ihren Ländern und Gemeinden, in ihren Betrieben der Wahl

Ergebnis: 20,8 Prozent für die KPÖ mit Stadtrat Ernst Kaltenecker. Aber auch die Ergebnisse in Klagenfurt und Villach waren sehr erfreulich, auch wenn kein Mandat erreicht werden konnte. In Krems konnte Genosse Franz Kral sogar den Wiedereinzug in den Gemeinderat erreichen.

In so manchen Betrieben und Dienststellen kandidierten engagierte KommunistInnen

als Betriebsräte oder PersonalvertreterInnen oft erfolgreich. Auch ihre Arbeit, ihr Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen wurde mit Mandataten belohnt. Hervorheben möchte ich nur das sensationelle Ergebnis von Robert Hobek, der an seiner Dienststelle mit über 70 Prozent der Stimmen einen eindrucksvollen Sieg über die FSG erringen konnte.

Und erfreulich waren auch die Ergebnisse der Wahlen an den Universitäten und Hochschulen, wo der KSV auf hohem Niveau leichte Gewinne erreichte und in der ÖH-Bundesvertretung weiterhin mit 2 Mandaten vertreten ist. Als Tiroler freut mich besonders das Ergebnis des Innsbrucker KSV, der an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät mit über 20 Prozent ein zweites Mandat dazugewinnen konnte.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es Kommunistinnen und Kommunisten vor Ort gelingt, mit ihrer Politik, mit ihrem persönlichen Einsatz, erfolgreich zu sein, warum diskutieren wir dann nicht darüber, wie wir deren Arbeit besser unterstützen können, sondern über Kandidaturen und Gegenkandidaturen zum Bundesvorstand und für verschiedene zentrale Funktionen?

Ich meine, der Parteitag muss eine kritische Bewertung der Tätigkeit des Bundesvorstands vornehmen, Veränderungen, Verbesserungen vornehmen, um gestärkt und gerüstet für die Herausforderungen zu sein, denen wir uns tagtäglich gegenüber sehen. Dazu gehört auch eine personelle Erneuerung an der Spitze unserer Partei.

Ich möchte nur einige Beispiele für Neuerungen und Verbesserungen anführen:

Der 30. Parteitag hat einen Grundsatzbeschluss zur Neufassung eines marxistischen Parteiprogramms gefasst. Dieser Beschluss unseres höchsten Gremiums der Partei gab den Weg in groben Umrissen bereits vor, wie wir zu diesem Programm kommen sollten, welche Fragen unbedingt beantwortet werden müssen, welchen Aufgabenstellungen ein marxistisches Programm gerecht werden muss. Der für Programmfragen Hauptverantwortliche in unserer Partei, Walter Baier, hat diese Vorgaben systematisch ignoriert. Damit konnte weder am 31., noch am 1. Teil des 32. Parteitags, ein deutlicher Schritt in Richtung eines neuen Programms gemacht werden. Allerdings haben wir vor 7 Wochen am 1. Teil des 32. Parteitages eine Struktur und einen Zeitplan für die Neuerstellung des Programms beschlossen. Ich halte das für richtig und für verbindlich für den neu zu wählenden Bundesvorstand.

Walter Baier hat in seinem Referat vom Kompromiss gesprochen, der gefunden wurde mit der Annahme des Papiers von Manfred Groß und dem steirischen Aktionsprogramm. Beide Papiere wurden als politische Dokumente - nicht als programmatische - angenommen. Ich möchte aber daran erinnern, dass der Antrag des steirischen Landessekretariats mit großer Mehrheit angenommen worden ist, der vorsieht, dass innerhalb von eineinhalb Jahren ein Entwurf für ein Parteiprogramm vorgelegt wird. Führende GenossInnen unserer Partei, z. B. Waltraud Stiefsohn und Walter Baier, sind dagegen aufgetreten und haben dagegen gestimmt. Ich frage mich, ob sie an der Umsetzung dieses Parteitagsbeschlusses mitarbeiten können und wollen.

In der Medienarbeit und Medienpolitik unserer Partei bedarf es einer Umorientierung.

Was verstehe ich darunter?

Die Arbeit mit den bürgerlichen Medien ist ein wichtiger Faktor. Wir dürfen uns nicht zurückziehen, sondern müssen offensiv unsere Standpunkte vertreten und auch – bei allen Schwierigkeiten – versuchen, in bürgerlichen Zeitungen, im ORF, in Privatradios etc. „unterzukommen“. Das ist mühsam und bedarf qualifizierter und permanenter Arbeit. Und selbstverständlich gibt es unterschiedlichste Voraussetzungen dabei. In Städten und Gemeinden, wo wir mit GemeinderätInnen oder gar Stadträten vertreten sind, wird dies wesentlich einfacher sein als beispielsweise in einer Großstadt wie Wien.

Wir haben zur Zeit eine ganze Reihe von Lokal- und Bezirkszeitungen unserer Partei, die die jeweilige Öffentlichkeit über Standpunkte und Forderungen der KPÖ informieren. Im schriftlichen Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes gibt es dazu einen kleinen Überblick. Diese Zeitungen werden unter großem persönlichen Aufwand der Genossinnen und Genossen und unter schwierigen finanziellen Bedingungen herausgegeben. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei. Die Sicherung ihrer Existenz gehört mit zu den vordringlichsten Aufgaben.

Wir haben seit nunmehr einigen Jahren einen ansprechenden Internet-Auftritt; die steigenden Zugriffszahlen auf die KPÖ-Homepage verweisen m. E. einerseits auf ein gestiegenes und weiter steigendes Interesse an linker, an kommunistischer Politik, an der KPÖ überhaupt, andererseits auch auf die immer noch wachsende Bedeutung dieses Mediums. Auch hier sind Verbesserungen möglich und notwendig, beispielsweise was die Aktualität anbelangt, aber auch was die Möglichkeiten für die Internet-Benutzer anbelangt, direkter und schneller mit KommunistInnen in Kontakt zu treten, zu kommunizieren, zu diskutieren etc.

Und schließlich gibt es noch die „Volksstimme“, die ja wohl allen hier im Saal bekannt sein dürfte. Die „Volksstimme“ ist die Zeitung der KPÖ, sie wird herausgegeben von der KPÖ, sie wird finanziert von der KPÖ. Aber sie ist nicht die Zeitung der Mitglieder der KPÖ, nicht die Zeitung der Parteiorganisationen.

Es hat in den vergangenen Jahren vielfach Kritik an dieser Zeitung, an diesem „Projekt“, wie die VS gerne auch genannt wird, gegeben. Unberechtigte, zumeist aber wohl berechtigte Kritik:

Anliegen von Mitgliedern und Organisationen werden – bestenfalls - ignoriert, Angebote zur Mitarbeit werden nicht angenommen, angebotene Artikel werden nicht einmal ignoriert, Beispiele dafür könnte ich genügend nennen.

Manche GenossInnen meinen: „Ja, aber in der VS finden sich ja doch auch gute und interessante Artikel, die man sonst nirgends liest“. Ich meine, das ist zu wenig für eine Zeitung, die beträchtliche finanzielle Mittel der KPÖ benötigt. Mehrere Millionen Schilling erhält die VS aus dem Bundesbudget der KPÖ. Wie viel bekommen die Herausgeber unserer Orts- und Betriebszeitungen? Einen Bruchteil!

Die VS muss umgebaut werden zu einer Zeitung, in der sich die Mitglieder unserer Partei wieder finden können, die über die praktischen Erfahrungen und Tätigkeiten unserer Parteiorganisationen, des Gewerkschaftlichen Linksblock, des Kommunistischen StudentInnenverbandes, der Kommunistischen Jugend, von Kinderland und Zentralverband der Pensionisten, berichtet. Dazu braucht es sicher nicht mehr, sondern wahrscheinlich weniger Geld, dafür aber die Mitarbeit der GenossInnen, v. a. aber die aktive Miteinbeziehung unserer GenossInnen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Manche werfen mir und anderen vor, unsere Kandidatur sei zu spät bekannt

gegeben worden. Wir hätten unsere Kandidaturen bereits im Jänner ankündigen sollen. Ein

oberösterreichischer Funktionär sprach von einem „Putschszenario“. Es gebe eine Achse Steiermark - Wien-Ottakring, die die Partei unter ihren Einfluss bringen wolle. In einem Brief an alle Mitglieder unserer Partei heißt es sogar: „Wir halten ein Vorgehen hinter dem Rücken der Partei für undemokratisch, unproduktiv und auf Manipulation des Parteitages angelegt.“ Unterzeichnet war dieser Brief vom Bundesvorsitzenden Walter Baier, von der Wiener Vorsitzenden und stellvertretenden Parteivorsitzenden Waltraud Stiefsohn und den Landesvorsitzenden Leo Mikesch und Erich Stöckl.

Tatsache ist: Gegen die Stimmen der steirischen, der Salzburger, der Tiroler und einiger anderer GenossInnen im Bundesvorstand wurde beschlossen, den Parteitag in zwei Teilen durchzuführen. Ich habe die Worte des Parteivorsitzenden noch im Ohr. Er meinte damals sinngemäß: Man müsse zuerst inhaltlich diskutieren und programmatische Beschlüsse fassen, um dann zu sehen, wer überhaupt auf dieser Grundlage arbeiten kann und will. Ich war und bin der Meinung, dass man programmatische Fragen nicht von personellen trennen kann, dass man Standpunkte nicht trennen kann von den Personen, die sie vertreten. Aber ich habe diesen Beschluss zur Kenntnis genommen und habe mich daran gehalten, zunächst die inhaltlich-programmatische Diskussion zu führen und erst im Anschluss die personelle Diskussion zu eröffnen.

Der Bundesvorstand hat den 30. Mai als Stichtag festgelegt, als Tag, an dem Kandidaturen für den Bundesvorstand spätestens bekannt gegeben werden sollen. Und auch die zentralen Kandidaturen wurden erst nach dem 10. Mai bekannt gegeben. Die Gegenkandidaturen, die heute vorliegen, wurden am 28. Mai - also fristgerecht - eingebracht. Ich verstehe daher die ganze Aufregung nicht. Ich weiß nicht, wie und wo und wer manipuliert werden soll, wenn man sich an die Beschlüsse des Bundesvorstands hält.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht. Ich kandidiere für den Vorsitz der KPÖ nicht aus Jux und Tollerei. Es hat viele gute Gründe gegeben, von einer Kandidatur abzusehen, weil es ein tiefgehender Einschnitt in meine Lebensplanung ist, weil ich selbstkritisch und realistisch genug bin, zu wissen, dass diese Aufgabe nicht leicht zu bewältigen sein wird. Aber bestärkt wurde ich letztlich auch durch die Zusagen der Genossin Kahr und des Genossen Langmann, als Stellvertreter zu kandidieren und mich in meiner Arbeit zu unterstützen. Ich kandidiere, um einen Beitrag zu leisten, der KPÖ neue Impulse zu verleihen bei ihrem Weg der Erneuerung auf marxistischer Basis.

Bereits in den „Grundzügen einer Neuorientierung“ von 1994 heißt es: „Unserer Meinung nach ist eine grundlegende Erneuerung der Arbeiterbewegung notwendig: Sie wird sich auf neue zeitgemäße Weise der Aufforderung des Hainfelder Programms, (.....) stellen, das Proletariat mit dem Bewusstsein seiner Lage zu erfüllen, um es physisch und psychisch kampffähig zu machen“. Ich stehe auf dem Boden dieser Grundzüge, was aber leider nicht auf alle VerfasserInnen der programmatischen Thesen zutrifft, die dem 1. Teil des Parteitags vorgelegt wurden. Das ist aus den Diskussionen im Vorfeld des Parteitages bekannt.

Ich stehe für einen neuen Stil in unserer Partei. Was wir brauchen ist nicht Gängelung und das Ausrichten der Partei auf einen Mann an der Parteispitze, sondern wir brauchen einen kollektiven Führungsstil. Mit Elke Kahr, Helmut Langmann und Petra Stöckl, mit Werner Murgg, Selma Schacht, Rudi Reiter, Franz Parteder und einigen anderen kandidieren GenossInnen wieder bzw. neu für den Bundesvorstand, die bereit sind, größere Verantwortung für unsere Gesamtpartei zu übernehmen. Wir brauchen die

Meinungsvielfalt in unserer Partei und wir brauchen die Mitarbeit, die Anregungen und die Kritik der Mitglieder unserer Partei, wenn wir nicht zu einer Partei des Stillstands werden wollen. Der neu zu wählende Bundesvorstand muss auf die Vorschläge von der Basis hören, er darf nicht abgehoben reagieren.

Ich stehe für eine eigenständige, für eine kommunistische Partei, die nicht jedem neuen Trend, neuen Modeerscheinungen hinterher rennt, sondern die sich aktiv und zäh für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzt. Ich meine, wir müssen und wir können selbstbewusst an neue Herausforderungen herangehen, denn wir haben unsere marxistische Weltanschauung als Richtschnur für unser Handeln. Und der Marxismus ist für uns kein Glaubenssatz und er ist nicht beliebig, sondern nach wie vor das wirkungsvollste Instrument, um den gegenwärtigen Kapitalismus, den Imperialismus verstehen zu können.

Und ich stehe für innerparteiliche Demokratie, für sachliche, auch harte, Auseinandersetzungen. Für mich bedeutet dies, unterschiedliche Meinungen müssen ihren Platz in unserer Partei haben, auch Meinungen und Standpunkte, die mit meinen nicht ident sind. Aber ohne Widerspruch gibt es eben keine Entwicklung. Ohne produktiven Meinungsstreit gibt es keine Kommunistische Partei Österreichs, die diesen Namen auch verdient.

In diesem Sinne fordere ich jene GenossInnen, die in ihre Funktionen und in den neuen Bundesvorstand gewählt werden, auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und gemeinsam mit und für unsere Partei zu arbeiten, denn, wie es der steirische Genosse Andreas Fuchs formuliert: „Eine bessere Partei ist möglich“. Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

5. Referat Gen. Marjeta Einspieler

Dragi tovariši, drage tovarišice,
liebe Genossinnen und Genossen.

Mein Name ist Marjeta Einspieler. Ich bin Maschinenschlosserin und arbeite im Bereich der Montagetechnik in einer Kärntner Firma, die 800 Kollegen und Kolleginnen beschäftigt. Ich bin Angehörige der slowenischen Minderheit und, wie es nicht zu übersehen ist, eine Frau.

Ich fühle mich geehrt, dass mir die Frauenversammlung ihr Vertrauen schenkt, obwohl ich nicht im engeren feministischen Arbeitsfeld aktiv bin. Meine politische Sozialisierung begann im minderheitenpolitischen Spektrum und die Erfahrungswelt, die mich vor allem prägt, ist die Arbeit im Betrieb.

Womit ich schon beim Wichtigsten bin.

Was ich nicht will ist, dass die Linie der Erneuerung mit allen ihren Inhalten, die auf Konferenzen, durch Parteitagsbeschlüsse und sogar durch das Statut festgehalten wird, in Frage gestellt wird.

Sie hat uns ermöglicht, den Zusammenbruch des realen Sozialismus politisch zu überleben, sie ist auch der Rahmen für sämtliche Wahlerfolge der letzten Zeit. Dies in Frage zu stellen heißt: Die KPÖ in eine selbstgenügsame Sekte verwandeln zu wollen.

Einige mögen ein Sektendasein vielleicht als angenehm empfinden.

Vor allem, wenn es durch eine Mauer von ideologischen Beteuerungen und Phrasen geschützt wird, das Spiel "Wir sind die Avantgarde der Arbeiterklasse" gespielt wird, im Namen der Arbeiterklasse Urteile darüber gefällt werden, was marxistisch ist und was nicht.

Ich empfinde das als ungeheure Anmaßung. Vielleicht auch deswegen, weil ich den Marxismus nicht als religiöses Bekenntnis begreife, sondern als Werkzeug, an dem Generationen von revolutionären Theoretikern und Praktikern gearbeitet haben, an dem heute Frauen und Männer aus allen Kontinenten arbeiten, um der neuen Wirklichkeit des globalisierten Kapitalismus gerecht zu werden.

Diese Wirklichkeit erlebe ich gemeinsam mit meinen Kollegen und Kolleginnen als massiven Eingriff in die bis dahin gewohnte persönliche Lebensweise und Lebensplanung. Die Einführung neuer Managementsysteme, halb- bis ganz autonomer Arbeitsgruppen, neuer Zeit- und Entlohnungsregeln, ist mehr als nur eine übliche betriebsinterne Maßnahme zur Profitmaximierung.

Im Zusammenspiel mit dem staatlichen, neoliberalen Sozialabbau bewirkt er einen kulturellen Wandel. Alle freien Poren innerhalb des Produktionsprozesses sind jetzt

verstopft, Stehzeiten gehen auf deine Rechnung bzw. auf Kosten deiner Freizeit, das heißt, deine Zeit wird an die Fertigungszeit des Produkts angepasst, du musst über Effektivierungsmaßnahmen selber nachdenken, deine Zulieferer selber kennen, du bist mit deinen KollegInnen selbst verantwortlich für die Effektivität der Gruppenarbeit.

Das System führt zu gegenseitiger Kontrolle und zu individueller Konkurrenz gegeneinander. Das Mobbing unter Gleichgestellten wird zum System. Das führt zur Vereinzelung des Individuums, Solidarität wird zu einem Fremdkörper. Früher war sie spontan erkennbar als Mittel zur Durchsetzung gemeinsamer Anliegen. Heute löst sie sich unter dem Arbeitsdruck auf, wird von vielen als Hemmnis für den Erfolg der Gruppe wahrgenommen, denn jeder und jede, die dem Arbeitsdruck nicht nachgibt, senkt die

Wertschöpfung der autonomen Gruppe. Und sinkt die Wertschöpfung tatsächlich, müssen jene, die dem Arbeitsdruck nicht standhalten, von der Gruppe selbst ausgegliedert werden. Es wird nicht mehr allein deine unmittelbare Arbeitskraft gefordert, sondern – ich will es kurz machen – auch deine Seele.

Du sollst nicht nur mehr arbeiten für weniger Geld, sondern das auch wollen. Und viele wollen das. So manifestiert sich die Hegemonie der Globalisierer auf der Ebene des unmittelbaren Arbeitsprozesses.

Diese kapitalistische Maschine muss zerlegt werden, im betrieblichen und globalen Ausmaß. Mit dem alten Werkzeug geht das nicht.

Es scheitert das traditionelle gewerkschaftliche Verständnis, die traditionellen politischen Formen und Organisationen der Linken, wenn sie nicht an den konkreten neuen Formen und an den neuen Widersprüchen andocken.

Sie scheitern, wenn sie nicht ihre eigene überkommene, und das heißt bei uns vor allem sozialdemokratisch geprägte, politische Arbeiterkultur ändern, die gleichzeitig männlich ist und auf die eigene Nation bezogen. Darum sprechen wir auch seit dem Grazer Parteitag von Erneuerung.

Genau wegen dieser Perspektive der Erneuerung habe ich mich im Betrieb als Kommunistin reaktiviert. Ich habe dazu keine Belehrung gebraucht von irgendeinem Theoretiker, der mir erklärt hätte, was ich als Teil der sogenannten proletarischen Kernschicht für Pflichten hätte.

Ich habe dies im Zusammenhang mit der Neugründung der Klagenfurter Parteiorganisation, die praktisch nicht mehr existierte, verwirklichen können. Es gab viele Gründe für die Stagnation der Klagenfurter Organisation. Einer der Gründe bestand in der Reduktion auf Stellvertreterpolitik und im Denken der damals Verantwortlichen im Rahmen von Haupt- und Nebenwidersprüchen. Was letztlich dazu führte, dass sich der Hauptteil der jungen Genossen und Genossinnen, die in Bereichen der sogenannten Nebenwidersprüche arbeiteten, verabschiedete; und weil der Zusammenbruch des realen Sozialismus zeitlich in die Nähe der Gemeinderatswahlen fiel, verloren wir auch einen großen Teil von Mandaten, bis schließlich auch das Letzte gefallen war.

Die Neukonstituierung der Klagenfurter KPÖ hatte einige Voraussetzungen:

Die Orientierung auf politische, ideologische und organisatorische Erneuerung, die Fortführung des Widerstandsgeistes aus österreichischer und slowenischer antifaschistischer Tradition, sowie die Abgrenzung gegenüber jeglichem nationalistischen Opportunismus.

Heute stelle ich fest, dass zu den ursprünglich drei ProjektträgerInnen rund zwanzig Mitglieder und Aktive dazugekommen sind.

* Dass mehr als die Hälfte davon Frauen sind.

* Dass wir in einigen bedeutenden kulturpolitischen Initiativen, zum Teil von uns selbst mit-begründeten, verankert sind.

* Dass wir den für uns in Kärnten traumatischen historischen Ballast des Kominform-Konflikts mit Hilfe des Bundesvorstands und der Parteiführung öffentlich abgearbeitet haben.

* Dass wir als Gleiche unter Gleichen tragend waren in der Bewegung gegen Schwarz-Blau, die zu den Widerstandstagen geführt hat.

* Dass wir konkret mit der Rifondazione Comunista kooperiert haben und es auch weiterhin tun werden.

* Und dass es keine einzige Wahl in den letzten Jahren gegeben hat, bei der wir nicht

sichtlich dazu gewonnen hätten.

* Bei den Arbeiterkammerwahlen haben wir unsere Stimmen nahezu verdoppelt und fast ein Mandat errungen.

* Bei den jüngsten ÖH-Wahlen haben wir die Stimmen an der Uni Klagenfurt verdoppelt und eine Studienrichtungsververtretung errungen.

* Bei den Klagenfurter Gemeinderatswahlen haben wir die Stimmen nahezu vervierfacht, das Mandat nur knapp (um 62 Stimmen) verfehlt.

Ich möchte betonen, dass dies ganz ohne Freigestellte erreicht wurde.

Ich erzähle das, weil ich mein Gefühl anschaulich machen will, dass ich als Kommunistin und Frau in zumindest zwei Welten lebe. Eine habe ich bereits skizziert. Die andere Welt ist die Innenwelt der Partei.

Ich habe mit meinen Klagenfurter GenossInnen den Gemeinderatswahlkampf unter anderem mit dem Frauenprogramm der KPÖ bestritten, genauer gesagt, diese Broschüre war neben den "Grundzügen einer Neuorientierung" DER Renner auf unseren Infoständen. Warum? Weil sie durch die Verknüpfung marxistischer und feministischer Erkenntnis und Praxis den Menschen, die sie lesen und betreffen, eine radikale, sozialistische Systemkritik und eine Alternative aus der Sicht der Frauen bietet.

Ich wäre nie auf die Idee gekommen, diese Broschüre in einem Wahlkampf zu vertreiben, wenn die darin vertretenen Positionen nicht meine eigenen gewesen wären, die ich in meinem Berufsalltag in der Auseinandersetzung mit meinen männlichen Kollegen veretrete.

Die Bemühungen von Irma Schwager und anderen älteren Genossinnen um die Zusammenarbeit und das Entstehen breiter Frauenzusammenhänge außerhalb der Partei waren es, an denen die jüngeren Genossinnen in der Partei anknüpfen konnten, die in das Frauenprogramm generationsübergreifend eingeflossen sind und uns die Achtung vieler fortschrittlicher Menschen eingebracht haben.

In der zweiten Welt dagegen, konkret auf der Frauenversammlung vor dem Parteitag, wird von einigen Genossinnen darüber diskutiert, dass das

Frauenprogramm überarbeitet werden müsse, weil es "bürgerliche feministische Positionen" enthalten würde.

Petra Stöckl, die gegen Heidi Ambrosch als Frauenverantwortliche kandidiert, argumentierte auf der 1. Sitzung des Parteitags in die selbe Richtung. So gut es ist, dass auf der 1. Sitzung die Positionen des Frauenprogramms per Abstimmung deutlich bekräftigt wurden, so schockiert war ich gleichzeitig darüber, dass neuerlich und überhaupt abgestimmt werden musste.

In der ersten Welt erlebe ich, dass der Mix von Methoden, also die Kombination von Betriebsarbeit, kulturpolitischem Engagement, minderheiten- und migrationspolitischer Aktivität und sogenannter Bündnisarbeit in Bewegungen und frauenpolitischen Zirkeln, dass also die politische Verschränkung unterschiedlicher Arbeitsbereiche in und durch die kommunistische Partei genau das ist, was ich brauche.

In der zweiten Welt, im Dschungel der Partei, darf ich mir Schulmeistereien anhören über das Primat der Kommunal- und Betriebsarbeit, die fälschlicherweise der Vielfalt von Politikfeldern entgegengestellt wird.

Das kann ich nicht akzeptieren.

Sozialkritische bürgerliche Bewegungen als bürgerliche, das heißt im Rahmen des Systems verbleibende, zu enttarnen, ist nicht schwer. Für mich sind sie Teil des Klassenkampfes, nur nicht konsequent zu Ende gedacht. Ich habe andererseits das Gefühl, dass manche von uns am Ende zu denken beginnen, nicht aber, wie Klassenkämpfe im konkreten Praktischen beginnen und sich weiter entwickeln und wie viele Möglichkeiten, Spielräume und Wege zu diesen führen können.

In der ersten Welt bin ich mit aller Energie daran beteiligt gewesen, den Widerstand gegen Schwarz-Blau in Kärnten zu organisieren; ich habe nicht nur erlebt, wie die Klagenfurter KPÖ dadurch in den Auseinandersetzungen innerhalb des Bündnisses und in der Öffentlichkeit an Profil gewonnen hat. Ich habe auch erlebt, dass es genau dieses Engagement und dieses offene Profil waren, die einige Jugendliche zum Beitritt in die KPÖ bewogen haben, weil sie sich in ihr wiederfinden konnten und die heute die Arbeit der KPÖ Klagenfurt ganz entscheidend mittragen.

Für mich ist es daher völlig unverständlich, dass Genosse Eber, der Gegenkandidat zu Walter Baier, vor ein paar Tagen im „Standard“ der KPÖ vorwirft, dass sie bestimmten Bewegungen, vor allem jener gegen Schwarz-Blau, nachhechelt und zu wenig Eigenprofil entwickelt.

In meiner ersten Welt, auf meinem Arbeitsplatz und in meinem Betrieb, habe ich politisches Ansehen erworben.

Es war ein Prozess sowohl harter Konfrontationen als auch geduldiger Diskussionen, des gegenseitigen Lernens, der Akzeptanz, des Erkennens und des Nachdenkens bis hin zum Umdenken, vor allem von Seiten meiner männlichen Kollegen. In dieser Dynamik hat sich eine Streitkultur entwickelt, die ein solidarisches Handeln im Betriebsalltag möglich macht.

In meiner zweiten Welt, innerhalb der Bundes-KPÖ, scheinen dagegen die Grundregeln zivilisierten Umgangs außer Kraft gesetzt zu sein. Hier wird mit einem Hass und denunziatorisch argumentiert, solidarisches Handeln auf die Dauer

gefährdet, ich lehne das ab.

In der ersten Welt -- der öffentlichen -- positioniert sich Genosse Kaltenegger in seinen Medienkontakten klar auf der Erneuerungslinie, die auch meine ist, diskutiert mit allen, die mit ihm diskutieren wollen, bis hin zu Industriellen und Franziskanermönchen.

In der zweiten Welt – der Parteiöffentlichkeit – schweigt er meistens und stellt dadurch seinen moralischen Kredit, den er sich in jahrelanger Arbeit erworben hat, jenen zur Verfügung, die keine Erneuerung wollen und die Geschichte zurückdrehen möchten.

Hier und heute muss sich die KPÖ entscheiden, auch personell, ob sie den Weg der Erneuerung weiter gehen will oder eine Zeitreise nach hinten antreten will.

Ich will kein ideologisches Roll-Back in der KPÖ haben.

Die erste Sitzung des Parteitags hat beschlossen, alle programmatischen Dokumente als gleichberechtigte Grundlagen für die Fortsetzung der Programmkommission zu nutzen. Ich will, dass wir konsequent bleiben und jene Genossen und Genossinnen in Führungspositionen wählen, die das garantieren können.

Danke – hvala lepa

6. Bericht der Wahlvorbereitungskommission

Gen. Mirko Messner

Liebe GenossInnen. Ich spreche als Beauftragter der Wahlvorbereitungskommission über die Ergebnisse unserer Arbeit. Weil ich nicht voraussetze, dass allen das Prozedere der Entscheidungsfindung, wie solche Vorschläge für den neuen Bundesvorstand zu Stande kommen, bekannt ist, möchte ich einmal kurz rekapitulieren. Üblicherweise, und das ist statutarisch so vorgesehen, schaut es so aus.

Der alte scheidende Bundesvorstand macht einen Vorschlag für die statutarisch festgelegten und für andere zentrale Funktionen. Statutarisch festgelegt, vielleicht werden wir den Begriff in der Diskussion später noch brauchen, sind eben solche Funktionen, wie Parteivorsitzender, Organisationssekretär oder Organisationssekretärin usw.. Zentrale Funktionen sind jene, von denen erachtet wird, dass sie von zentraler Bedeutung sind, aber nicht unmittelbar im Statut vorgesehen. Das ist die eine Quelle der Vorschläge.

Die zweite Quelle der Vorschläge sind die Landesversammlungen. Nach einem bestimmten Schlüssel machen die Landesversammlungen ihre Vorschläge und diese werden dann dem Parteitag als Teil des Gesamtvorschlages zur Bestätigung oder zur Ablehnung vorgestellt.

Und die dritte Quelle ist die Frauenversammlung, die autonom eine Liste von Frauen erstellt, von der dann so viele Frauen wie nötig herunter genommen werden in den gemeinsamen neuen Bundesvorstand bis die Quote, das heißt 50 zu 50, wie statutarisch vorgesehen, erfüllt ist.

Das ist, das übliche Prozedere, den meisten bekannt, aber einigen nicht. Darum habe ich das jetzt wiederholt. Damit das Ganze möglichst funktionell abläuft, hat der Parteitag auf seiner 1. Sitzung eine Wahlkommission gewählt und sie legitimiert die Wahlvorbereitung und die Wahlvorschläge zu machen. Das heißt, die Kommission setzt sich zusammen aus 2 BeraterInnen des Bundesvorstandes und aus VertreterInnen der Landesorganisationen, die von den Landesorganisationen nominiert werden. Die Aufgabe ist, die Wahl vorzubereiten und die behandelbaren Vorschläge dieser heutigen Sitzung vorzulegen.

Für die Wahlvorschläge wurden vom Parteitag bestimmte Kriterien erarbeitet, die der Wahlkommission als Auftrag mitgegeben worden sind und die, ich will sie kurz wiederholen, ungefähr so lauten:

- * Es muss eine Geschlechterparität vorliegen, was statutarisch sowieso schon vorgegeben ist
- * Es muss eine Ausgewogenheit herrschen zwischen angestellten und nicht angestellten FunktionärInnen.
- * Es soll eine Verkleinerung des Bundesvorstands erreicht werden.
- * Es soll die Anzahl der öffentlichen FunktionsträgerInnen erhöht werden.
- * Es soll die Arbeitsfähigkeit des Arbeitsgremiums gewährleistet sein.
- * Es soll die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Mitglieder gegeben sein.
- * Es soll die Bereitschaft da sein und die Fähigkeit, bestimmte gefasste Beschlüsse auch umzusetzen.
- * Es müssen die Länder genügend repräsentiert sein.

Das waren also die Vorgaben, mit denen wir gearbeitet haben. Der Verlauf unserer Arbeit

hat sich so dargestellt:

Erstens: Im Jänner hat bereits der Bundesvorstand aufgerufen, personelle Alternativen, so vorhanden, auf den Tisch zu legen. Praktisch bis Ende Mai ist das nicht geschehen. Das heißt, 5 Monate wurden ohne einen offenen Alternativvorschlag diskutiert, bzw. in der letzten Phase dann auch diskutiert.

Zweitens: Nach der 1. Sitzung der Wahlkommission, das heißt nach dem 10. Mai hat die Wahlkommission den ersten personellen Vorschlag veröffentlicht, ihren personellen Vorschlag veröffentlicht, denn es ist ja kein anderer vorgelegen und die parteiinterne Diskussion über das Internet, über das Argument usw., wurde eingeleitet. Die Parteiorganisationen haben die Gelegenheit gehabt, konkret über personelle Fragen zu diskutieren, was auch in einer Vielzahl von Organisationen passiert ist.

So weit so gut. Knapp vor Antragsschluss, wie bekannt, sind dann zwei Sachen passiert.

Erstens. Es wurde eine alternative KandidatInnenliste der steirischen Landesorganisation veröffentlicht. Das war das Erste. In der Kommission wurde der späte Zeitpunkt der Bekanntgabe der Gegenkandidatur vor allem aus zwei Gründen kritisiert:

Erstens, weil die ExponentInnen der Gegenkandidatur, Gen. Eber, Gen. Murgg und andere VertreterInnen der steirischen Landesorganisation, die selbst Mitglieder sind in der Wahlkommission, die anderen Wahlkommissionsmitglieder von der Gegenkandidatur nicht rechtzeitig vor der Veröffentlichung des 1. Vorschlags der

Kommission nach dem 10. Mai informiert hatten und weil zweitens dadurch die Parteiorganisationen, die sich ja bereits über die veröffentlichten Vorschläge beraten hatten, ein fundierter Diskussions- und Meinungsfindungsprozess verunmöglicht wurde.

Immerhin geht es ja bei dieser Gegenkandidatur um eine Kandidatur, die Gen. Eber als Gegenkandidat zu Walter Baier mit dem Satz begründet, wir haben es gehört, er wolle eine Erneuerung der KPÖ auf marxistischer Grundlage. Die Mehrheit der Wahlkommission beschloss daraufhin, Gen. Baier als Vorsitzenden der Partei, sowie Gin. Ambrosch als Frauenvertreterin als eigenen Vorschlag dem Parteitag mitzuteilen, weil sowohl die Erneuerung der KPÖ auf Grundlage gefasster Parteibeschlüsse fortgesetzt, als auch die Pluralität der Partei erhalten werden müsse. Weiters einigte sich die Wahlkommission einvernehmlich, die Gegenkandidatur zur Kenntnis zu nehmen und sie auf einem eigenen Stimmzettel für die statutarischen Funktionen als Alternative kenntlich zu machen.

Das zweite Problem, das knapp vor dem Antragsschluss auftauchte, war eine mittlere Flut zusätzlicher personeller Vorschläge für die zentrale Bundesvorstandsliste, ausgelöst vom 16. Bezirk, worauf sich eine Reihe von Parteiorganisationen mit eigenen Vorschlägen auch meldeten, was zu der bekannten Vielzahl von Vorschlägen geführt hat. Das Problem, das dadurch entstanden ist, war folgendes: Die Wahlkommission hat sich ja mit ziemlich großem Arbeitsaufwand, hat den Auftrag des Parteitags erfüllt und aus einer Summe der bisher vorliegenden Vorschläge einen austarierten Vorschlag ausgearbeitet. Austariert bedeutet, im Sinne der Vorgaben des Parteitages, Geschlechterparität, Mandatarenverhältnisse, freigestellte Verhältnisse usw., alles austariert, ausgewogen, verschiedene Zugänge, verschiedene Meinungen beachtet usw.. Von einer Verkleinerung des Bundesvorstandes unter diesen neuen Umständen durch das Vorlegen einer großen Vielzahl von zusätzlichen Kandidaten könnte dann in Zukunft natürlich in keiner Weise die Rede sein. Die Wahlkommission hat gestern meinen Antrag angenommen. Ich hatte vorgeschlagen, beim 16. Wr. Gemeindebezirk zu beginnen und ihnen die Frage zu stellen, ob sie unter der Voraussetzung, dass auch alle anderen

Parteiorganisationen, die zusätzlich Personen, zusätzliche Genossinnen und Genossen, nominiert haben, ob sie unter der Voraussetzung, dass auch alle anderen zurückziehen, ihren Antrag, der das ganze ins Rollen gebracht hat, zurückziehen. Das wurde heute in der Früh von den Vertretern der Parteiorganisation Wien 16 abgelehnt. Also haben wir hier neben der zentralen vom Bundesvorstand und von Länderversammlungen gestalteten Vorschlagsliste, also wir werden einen zweiten Stimmzettel vorfinden, wo auch die zusätzlichen GenossInnen zur Wahl stehen.

Erstens: Die Arbeit der Wahlkommission lässt sich so zusammenfassen. Wir haben einen austarierten, dem Auftrag des Parteitags entsprechenden Vorschlag für den neuen Bundesvorstand ausgearbeitet. Ob die Zahl der neuen Bundesvorstandsmitglieder in Zukunft kleiner sein wird, wird sich allerdings erst herausstellen, wenn alle Länderversammlungen abgeschlossen sind, das wissen wir am Nachmittag.

Zweitens: Wir haben aus den zusätzlichen Vorschlägen, die von verschiedenen

Parteiorganisationen gemacht worden sind, einzelne Genossinnen und Genossen in den zentralen Vorschlag aufgenommen und haben drittens den Vorschlag der Frauenversammlung präventiv beachtet, so dass wir in der Lage waren, einen auch geschlechtermäßig austarierten Vorschlag auszuarbeiten. Die Anträge für das Wahlprozedere werden ab 15 Uhr abgestimmt.

7. Rede Gin. Heidi Ambrosch

Werte Genossinnen und Genossen!

Die Menschen sind das, was sie in der Gesellschaft vorfinden und sich aneignen. Menschen machen ihre Geschichte nicht immer aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst, heißt es sinngemäß bei Marx in seinen Thesen über Feuerbach. Wortwörtlich: “ ... dass die Umstände eben von den Menschen verändert werden und dass der Erzieher selbst erzogen werden muss.”

Dieser Gedanke eint heute Millionen von Menschen in den globalisierungskritischen Bewegungen in ihrer gemeinsamen Losung: Eine andere Welt ist möglich. Möglich, wenn die Unterdrückten, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten selbst zu politischen AkteurInnen werden, wenn sie ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und bereit

sind, voneinander zu lernen.

Was Marx allgemein für Menschen formuliert hat, ist auch für Frauen gültig. Frauen machen ihre Geschichte selbst. Frauen müssen politische Akteurinnen werden, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Interessen, die sich gegen kapitalistische und patriarchale Machtverhältnisse richten. Und das ist ein konträres Politikverständnis zur jener Position, die Petra Stöckl am letzten Parteitag formuliert hat: "Völlige Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird es erst dann geben, wenn Frauen sich die Welt in all ihren Facetten angeeignet haben." Das der Vorschlag für ihre Kandidatur aus der Steiermark kommt, hat mich einigermaßen erstaunt, weil ihre Positionen auf einer Frauenversammlung in St. Radegund vor dem letzten Parteitag auch von den anwesenden Genossinnen aus der Steiermark kritisiert wurden.

Im Kern dreht es sich um die Auseinandersetzung, um die Gleichberechtigung der Kategorien, Klasse und Geschlecht. Meine Position und die im ersten Teil des Parteitages bekräftigte Position im Frauenprogramm ist:

Gesellschaftspolitische Alternativen können nur tragfähig sein, wenn sie die Analyse der Geschlechterverhältnisse berücksichtigen. Kommunistische Frauenpolitik hat aus meiner Sicht in allen Politikfeldern, die nach den Geschlechtern zu unterscheidenden Auswirkungen von Orientierungen und Maßnahmen für die arbeitenden Frauen herauszuarbeiten und entsprechende Forderungen zu entwickeln. Kommunistische Frauenpolitik heißt für Aktionseinheiten und Bündnisse unter den Frauen zu wirken. Sie für gemeinsame, wie eigenständige Aktionen zu gewinnen, wie es z.B. auch bei dem Gründungstreffen für ein österreichisches Sozialforum gelungen ist. Über die Hälfte der 1500 TeilnehmerInnen waren Frauen, vor allem auch viele junge Frauen. Auf allen Podien waren Frauen mit ihren Beiträgen vertreten und sie haben den Prozess mit ihren Ansprüchen nachhaltig beeinflusst. "Feminismus bedeutet den grundlegenden Auftrag, die Unterdrückung und Verdrängung von Frauen aufzuzeigen und zu verändern." beginnt die Erklärung des feministischen Forums, die beim Plenum der Bewegungen angenommen wurde. In dieser Erklärung wird die Ignoranz gegenüber feministischer Theorie- und Praxisbildung kritisiert und gefordert, Feminismus wieder als gelebte Praxis und politisches Mittel der Erkenntnis und der Gesellschaftskritik, als "Messlatte" für gesellschaftliche Anliegen und Bezugspunkt für Denkverhältnisse zu begreifen.

Im feministischen Regierungsprogramm haben Frauen ihre Forderungen bereits vergangenen Herbst gebündelt. Darin enthalten sind alle sozialen Forderungen, wie auch wir sie vortragen, einschließlich der Finanzierungsforderungen auf Kosten des Kapitals

und der Forderung nach einer grundlegend anderen Politik. So heißt es: "Im Mittelpunkt feministischen Denkens und Handelns stehen Menschen vor Wirtschaft und Profit, d.h. Frauen und Männer mit all ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen sowie deren Wohlbefinden in allen Lebenslagen im Kontext einer solidarischen Gesellschaft."

Der nächste Schritt soll am Montag erfolgen, in der Vorbereitung für eine weitere gesamtösterreichische Frauenkonferenz Anfang Oktober zur Gründung eines unabhängigen Frauenrates, um eine kontinuierliche gemeinsame öffentliche Präsenz herzustellen.

Die feministischen Bewegungen haben sich in den letzten Jahren als verlässliche

Bündnispartnerinnen im Kampf gegen Sozialabbau und Krieg erwiesen. Gründe genug, auch weiterhin in diesen Bündnissen zu arbeiten, auch als Weiterführung der in diesem Sinn jahrzehntelang geleisteten Arbeit des Bundes Demokratischer Frauen. Gerade in Zeiten, in denen grüne und sozialdemokratische Frauen politisch immer weniger zu bieten haben und das Interesse an unseren Standpunkten wächst, sollte unsere Arbeit in den Frauenbewegungen verstärkt und nicht demontiert werden. In diesem Zusammenhang begrüße ich voll und ganz den Antrag aus der Donaustadt, wieder einen regelmäßigen, bundesweiten Frauenarbeitskreis einzusetzen, um all diesen Aufgaben besser gerecht werden zu können. In diesem Sinn stelle ich mich als frauenpolitische Verantwortliche wieder der Wahl.

8. Rede Gin. Petra Stöckl

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Es ist seit einigen Wochen bekannt, dass ich mich zur Wahl zur Funktion der Frauenvorsitzenden stelle und ich danke dem Parteitag, dass ihr mir die Gelegenheit gebt, dass ich einige meiner Vorstellungen auch heute hier präsentieren kann. Ich möchte beim derzeit gültigen, beim aktuellen Frauenprogramm der KPÖ beginnen. Die Frauen in der KPÖ haben mit diesem Programm, so meine ich, eine relativ

umfassende, inhaltlich bemerkenswerte und sehr gute Grundlage für unsere Frauenpolitik geschaffen. Ein Programm darf niemals als statisch aufgefasst werden. Natürlich beständige Weiterentwicklungen sind notwendig. Aber dennoch ausgehend von diesem Programm lässt sich und ließe sich auch in Zukunft gut arbeiten. Wir haben darin einige wichtige Punkte unseres Selbstverständnisses formuliert. Wir haben uns z.B. vorgenommen, die Unterdrückung von Frauen auf allen Ebenen zu analysieren und auch zu bekämpfen. Wir tun dies in dem Verständnis, wie wir es wirklich schön in diesem Frauenprogramm formuliert haben: Kommunistinnen versuchen in den Geschlechterverhältnissen die Klassenfrage aufzuzeigen und in den Klassen die Beziehungen der Geschlechter herauszuarbeiten. Wir haben uns also vorgenommen, die Dialektik von Klasse und Geschlecht umfassend zu untersuchen und vor allem auch in der Praxis zur Geltung zu bringen.

Ich möchte kurz darauf eingehen auf die Aneignung der Welt. Die Herrschenden, wie die Heidi Ambrosch angesprochen hat, die herrschenden Männer haben sich natürlich die Welt schon angeeignet, schon lange. Ich stehe auch heute noch dazu, dass Frauen sich die Welt in all ihren Facetten aneignen müssen und dass sie dies im Kampf, im gemeinsamen Kampf mit allen unterdrückten Menschen, tun müssen. Wir haben also sehr vieles an Vorsätzen in diesem Frauenprogramm formuliert, aber dennoch, die Frauenpolitik in unserer Partei stagniert muss ich feststellen. Es ist bis heute nicht gelungen, bundesweit eine KPÖ-Frauenstruktur aufzubauen, die Frauen, aus allen Bundesländern mit einzubeziehen, jüngere und ältere Genossinnen. Die von der derzeitigen Frauensprecherin Heidi Ambrosch ausgehende Frauenpolitik konzentriert sich im Wesentlichen auf Wien und in den Bundesländern bleibt, nicht zuletzt wegen der vielen Anforderungen an die Landesorganisationen, die große sind, bleibt die Frauenpolitik oft ein Randthema, leider. Sie läuft halt nebenbei irgend wie mit. Aber in einer Zeit, wo die Errungenschaften der Frauenbewegung und der ArbeiterInnenbewegung massiv zurück gedrängt werden, wo ein reaktionäres Frauenbild zunehmend wieder Auftrieb bekommt, wo ein biologistisches Menschenbild fröhliche Urständ feiert, da brauchen wir eine starke Frauenstruktur in der KPÖ. Da genügt es nicht zu sagen, wir kommunistischen Frauen wir vernetzen uns eh außerhalb der KPÖ und wir beziehen die Kraft für unser Engagement außerhalb der KPÖ in diversen Frauenbündnissen. Das ist auch wichtig, aber es genügt eben nicht und wir brauchen eine starke eigenständige Frauenstruktur in der KPÖ. Diese brauchen wir, um nicht zuletzt unsere eigenen kommunistischen frauenpolitischen Positionen zu entwickeln und weiter zu entwickeln, sondern auch, damit es nicht die Gefahr des Auseinanderdriftens gibt zwischen dem Kampf um die Emanzipation der Frauen und dem Klassenkampf. Wir haben im Frauenprogramm eben auch formuliert, es ist ein Vorzug der KPÖ, dass in ihr Erfahrungen unterschiedlicher Generationen, verschiedener Lebenszusammenhänge, verschiedener sozialer Lebensgeschichten, ganzheitliche Sichtweisen auf gesellschaftliche Verhältnisse ermöglichen und in eine gemeinsame Praxis einmünden können.

Ich sehe diese gemeinsame Praxis in Gefahr und ich möchte dieser Gefahr begegnen.

Eines meiner Hauptziele als Frauenvorsitzende wäre es demnach, eine bundesweite KPÖ-Frauenstruktur wieder aufzubauen. In diesem Sinne begrüße ich natürlich sehr auch den Antrag der Donaustädterinnen und Donaustädter, nämlich einen

Frauenarbeitskreis wieder einzuführen, der vernetzende Aufgaben hat. Der für einen beständigen Informationsfluss auch zwischen Frauenkonferenzen sorgen muss. Ich begrüße ihn sehr und frage mich, wenn Heidi Ambrosch ihn auch so begrüßt, warum hat sie es nicht schon längst getan. Und nicht zuletzt, glaube ich, brauchen wir auch wieder eine eigenständige, publizistische Tätigkeit, wie es zuletzt das "So schaut es aus" war. Wichtig sind mir die Verbreitungen der frauenpolitischen Positionen innerhalb und außerhalb der Partei. Ich glaube, dass wir auch die inhaltliche Debatte vertiefen müssen, anhand von Schwerpunkten freilich, aber auch dazu habe ich Ideen. Schwerpunkte könnten sein, die Arbeitsbedingungen von Frauen am flexibilisierten, am deregulierten Arbeitsmarkt. Ich denke hier beispielsweise an die Frauen im Handelsgewerbe. Schwerpunkte unserer Arbeit, unserer inhaltlichen Arbeit, müsste aber auch sein die Familienpolitik in Österreich und in der EU. Die Frage der Kinderbetreuung, Altenbetreuung, die Frage eben der Lohnarbeit und der Reproduktionsarbeit, dass wir diese Fragen inhaltlich weiter vertiefen. Nicht zuletzt auch möchte ich ein Thema ansprechen, das mir am Herzen liegt, an dem ich selbst auch wissenschaftlich gearbeitet habe. Die Fragen der Gesundheitspolitik und der sogenannten Fortpflanzungsbiologie, wo Frauen all zu oft unter die Räder kommen und über ihre Köpfe hinweg technokratisch bestimmt wird. Ich stelle mir eine enge Zusammenarbeit mit diverssten Frauenbündnissen vor und auch mit den Gewerkschaftsfrauen, Frauen, die in der Gewerkschaft organisiert sind. Ich denke, dass man verschiedene Zugänge zur Frauenpolitik berücksichtigen muss. Ich denke, Frauenpolitik muss sich aber auch in der KPÖ in Zukunft entfalten und entfalten können. Grundsätzlich gilt, je transparenter eine Partei, je stärker die parteiinterne Demokratie, um so günstiger sind die Voraussetzungen für Frauen in der KPÖ aktiv zu sein, davon bin ich überzeugt. Es darf nicht als ungehörig dargestellt werden, wenn sich mehrere Personen der Wahl für zentrale Funktionen stellen. Es ist beschämend in meinen Augen, wenn die eigene Politik nicht mehr selbstkritisch reflektiert wird. Wenn kritische Stimmen mit persönlicher Diffamierung rechnen müssen, wenn auch andere Positionen ausgegrenzt werden. In diesem Sinne muss die Partei eine andere, eine erneuerte werden. Eine Partei, die in solidarischer Weise kommunistische Politik, auch Frauenpolitik, entwickelt. Ich halte dies für möglich.

9. Plenardiskussion – Themenblock 1

Gen. Eber: *Liebe Genossinnen und Genossen, bevor jetzt die Plenardiskussion beginnt haben sich zwei Genossen mit Anträgen zur Geschäftsordnung gemeldet. Zunächst der Gen. Resinger von der GO 42 aus Wien.*

Gen. Resinger: Nachdem der Antrag nur mündlich eingebracht werden kann, muss ich ihn kurz vorlesen, nachdem wir ihn in der GO besprochen haben. Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss mich entschuldigen. Das ist unser 1. Parteitag, wir sind noch nicht so lange da. Deswegen kann es sein, dass der Antrag nicht gut formuliert ist oder nicht statutengemäß oder ähnliches. Nachdem die Anzahl der abgegebenen Wortmeldungen zum Themenblock 1 einen großen Diskussionsbedarf zeigen und sich ein beträchtlicher Teil der Wortmeldungen auf die noch am heutigen Abend anstehenden Abstimmungen bzw. Wahlen beziehen, ist es unserer Meinung nach absolut undemokratisch, die Plenardiskussion derart zu verkürzen. Um die durch den verspäteten Beginn, die zusätzlichen Referate und andere Zeitverzögerungen entstandene Verkürzung der Diskussionszeit zu kompensieren, halten wir es für notwendig, die Tagesordnung ab 14.30 Uhr um eine Stunde nach hinten zu verschieben, sodass der Bericht der Mandatsprüfungskommission um 16 Uhr beginnt. Weiters sollen die Länder aufgerufen werden, ihre Beratungen zwar so lange wie möglich, aber dennoch möglichst kurz zu halten um die dadurch gewonnene Zeit ebenfalls für Plenardiskussionen nutzen zu können. Als Ausgleich dazu wäre die Weiterführung der Diskussion zu Themenblock 1 am Sonntag um eine Stunde zu kürzen, sodass der Parteitag schon um 15. 30 Uhr abgeschlossen werden könnte. Weiters sollten Diskussionsbeiträge, die sich auf die erst am Sonntag abzustimmenden Anträge beziehen unter Beibehaltung der relativen Reihung auf den Sonntag verschoben werden. Uns ist es leider erst jetzt aufgefallen, dass es nicht für Sonntag eigene Wortmeldungen gibt, sondern dass die Wortmeldungen, die heute abgegeben werden, sich zur Plenardiskussion zu Referaten, Rechenschaftsbericht, Wahlvorschlägen, also Sachen, die heute abgestimmt werden, und zu den Anträgen die morgen abgestimmt werden, beziehen. Ich denke mir, was soll das, dass man erst morgen eine Wortmeldung zu etwas abgeben kann, was schon heute beschlossen wird.

Gen. Eber: *Danke. Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Gibt es eine Contra-Wortmeldung. Dann müssen wir diesen Antrag abstimmen.*

Der Antrag ist mit 137 Pro-Stimmen und 147 Gegenstimmen abgelehnt.

Gen. Wendt: Wenn es schon nicht möglich ist, länger über die Wahl zu diskutieren, dann sollen zumindest mehr Leute zu Wort kommen und wahlrelevante Äußerungen machen. Mein Geschäftsordnungsantrag lautet: Verkürzung der Redezeit auf 3 Minuten, abklopfen nach zweieinhalb Minuten und tatsächlich rigorose Einhaltung. Nicht die sind autoritär, die das dann einfordern, sondern die, die länger reden, weil sie den anderen die Möglichkeit nehmen, Wortmeldungen abzugeben. Im Sinne von Disziplin und Charakter im besten Sinne des Wortes und alle sollten sich darauf beschränken relevantes zur Wahl zu sagen und nicht was sie vor einem Jahr vorbereitet haben.

Gen. Eber: *Gibt es dazu eine Contra-Wortmeldung. Wenn das nicht der Fall ist, wird der Antrag abgestimmt. Wer für den Antrag vom Gen. Wendt ist, bitte um ein*

Zeichen der

Zustimmung mit der Delegiertenkarte. Danke, das ist, glaube ich fast einstimmig..

Die Gin. Agnes Mikesch ist gerade verhindert, daher Gen. Jurjans aus Wien Margareten bitte. In Vorbereitung die Gin. Lonita Kuyumji vom KSV und KPÖ Wien 20. Die Gin. Mikesch wird natürlich, sobald sie wieder im Saal ist sich melden und drankommen. Bitte Gen. Jurjans, die Redezeit 3 Minuten.

Gen. Jurjans: Ich muss jetzt kurz umdisponieren. Ich ziehe den positiven Teil vor. Den positiven Teil möchte ich so formulieren, geschätzter Ernst Kaltenecker: Setze einen mutigen Schritt, schreibe eine regelmäßige Kolumne in der „Volksstimme“. Auf die Hälfte meiner Überlegungen kann die Masse verzichten, auf einen Kaltenecker in der „Volksstimme“ können sie nicht verzichten. Einen Schritt nach vorne können nur GenossInnen schaffen, die gern und leidenschaftlich können und wollen und bürokratisch und praktisch sind und keine Begutachtungskommissionen. Dann noch kurz zu dem Teil, den ich vorbereitet habe. Ich denke, weltweit und jetzt auch in Österreich, verschärfen sich die sozialen Kämpfe. Die KPÖ kämpft, sie stellt sogar die Masterfrage und zwar in ihrem Schrebergarten. Genauer, sie fragt sich, ob sie mehr Dünger für steirische Kürbisse oder Wiener Rote Rüben verwenden soll. Pikanter Weise haben wir den Salat nicht, weil wir wieder einmal verloren haben, sondern, weil die Grazer Pflänzchen Früchte getragen haben und wir uns über eine herzeigbare Sonnenblume - den Ernst - freuen können. Wie schafft das die KPÖ, aus den für sie besten Möglichkeiten das schlechtest mögliche Ergebnis herauszuholen. Nämlich einen zersetzenden Fraktionskampf. Ist das eine unerforschte Gesetzmäßigkeit oder gibt es dazu Handlungsalternativen? Eine Möglichkeit wäre gewesen: Gen. Parteder zieht sein legendär bescheidenes Jopperl an, tritt vor den Parteitag und sagt: Ich will der Partei vorsitzen, weil ich der bessere Mann bin, das bessere Programm und einen zählbaren Erfolg vorzuweisen habe. Ich werde ein bisschen unsere Haltung zum Stalinismus, Feminismus, Demokratie, Immigrantfrage und den Bewegungen revidieren und will jetzt eine radikale, sich an der richtigen Arbeiterklasse orientierende SOS-Mitmenschen-Kommunalpolitik machen. Dann wäre Walter oder Stephan gewählt worden. Die hätten uns in die eine oder andere Richtung bewegt. Das hat es aber nicht gespielt. Gen. Parteder hat es anders angelegt, frei nach Qualtinger, hintergründig. Da wurde über Monate so getan, als ob eine ernsthafte programmatische Diskussion stattfindet. Viele Genossen, die das geglaubt haben, sind jetzt die Gelackmeierten und haben sich von dem - wie sie meinen - Affentheater abgewandt, um Brechreiz zu vermeiden. Sie haben etwas versäumt. Da rasten im 1. Teil des Parteitages zwei Züge aufeinander zu, in letzter Sekunde wurde die Katastrophe verhindert. Die Notbremsung durfte der Gen. Langmann vollziehen, der Steirer in Wien und im Wiener Ausschuss. Nur wurde die gute Tat mittlerweile von Franz-Stephan zum Vorsitzenden-Stellvertreter vorgeschlagen. Jetzt könnte man sagen, ein Intrigantenstadel mit mäßigem Unterhaltungswert. Wenn da nicht der Gen. Groß wäre, der beste kommunistische Gewerkschafter liegt wie ein Kind im Bett und kann den linken Arm kaum heben statt die Faust im ÖGB-Bundesausschuss wenn der größte Streik in der Gewerkschaftsgeschichte stattfindet. Manfred Groß, körperlich und seelisch beschädigt, Gen. Langmann, den ich als Menschen schätze in seiner politischen Glaubwürdigkeit beschädigt, eines an den Vatikan erinnernden Machtkampfes. Oder

nehmen wir die Stalinismusfrage. Da steht am Papier, dass die KPÖ den strukturellen Stalinismus ächtet. Warum diese Papierverschwendung? Wenn man sich, am besten durch einen aufgeregten Parteitag legitimiert, an die Macht putschen will, stellt man sehr wohl die Stalotalibans in den Verfassungsbogen. Ihre Fähigkeit zum Mobbing sind Wut

und marxistisch fundiert und die eigenen Hände bleiben sauber. Speziell geeignet sind die Sondereinheiten für die sensible Feminismusfrage. Eine Schlussbemerkung. Ich lasse das jetzt mit dem Frauenfeminismus weg und sage nur. Ich persönlich bin Betriebsrat, ich weiß was Mobbing ist. Ich bin in einem Gewerkschaftsbetrieb drinnen und dort habe ich die Position vertreten, dass der Betrieb nicht privatisiert werden soll. Dort werde ich gemobbt, ich weiß, was das Ganze heißt und diese Kultur ist nicht vereinbar.

Gen. Eber: *Als Nächste die Gin. Lonita Kuyumji. Nach ihr der Gen. Tabernik und nach ihm dann die Gin. Agnes Mikesch aus Wels.*

Gin. Kuyumji: Liebe Genossinnen und Genossen. Drei Minuten sind schon sehr kurz. Es geht um den KSV und die Wahlergebnisse. Die Wahlen waren im Mai 2003. Trotz schwieriger Ausgangslage für den KSV und auch der fehlenden 45000 Studierenden, die auf Grund der Studiengebühren sich das nicht mehr leisten können haben wir es geschafft, auf Bundesebene von 4,6 auf 4,8 Prozent zu steigern. In der Wr. Kunsthochschule, Graz, Innsbruck und in Klagenfurt konnten wir einen sehr hohen Stimmzugewinn verzeichnen, was auch heißt, dass wir unterschiedlich natürlich in Studienrichtungs-, Fakultäts- und Universitätsvertretungen die nächsten 2 Jahre präsent sein werden. Anmerken möchte ich noch: Gestern gingen die Koalitionsverhandlungen in Wien für die Universitätsvertretungen zu Ende und wir werden als KSV-Wien sehr stark in der Koalition vertreten sein. Das ist für uns in Wien dadurch ein richtig gutes Wahlergebnis. Ich möchte mich hiermit bei allen recht herzlich bedanken, die aktiv und tatkräftig den KSV, also Kommunistischen StudentInnenverband, unterstützt haben. Es sind auch einige hier und ich möchte mich nur ganz beispielhaft bei drei besonders bedanken. Das ist auf der einen Seite Unitat-Chefredakteur Simon Loidl, der vor kurzem die Unitat übernommen hat. Da sie doch ein sehr wichtiges Wahlkampfmedium ist, das natürlich einer besonderen Anstrengung bedurfte. Zweitens und drittens zwei Personen, die während dem Wahlkampf und am Schluss fast glaube ich 24 Stunden, sich für den KSV engagiert haben und ich denke mir, dass sie eine verdammt wichtige Stütze waren. Das sind Andreas Filipovich und Susanne Landauer.

Gen. Eber: *Jetzt Gen. Otto Tabernik aus Wien 21, nach ihm Gin. Agnes Mikesch aus Wels.*

Gen. Tabernik: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich kann mit dem Thesenpapier einigermaßen leben. Ich kann mit dem Steirischen Landesprogramm und dem Manfred Groß-Papier ganz gut leben. Für mich ist der Unterschied sehr gering und ich glaube, dass viele Genossen das auch so sehen. Ich kann aber mit unqualifizierten Äußerungen, Angriffen mit politischem Mobbing und verächtlich machen so mancher Genossen nicht leben. Gute Mitstreiter werden damit

demotiviert und es besteht die Gefahr, dass man Genossen dadurch verliert. Wir können auf keinen Genossen verzichten oder wollen wir uns selbst zerstören. Manchmal habe ich den Eindruck, dass so manche persönliche Differenzen auf dem Rücken der Partei ausgetragen werden. Ich hoffe ich irre. Auch eine größere Umgruppierung an der Parteispitze finde ich nicht gut. Das löst auch nicht unser Problem. Was fehlt uns, was ist unser Problem? Ich meine, mehr politische Kultur in unseren Reihen würde uns gut tun. Tragen wir unsere politischen Differenzen sachlich, ehrlich und in einem freundschaftlichen Ton aus. Gehen wir aufeinander zu und die Arbeit wird vielen wieder Spaß machen und davon viele und auch die Partei profitieren.

In Anbetracht des steigenden Interesses an unserer Partei, das zeigen die schönen Wahlerfolge in NÖ, der Post und KSV und das sensationelle in Graz, ist es dringend notwendig, für die Zukunft Genossen für kommunalpolitische Aufgaben zu schulen. Jetzt muss ich einiges auslassen, aber bitte. Da gibt es die "Neue Volksstimme", sie ist nicht geeignet für Außenstehende und für die Werbung für die KPÖ. Die Wochenzeitung "Volksstimme" hat eine viel zu kleine Schrift. Die Artikel sind viel zu lang. Es gibt viel zu wenig Themen. Sie sollte allgemein verständlich, einleuchtend und klassenkämpferisch den Leser emotional bewegen. Was sie leider nicht tut. Es mangelt bei jeder dieser zwei Zeitungen, da meine ich die "NVS", die ich ausgelassen habe, an Geld und Personen, welche Artikel verfassen können. Und trotzdem leisten wir uns zwei Zeitungen. Genossen, geht aufeinander zu. Bündelt eure Kräfte in einer Zeitung, der dem Leser unsere Ansichten leicht verständlich näher bringt. Punkt 2: Verschlechterungen in jedem Bereich treten in kürzeren Abständen auf Arbeitnehmer herein. Ganz kurz. Der Punkt 4 ist ganz konkret. Am 28. September sind in Oberösterreich Landtags- und Gemeinderatswahlen. Es muss doch möglich sein, außerhalb von Oberösterreich etwa 20 Personen für einen Wahleinsatz zu gewinnen. Heinz Gruber und ich stehen den Oberösterreichern eine Woche lang zur Verfügung. Wer fährt mit? Wir können in unseren Autos noch 8 Personen mitnehmen. Wir haben bei den Grazer Wahlen ein bisschen mitgeholfen und es war eine schöne Zeit. Wir haben damals um ca. 100 € Blumen gekauft. Heinz Gruber und ich spenden € 50 für Blumen und wenn im Saal jeder nur € 1 spendet und sich ein paar Genossen zum Mitfahren entschließen, dann können wir in Linz einen schönen Wahlkampf führen.

Gen. Eber: *Die Gin. Agnes Mikesch ist noch nicht da, dann kommt die Gin. Renate Pacher von der BO Knittelfeld. In Vorbereitung der Gen. Martin Just aus Wien 5.*

Gin. Pacher: Liebe Genossinnen und Genossen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte gibt es eine Gegenkandidatur zum Parteivorsitz. Auch für andere Funktionen gibt es Alternativkandidaturen. Vom Bundesvorstand wurde dazu ein Brief an alle GenossInnen versandt. Darin heißt es: Die Partei sei mit einem unwürdigen, taktischen Spiel konfrontiert, in irgend einem geheimen Zirkel würde über die Führung der Partei nachgedacht. Dies sei ein Vorgehen hinter dem Rücken der Partei, welches undemokratisch, unproduktiv und auf die Manipulation des Parteitags ausgelegt sei. Liebe Genossinnen und Genossen. Ich war in der Vorbereitung dieser Alternativkandidatur nicht eingebunden und ich habe an keiner einzigen Sitzung des sogenannten "Atterseekreises" teilgenommen, aber die Art der Reaktion der Parteiführung auf diese Gegenkandidatur und der Artikel des Gen.

Mende in der „Volksstimme“ haben mich dazu bewogen, dass ich heute für diese Alternativkandidatur und für den Gen. Manfred Eber spreche. Nie wird in der engeren Parteiführung von der Notwendigkeit der Demokratie in unserer Gesellschaft und Aufbau des Sozialismus innerhalb unserer Partei gesprochen. Was gibt es aber demokratischeres, als auf einem Parteitag die Wahl zwischen zwei Vorschlägen zu haben. Wir haben heute hier einen Mitgliederparteitag. Die anwesenden GenossInnen haben die Vorstellung und Argumente des Gen. Baier und Gen. Eber gehört. Sie können die jetzige Diskussion mit verfolgen und sie werden dann ihre Entscheidung treffen. Viel mehr als das Verschicken an alle Mitglieder, die ja doch nur eine Seite der Meinung darlegen, würde ich mir von unseren führenden Genossinnen und Genossen mehr Nachdenklichkeit wünschen. Mehr Nachdenklichkeit darüber, was an ihrer Politik und an ihren Handlungen falsch war und letztlich einige GenossInnen dazu bewogen hat, heute hier zu einer Gegenkandidatur

anzutreten. Nun kandidiert Gen. Eber für den Parteivorsitz. Er ist seit 1986 Mitglied unserer Partei und seit 1991 Vorsitzender der KPÖ Tirol. In Tirol ist Gen. Eber in zahlreichen Politikfeldern tätig. Dazu gehört die Gewerkschaftsarbeit, wie Friedens- und Antikriegsbewegung und verschiedene Innsbrucker Bürgerinitiativen. Gen. Eber war mehrere Jahre lang Angestellter unserer Partei. Seit ungefähr einem Jahr arbeitet er wieder in seinem erlernten Beruf als Bürokaufmann bei einem Großhandelskonzern in Innsbruck. Im Falle seiner Wahl zum Vorsitzenden unserer Partei bedeutet dies für ihn sowohl die Übernahme einer großen politischen Verantwortung, als auch bedeutsame Veränderung für sein bisheriges Leben und für seinen Lebensmittelpunkt. Das ist eine sehr schwere Entscheidung. Und ich verstehe es deshalb, dass er die Entscheidung, für den Parteivorsitz zu kandidieren, lange überlegt hat und die Kandidatur erst kurz vor Ende der Frist bekannt gegeben wurde. Ich kenne Gen. Eber aus dem Bundesvorstand, ich habe ihn als Genossen kennen gelernt, der zu seiner Meinung steht, gleichzeitig aber kein Scharfmacher ist und auch das Verbindende sucht. Die Landesorganisation ist eine kleine Organisation. Gen. Eber kennt daher die tägliche Parteiarbeit mit all ihren Mühen, aber auch die Notwendigkeit eines Parteiaufbaus von unten und das gefällt mir.

Gen. Eber: *Am Wort ist Gen. Martin Just aus Wien 5, in Vorbereitung die Gin. Sonja Jamkojian-Huber ebenfalls aus dem 5. Bezirk in Wien.*

Gen. Just: Liebe Genossinnen und Genossen. Nach längerem Überlegen habe ich mich entschlossen, heute nicht die Wahl über Hänsel und Gretel zu erzählen, sondern sehr wohl auf die Thematik einzugehen und mich mit unverschlüsselten Botschaften an den Parteitag zu richten. Es ist heute schon mehrmals Karl Marx zitiert worden, dem will ich mich anschließen. Wenn Karl Marx im Manifest schreibt, mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen politischen Zustände, so ist mir mit diesem Satz klar, dass sich die Kommunistinnen und Kommunisten zur Zeit in die globalisierungskritischen Bewegungen einbringen müssen, um vor allem dort als Kommunisten aufzutreten. Das halte ich für eine absolute Notwendigkeit. Zum Zweiten bin ich der Kommunistischen Partei deswegen beigetreten, weil ich gedacht habe, dass in dieser Partei ein anderes politisches Klima herrscht als in anderen Parteien. Ich habe mir eigentlich alles erwartet, nur nicht Fraktionskämpfe, wie sie in

dieser Art und Weise geführt werden. Ich halte das für etwas widerwärtig. Im Prinzip die anderen Sachen, es ist eine sehr kurze Redezeit und ich will eigentlich die anderen Genossinnen und Genossen auch zu Wort kommen lassen.

Gen. Eber: *Am Wort ist die Gin. Sonja Jamkojian-Huber, in Vorbereitung Karl Russheim aus Trofaiach.*

Gin. Jamkojian-Huber: Liebe Genossinnen und Genossen. Die KPÖ hat eine Geschichte. Die KPÖ hat eine großartige Geschichte und das möchte ich allen Anwesenden, die mitgewirkt haben an der KPÖ bis zum heutigen Tag, in diesem Saal sagen. Ich möchte aber auch den Verantwortlichen an der Parteispitze danken, die vor zwölf Jahren die Partei übernommen haben. Wo die Partei fast am Auseinanderbrechen war, gegenüber der alten Position des Stalinismus, wo man keine Aufarbeitung der Geschichte zulassen wollte und das zum Glück geschehen ist. Auch diesen Genossen möchte ich wirklich für ihre harte Arbeit, die sie in der Gesamtpartei geleistet haben, danken. Ich schätze sehr den Wahlerfolg der Grazer GenossInnen und den Erfolg für das Ansehen der KPÖ, das sie

dadurch wahrscheinlich Österreichweit gehoben haben. Aber ich finde, das ermächtigt sie nicht, dass sie ihre Aggressionen jetzt innerparteilich ausleben, sondern diese Aggressionen sollen sie eher in der bundesweiten Politik ausüben und austragen, das gemeinsam mit uns allen, auch wenn Kritik notwendig ist. Ich finde wir müssen uns gemeinsam für eine andere Welt einsetzen und das wird täglich gemacht von vielen Genossinnen und Genossen, die sich in breite Bündnisse begeben, in oft sehr unangenehme Bündnisse, sich aber als Kommunistinnen und Kommunisten durchsetzen können. Da möchte ich vor allem Claudia Krieglsteiner und Heidi Ambrosch nennen. Es ist wichtig, dass Kommunistinnen und Kommunisten ihr Wissen, ihr Verständnis aus der kommunistischen Sicht und ihrer kommunistischen Handlungsweise weit hinaus tragen und keine Mühen scheuen, sich in weiten Bündnissen eben zu manifestieren und aufzutreten. Da muss ich sagen, so manche Frauen fehlen mir. Wenn die Petra Stöckl sagt, es fehlt ihr die bundesweite Aktivität der Frauenarbeit, dann muss ich sie fragen: Wo war sie und wo ist sie? Darum möchte ich sehr sehr bitten, dass wir zu einem Ende kommen mit den dogmatischen, mit den demagogischen und mit den egozentrischen Äußerungen. Ja, liebe GenossInnen, das war es und ich plädiere für einen Weiterbestand des jetzigen Bundesvorstandes und der jetzigen Bundesparteispitze.

Gen. Eber: *Am Wort ist der Gen. Karl Russheim, nach ihm die Gin. Karin Oberkofler aus Tirol.*

Gen. Russheim: Liebe Genossinnen und Genossen. Es ist in der letzten Zeit das Gerücht umgegangen, wenn der Genosse nicht zum Parteivorsitzenden gewählt wird, dann ist die Partei gespalten. Jetzt ist noch ein Brief aufgetaucht von einigen Genossen unterschrieben, fünf ehemalige ZK-Mitglieder, die das Gleiche behaupten. Aber Gen. Baier schreibt vor ein paar Tagen in der Zeitung, für ihn ist das kein Problem, wenn ein zweiter Kandidat auftaucht, endlich treten in unserer Partei demokratische Richtlinien ein, wie sie gehören. Das ist gut, da bin ich mit dem Walter einverstanden. Aber nicht gut ist, was der Walter in dem gleichen Artikel schreibt. Er schreibt, Gen. Eber ist ein Dogmatiker, greift ihn sofort an in der ganzen

Öffentlichkeit in Österreich, der Gen. Eber wird im Vorhinein, bevor er überhaupt gewählt ist, als Dogmatiker abgestempelt. Gleichzeitig schreibt er in diesem Artikel, dass die Linie, die der Gen. Eber vertritt, der Marxismus-Leninismus der 70iger Jahre ist. Also dogmatisch, stalinistisch. Ich möchte sagen, allein mit dieser letzten Schlussfolgerung die er gezogen hat, hat er eigentlich alle ehemaligen Genossen, die in dieser Zeit aktiv in der Partei waren, gekämpft haben, ihr Bestes gegeben haben und Opfer gebracht haben, abgestempelt. Ich möchte euch das Folgende sagen Genossen: Ich war im ZK, wie der Gen. Koplenik noch war, ich war im ZK, wie der Gen. Muhri war, ich war sogar noch im ZK, wie der Silbermayer war und der Baier wird mir bestätigen können, dass ich insgesamt natürlich auf dieser damaligen Linie war und wir haben Großes geleistet auch damals, möchte ich sagen. Heute freuen wir uns natürlich über jeden einzelnen Betriebsrat, den wir gewinnen. Damals haben wir Hunderte Betriebsräte gewonnen mit dieser Linie. Ich verstehe auch die Briefschreiber nicht, die das ausgeschickt haben. Drei Polbüro-Mitglieder und zwei ZK-Mitglieder. Wir sind alle im ZK gesessen und ein Teil davon war davon kritisch, aber der Gen. Baier wird mir bestätigen, dass ich einer der kritischen Zentralkomiteemitglieder war. Der sich auch in dieser Zeit, wo es nicht leicht war, sich kritisch zu äußern, geäußert hat. Nur der Gen. Baier hat damals nichts gesagt, das muss ich auch sagen. Es ist leicht, sich heute demokratischer Sozialist zu nennen. In einer Zeit, wo das nicht möglich war, hat man

geschwind zum Schluss zu kommen. Ich bin der Meinung, dass unserer Partei eine Blutauffrischung nicht schadet. Ich bin der Meinung, dass nicht mehr - so wie es früher war - ich habe das zentral immer gesagt - der Apparat hat der Partei zu dienen und nicht die Partei dem Apparat.

Es gibt hier eine Veränderung der Parteilinie in Richtung mehr Betriebsarbeit, mehr Kommunalarbeit und mehr an Ort und Stelle und nicht nur irgendwo oben herum. Ich traue mich offen zu sagen, ich kämpfe mit offenem Visier. Ich möchte allen Genossinnen und Genossen sagen, entscheidet nicht nach der Kohle des Dogmatismus, sondern nach eurem Gewissen. Ich persönlich werde dem Gen. Eber die Stimme geben.

Gen. Eber: *Bevor die Gin. Karin Oberkofler aus Tirol spricht, gibt es eine sachliche Richtigstellung vom Gen. Didi Zach.*

Gen. Zach: Didi Zach, Pressesprecher. Ich wollte nur eines sagen: Ich weiß nicht, Gen. Russheim, ob es dir passiert ist oder nicht. Weder Walter Baier noch Manfred Eber haben im „Standard“ etwas geschrieben, sondern sie wurden zitiert. Ob sie korrekt zitiert worden sind, weiß ich nicht, müssen sie beide selbst beantworten. Seltsam ist, dass die Medien seit geraumer Zeit aufmerksam werden auf das, was in der KPÖ passiert an Debatte. Von mir kommen die Hinweise an die Medien nicht, das möchte ich hier auch klarstellen.

Gen. Eber: *Am Wort ist die Gin. Karin Oberkofler. Nach ihr am Wort ist der Gen. Ernst Kaltenegger. Der Gen. Hanno Wisiak war bereit, auf seine Wortmeldung zu Gunsten von Gen. Kaltenegger zu verzichten. Wir haben das gemacht, weil die Forderung oftmals erhoben worden ist, dass der Gen. Kaltenegger Stellung nehmen soll und die Diskussionsleitung war sich darin einig, weil sie auch das Recht hat*

öffentliche Mandatare vorzuziehen. Am Wort ist jetzt die Gin. Karin Oberkofler.

Gin. Oberkofler: Genossinnen und Genossen! Mein Beitrag befasst sich mit den Gründen, warum ich erstens für eine neue Frauenverantwortliche und zweitens für Dr. Petra Stöckl als Frauenvorsitzende bin. Die Funktion der Frauenverantwortlichen für die KPÖ, also eine Führungsposition für die Kommunistinnen ganz Österreichs, ist eine vieles umfassende Aufgabe. Es ist nicht nur eine Funktion, die besetzt werden sollte. Gerade in der Gegenwart, in der komplexe Aufgaben vor uns stehen, brauchen wir mehr denn je eine Frau, die fest auf dem Boden des historischen Materialismus steht. Die die Frauenfrage nicht nur aus dem Blickwinkel des Feminismus betrachtet, auf eine sich selbst bezogene individualisierte und lebensferne Welt und jedem fremd bleibt, der im tagtäglichen Lebenskampf steht. Diese Aufgabe erfordert eine positionssichere und dem Sozialismus verpflichtete Orientierung. Eine Frau, die eine fundierte berufliche Qualifikation hat, mitten im Arbeitsleben steht und sich dort bewährt. Zu dem brauchen wir eine Frau in dieser Führungsrolle, die sich durch besondere charakterliche Fähigkeiten auszeichnet. Sie sollte selbstsicher und nicht arrogant sein, bestimmt aber nicht dominant. Sie sollte in der Lage sein, kritische Geister auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, ohne dass die Kritikerin der Bannstrahl der Allmächtigen trifft. Neue Erkenntnisse und Altbewährtes muss fruchtbringend zusammengeführt werden. Wir brauchen wieder lebhaft aggrasionsfreie Diskussionen, in denen die Meinungen aller Frauen gehört werden. Frau muss wieder mutig ihre Ansichten darstellen können und ihren Aussagen Bedeutung beigemessen werden, ohne dass sie von vorne herein einem Lager zugeordnet wird.

Genossinnen und Genossen. Mit Recht hat die Parteiführung in den letzten Jahren auf grobe Fehler, die im real existierenden Sozialismus geschehen sind, hingewiesen. So kann die künftige Frauenvorsitzende, dies gilt natürlich für die gesamte Parteispitze, heute wohl nicht mehr davon ausgehen, dass sie in ihrer Position dauerhaft verweilen kann, unabhängig vom Ergebnis ihrer Arbeit. Lassen wir es deshalb nicht zu, dass Genossinnen und Genossen wieder gewählt werden, nur weil sie schon jahrelang eine Funktion inne haben. Wählen wir nur die Besten. Wir wollen nicht zurück, wie Gen. Furtlehner in seinem Artikel argwöhnt und schon gar nicht in Jahre vor 1991, wo jene Funktionäre und Funktionärinnen groß geworden sind, die heute an der Spitze der Partei stehen. Wir wollen nicht zurück, aber auch nicht auf der Stelle treten, sondern endlich die Dinge angehen, die in den letzten 12 Jahren vernachlässigt worden sind. Wir wollen uns wieder auf unsere Wurzeln beziehen.

Gen. Eber: *Am Wort ist jetzt der Gen. Ernst Kaltenegger aus Graz, nach ihm als letzte Rednerin die Gin. Agnes Mikesch aus Wels. Im Anschluss daran findet der Bericht der Mandatsprüfungskommission statt.*

Gen. Kaltenegger: Liebe Genossinnen und Genossen. Es ist kein Geheimnis, dass ich nicht zu den eifrigsten Parteitagsrednern gehöre. Wenn ich mich zu Wort melde, dann rede ich am liebsten über konkrete Arbeit und beteilige mich nicht gerne an parteiinternen Querelen. Heute fürchte ich, muss ich eine Ausnahme machen. Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir der Bevölkerung glaubhaft vermitteln können, dass wir für eine andere, sich von den herrschenden Parteien

unterscheidende Politik, eintreten. Keine Garantie für Erfolg und Vorwärtsentwicklung der KPÖ ist der Verweis auf möglichst viele Trophäen aus parteiinternen Streitereien. Dass es in der Partei verschiedene Meinungen zu Politik und Arbeit gibt, ist an sich nicht verwerflich. Wir sind weder ein Kloster noch ein Kasernenhof. Der Stil ist allerdings öfter würdelos. Die Palette reicht von Unterstellungen, über Unwahrheiten bis zur Verächtlichmachung von Genossinnen und Genossen. Gleichzeitig wundern wir uns, dass politische Erfolge ausbleiben und wir nicht weiterkommen. Bei dem Bild, das wir manchmal vermitteln, überraschen mich weder Stagnation noch Rückschritte. Auch kann ich verstehen, wenn sich Genossinnen und Genossen wieder enttäuscht von uns abwenden. Wenn neue Mitglieder beitreten fürchte ich immer schon den Augenblick, wo sie das erste Argument zugeschickt bekommen. Für die neu Beigetretenen, die sich auf Grund der Arbeit vor Ort für eine Mitgliedschaft in der KPÖ entschieden haben, oft eine desillusionierende Erfahrung. Ich kann nur hoffen, dass möglichst viele ähnlich wie ich reagieren und das Hick-Hack im Argument einfach nicht mehr lesen. Eine Empfehlung, die dem politischen Wohlbefinden durchaus dienlich sein kann. Besonders Gefinkelte in der Parteiführung möchten aber solche Streitgeschichtenverweigerer wie mich offensichtlich überlisten und schicken mir ihre Ergüsse einfach in Form eines offenen Briefes an die Mitgliedschaft. Ich möchte hier in aller Form ersuchen, mich in Zukunft vom Verteiler für solche Sendungen zu streichen. Außerdem halte ich es für einen Missbrauch einer Parteifunktion, wenn auf Kosten der Partei eigener Wahlkampf für einen Parteitag geführt wird. Zum Problem der parteiinternen Streitereien durchaus ein ernst gemeinter Vorschlag. Das Argument sollte sich ausschließlich mit politischer Parteiarbeit beschäftigen. Für an persönlichen Streitereien interessierte könnte man eventuell ein nur KPÖ-Mitgliedern zugängliches Internet-Forum einrichten. Jetzt muss ich leider vieles verkürzen. Ich möchte nur abschließend eine Bemerkung in persönlicher Sache machen. Im Vorfeld der Parteitagsdiskussion wurde ich sehr oft angesprochen in einer Form, die - denke ich -

nicht korrekt war. Ich habe bei den Grazer Gemeinderatswahlen oder nach den Grazer Gemeinderatswahlen nie überheblich vom Ergebnis gebrauch gemacht. Am Wahlabend habe ich vor der Presse gesagt, wir müssen das Ergebnis sehr vorsichtig beobachten. Wir dürfen nicht überheblich werden. Denn Überheblichkeit kann bedeuten, dass wir den Keim für die nächste Niederlage legen. Deshalb verstehe ich auch nicht, in dieser Form dann in die Diskussion hineingezogen zu werden. Wir müssen uns auch für das Grazer Ergebnis nicht entschuldigen. Wir haben versucht, das Beste daraus zu machen, was möglich ist. Wir wissen nicht, ob es das nächste Mal wieder gelingen wird. Wir werden uns jedenfalls sehr bemühen.

Gen. Eber: *Danke. Am Wort ist jetzt die Gin. Agnes Mikesch aus Wels. Im Anschluss ersuche ich um den Bericht der Mandatsprüfungskommission.*

Gin. Mikesch: Hallo, liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte mich gern vorstellen. Ich komme aus Wels, bin seit 1971 in der Partei und habe das eigentlich vom Großvater mitbekommen. Der war auch schon in der Partei, er wäre jetzt schon über hundert Jahre alt. Hört man mich überhaupt. Selber höre ich mich komisch an da. Ich wollte mehr sagen, aber jetzt hat mir der Ernst schon so viel abgenommen. Für mich ist es eine Ehre, dass ich gleich nach dem Ernst reden kann, weil ich

bewundere ihn recht, dass er so ruhig bleibt. Das glaube ich ist auch ganz gut. Mich hat das furchtbar aufgeregt, wie es schon zugegangen ist. Ich bin nicht so gut im Reden, aber jetzt komme ich zum Eigentlichen. Der Ernst sagte schon, dass Kommunisten auch einer Meinung sein können. Ich teile das, ist Nummer 1. Dann wollte ich sagen, ich bin jetzt seit drei Jahren bei der Volkshilfe in Wels. War vorher im Handel und bin eigentlich ein Neueinsteiger in einem sozialen Beruf. Mir gefällt es recht gut. Beim Handel hat man nie so am Arbeitsplatz diskutieren können über Politik. Das geht jetzt in der Volkshilfe ganz gut. Zwar bemerke ich da, dass sich ziemlich etwas bewegt. Man merkt auch, dass die Leute gewillt sind, dass sie sich nichts wegnehmen lassen. Da muss ich jetzt zurückholen. Mein Opa hat schon gesagt, lasst euch nichts wegnehmen. Das, was wir alles erkämpft haben, das müsst ihr behalten. Dass ich jetzt in der Situation stehe ist einerseits arg, aber wir haben natürlich auch nicht die Erfahrung, die Erfahrung, die die alten Genossen haben. Uns geht es so, dass wir draußen trotzdem die Vorreiter sind und die Leute motivieren und das einfach hinüberbringen, was wir schon seit 30 Jahren gehört haben. Ob es im GLB war oder bei den Versammlungen. Jetzt erlebt man das wirklich beinhart, die Umverteilung stimmt einfach nicht mehr. Die Leute merken auch, dass nur mehr bei denen geholt wird, die arbeiten gehen, die wenig haben. In der Volkshilfe ist es so, da wird schon sehr viel getan für faire Arbeit, für faire Verteilung, dass zumindest Mann und Frau das Selbe verdienen. Es ist schon so, dass die Leute sehr motiviert sind, dass sie hinaus gehen, aber letztlich fehlt immer wieder... Mir kommt vor, dass das Ganze so träge ist. Der ÖGB ist einfach sehr.. Ich wollte eigentlich, dass die ganze Streiterei so sinnlos ist, weil wir draußen gebraucht werden. Da wird so viel Energie vergeudet, die man ganz anders einsetzen könnte. Es liegt so viel Energie brach. Wir sollen diese nutzen gegen die Blutsauger. Wir werden uns nichts wegnehmen lassen. Es liegt jetzt an uns, die Menschen zu motivieren. Wenn die Kommunisten streiten, bringt das gar nichts. Ihr müsst euch alle eines denken: eines ist fix, ohne uns geht nix.

10. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Gen. Stefan Krenn

Ich verspreche euch, Genossinnen und Genossen, dass ich die Redezeit nicht überziehen werde. Von 590 angemeldeten Genossinnen und Genossen waren um 15 Uhr 373 anwesend. Davon 138 Frauen und 235 Männer. Danke für die Aufmerksamkeit.

10a. Beschlüsse Statut und Wahlordnung und Abstimmung der Anträge

Beschluss zur Direktwahl (Antragsteller BO Knittelfeld)

Der Parteitag möge beschließen, dass für alle Funktionen (auch die nicht im Statut aufgeführten) für die es eine oder mehrere Gegenkandidaturen gibt, die Entscheidung in einer geheimen Direktwahl durch die anwesenden Parteimitglieder erfolgt.

Begründung:

Für den Fall, dass es zu einer Funktion eine Gegenkandidatur gibt, ergibt eine Entscheidung aller anwesenden Parteimitglieder ein repräsentativeres Meinungsbild, als eine Wahl der Funktion im Bundesvorstand.

(Mehrheitlich angenommen)

Statutenänderung

(Antragsteller Wahlvorbereitungskommission und Bundesausschuss)

Das Statut Pkt. 9.1.4 ist wie folgt zu ändern (Änderungen fett)

a) Dem Bundesvorstand gehören jedenfalls folgende Funktionäre/Innen an:

- * den/die Bundesparteivorsitzende(r)
- * ihre/seine(n) StellvertreterInnen
- * eine **Frauenvorsitzende**
- * die/den Organisationspolitische(n) SekretärIn
- * die/den FinanzreferentIn

Es obliegt dem Parteitag zu entscheiden, ob einzelne (oder alle) dieser Funktionen vom neu gewählten Bundesvorstand in seiner konstituierenden Sitzung oder in Direktwahl vom Parteitag gewählt werden sollen.

Vom Parteitag direkt in eine der obigen Funktion gewählte GenossInnen bleiben dem vom Parteitag gewählten Bundesvorstand rechenschaftspflichtig und können jederzeit durch Mehrheitsbeschluss des Bundesvorstandes aus ihren Funktionen abberufen werden. In diesem Fall obliegt dem Bundesvorstand, die freigewordene Funktion bis zum nächsten Parteitag nach zu besetzen. Bei Abberufung von 50% oder mehr, der von einem Parteitag durch ihre Wahl mit der rechtlichen Vertretung der Gesamtpartei beauftragten FunktionärInnen (Pkt. 15 des Statuts) hat der Bundesvorstand ebenso, wie bei Abberufung des Parteivorsitzenden aus seiner Funktion, binnen einer Frist von 6 Monaten einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Pkt. 9.1.4b) Der Bundesvorstand tritt nach dem Parteitag ehebdigst zu einer konstituierenden Sitzung zusammen und wählt nach seinem Ermessen einen Bundesausschuss, dem neben den nach Pkt. 9.1.4a gewählten

Bundesparteivorsitzenden, FinanzreferentIn und Organisationspolitische(n) SekretärIn auch weitere Mitglieder des Bundesvorstandes angehören können.

(Mehrheitlich angenommen)

Wahlordnung des 32. Parteitages

1. Zur Vorbereitung der Neuwahlen des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle

- und Schiedskommission wurde vom Parteitag in seiner 1. Sitzung eine aus VertreterInnen der Landesorganisationen zusammengesetzte Wahlvorbereitungskommission gebildet.
2. Entsprechend dem derzeit gültigen Statut wurde vom Bundesvorstand ein Länderschlüssel zur Nominierung von Kandidatinnen (Landeswahlvorschläge) zur Neuwahl des Bundesvorstandes, der Bundeskontrolle und der Schiedskommission ausgearbeitet und der Wahlkommission zur Herstellung des Einvernehmens mit den Landesorganisationen zur Bestätigung vorgelegt.
 3. Auf Grundlage des Länderschlüssels erarbeiten die Landesleitungen Wahlvorschläge zur Nominierung der LänderkandidatInnen.
 4. Weiters erarbeitet die zentrale Wahlkommission ihre personellen Wahlvorschläge unter Berücksichtigung der Erfordernisse zur Besetzung der
 5. Solange die 50%ige Vertretung von Frauen im Bundesvorstand auf dem Wege der Wahlvorschläge der Landesorganisationen und der Wahlkommission nicht erreicht ist, obliegt es der bundesweiten Frauenversammlung der KPÖ ergänzend zu den Wahlvorschlägen der Länder und der zentralen Wahlkommission weitere Frauen als Kandidatinnen für den Bundesvorstand in Vorschlag zu bringen. Als Kandidatin gilt, wer auf einer gesamtösterreichischen KPÖ-Frauenversammlung oder einer gesamtösterreichischen Versammlung der am Parteitag mit Stimmrecht teilnehmenden Frauen mehr als 50% Zustimmung der anwesenden Stimmberechtigten erhält.
 6. Die Wahlvorschläge der Landesleitungen, der Wahlvorbereitungskommission und der gesamtösterreichischen KPÖ-Frauenversammlung werden im Argument veröffentlicht und in den Mitgliederversammlungen der Parteiorganisationen zur Vorbereitung der 2. Sitzung, des Parteitages zur Diskussion gestellt.
 7. Jedes Mitglied kann in einer Mitgliederversammlung seiner Grund-, Bezirks- oder Landesorganisation und jedes Entscheidungsgremium der KPÖ (Mitgliederversammlung, Leitung) kann die Kandidatur weiterer GenossInnen auf ihrer Landesliste oder der zentralen Liste beantragen. Antragsschluss für Kandidaturen auf der zentralen Liste - 30. Mai 2003. Den Antragsschluss für Kandidaturen auf den Länderlisten legen die jeweiligen Landesorganisationen fest.
 8. Über alle nach Pkt. 7 mehrheitlich beschlossenen Anträge für eine Kandidatur auf einer Landesliste wird nach Einholung der persönlichen Zustimmung der/des vorgeschlagenen GenossIn zu einer allfälligen Kandidatur unter Einhaltung des festgelegten Länderschlüssels in einer Landesversammlung vor oder während des Parteitages entschieden.

9. Alle in Entscheidungsgremien der Parteiorganisationen mehrheitlich beschlossenen Anträge für eine Kandidatur auf der zentralen Liste werden der Wahlvorbereitungskommission zugeleitet und sind nach Einholung der persönlichen Zustimmung zu einer allfälligen Kandidatur im Parteitagssplenium zur Kenntnis zu bringen. Von der Wahlvorbereitungskommission abgelehnte Kandidaturen sind vor Durchführung der geheimen Abstimmung dem Plenum zur offenen Abstimmung vorzulegen, wenn der Antrag vorher nicht zurückgezogen wurde. Bei der Nominierung der LänderkandidatInnen in einer Landesversammlung bzw. bei der Nominierung als Frauenkandidatin von der Frauenversammlung mehrheitlich abgelehnte KandidatInnen sind von einer Kandidatur auf der zentralen Liste ausgeschlossen.
10. Über die Gestaltung des/der Stimmzettel wird in der Wahlvorbereitungskommission nach Entscheidung des Parteitagsspleniums über vorliegende Statutenanträge und Vorschläge zur Durchführung der Wahl entschieden.
11. Für die Durchführung der Wahl, die Auszählung der Stimmen und Bekanntgabe des Wahlergebnisses ist die Mandatsprüfungs-/Zählkommission zuständig.
12. Jede(r) stimmberechtigte ParteitagsteilnehmerIn, erhält von der Mandatsprüfungs/Zählkommission gegen Vorweis und Vermerk auf seiner Stimmkarte einen (oder mehrere) Stimmzettel und ein Wahlkuvert.
13. Die Stimmabgabe erfolgt geheim, unter Nutzung der dafür vorgesehenen Wahlzellen. Gewählt wird durch ankreuzen der vorgeschlagenen KandidatInnen. Nicht angekreuzte KandidatInnen gelten als nicht gewählt.
14. Stehen für eine zu wählende Funktion mehrere KandidatInnen alternativ zur Abstimmung muss/kann nur 1 KandidatIn gewählt werden, sonst wird die Stimmabgabe für diese Funktion ungültig gewertet.
15. Als gewählt gilt, wer 50% plus eine Stimme der zu seiner Wahl abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Es steht jeder/jedem KandidatIn frei, ihre/seine Wahl nicht anzunehmen.
16. Mindestens 50 Prozent der Bundesvorstandsmitglieder sollen gewählte MandatarInnen in öffentlichen Ämtern (GemeinderätInnen, AK-RätInnen, BetriebsrätInnen, Gewerkschaftsfunktionen, HochschülerschaftsmandatarInnen) sein, die tunlichst kein wie immer geartetes Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis mit der KPÖ oder ihr nahestehenden Organisationen haben.

(Mehrheitlich angenommen)

11. Bericht der Schiedskommission

Rechenschaftsbericht an den 32. Parteitag der KPÖ Gen. Reinhard Sellner

Zur Arbeitsweise der Schiedskommission

Die Schiedskommission besteht aus ehrenamtlich tätigen Mitgliedern, die mit Unterstützung des Bundesvorstandes bei der Weiterleitung des Schriftverkehrs, Archivierung, Bereitstellung von Räumlichkeiten für Beratungen, aber ohne freigestellte technische Hilfskraft ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Arbeitsvermögen wahrnehmen. Die Koordination – Verteilung aller eingegangenen Schriftstücke/Mails, Vorbereitung von Beratungen, Ausfertigen der Schriftstücke - erfolgt durch den Vorsitzenden, die Entscheidung über die Einberufung von Sitzungen bzw. über die Beantwortung von Anträgen, die ohne Vorladung von Streitparteien auskommt, erfolgt in der Regel einvernehmlich über E-Mail-Diskussion, telefonische Rundrufe oder brieflich. In der Berichtsperiode seit dem 31. Parteitag hat die Schiedskommission folgende Streitfälle behandelt:

1. Antrag des Gen. Klaudius May vom 28. 1. 02 auf Erteilung einer Rüge an Bundessekretär Gen. Johann Höllisch

Die Schiedskommission hat am 15.3.2002 den an sie gerichteten Antrag des Gen. May vom 28.1.02 auf Erteilung einer Rüge an Bundessekretär Gen. Johann Höllisch "wegen Verletzung des Briefgeheimnisses etc. und von Pkt. 1, Ziff. 3 des Parteistatus" behandelt. Der ausführliche Antrag, die Stellungnahme des Gen. Höllisch (8.3.02) und der Beschluss des Bundesvorstandes vom 19.1.02 lagen den Kommissionsmitgliedern vor. Sowohl Gen. May wie Gen. Höllisch haben auf eine mündliche Anhörung verzichtet und an der Sitzung der Schiedskommission nicht teilgenommen. Anwesend waren die Mitglieder der Schiedskommission Gen. Filip, Klaus, Knasmüller, Luttenberger, Oberkofler, Sellner, Toman. Entschuldigt waren die Gen. Enzenhofer, Luschützky, Smetana.

Der Antrag auf Rüge des Gen. Höllisch wurde einstimmig abgelehnt.

Begründung:

1.1. Das vom Antragsteller seinem Antrag zu Grunde gelegte Statut Pkt. I/3 behandelt "Kritik und Normen in der Partei" und bekennt sich zur "Meinungsp pluralität und zum offenen Meinungsstreit im Rahmen unseres am 29. Parteitag erneuerten Parteiverständnisses/.../": "Politische Handlungsfähigkeit muss aus dem Willen zum Zusammenwirken der unterschiedlichen Auffassungen, aus der Achtung der Meinung von Minderheiten und ihrer Einbeziehung in die Entscheidungsfindung erwachsen/.../." Recht jedes Mitglieds ist es, "Kritik an allen Beschlüssen, Organen und Mitgliedern der Partei zu üben und ihren Standpunkt öffentlich in Publikationen der Partei zu vertreten. Die offene Diskussion in der Partei hat das Ziel der Verständigung und der gemeinsamen Aktion - ohne Ausgrenzung und Manipulation. Wir wollen die Einheit der Partei aus dem Meinungsstreit entwickeln, ohne Abschottung von Fraktionen/.../".

Das Statut betont in Punkt I/3: "Ein demokratisch geführter Meinungsstreit muss im Klima der Toleranz geführt werden... und ist mit Methoden der politischen

Verleumdung und persönlichen Diffamierung unvereinbar... (beruht auf) Werten kämpferischer Solidarität des Zusammenhalts und der gegenseitigen Achtung, auf denen die Beziehungen der Mitglieder unserer Kampfgemeinschaft beruhen." Das Statut verpflichtet die Mitglieder der KPÖ dazu "statutenmäßig gefasste Beschlüsse zu respektieren und keine Aktivitäten zu entfalten, die geeignet sind, die Umsetzung dieser Beschlüsse zu behindern oder gar zu vereiteln. Die Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit erfordert eine auf die Aktion bezogene Einheit des Handelns und in der Aktion verbindliche Disziplin."

Die Schiedskommission ist der Meinung, dass Gen. Höllisch gegen Pkt I/3 des Statuts nicht verstoßen hat.

1.2. Zu der von Gen. May vorgenommenen Einschätzung des "Atterseekreises" und zu der von ihm beklagten Vorgangsweise des Gen. Höllisch bzw. des Bundesvorstandes sind in der Schiedskommission verschiedene Auffassungen diskutiert worden. Aber: "Die Schiedskommission ist kein politisches Schiedsgericht, das über die Politik über die Politik von Parteileitungen, FunktionärInnen, Teilorganisationen oder Einzelmitgliedern urteilt bzw. politisch-ideologisch Streitfragen entscheidet, denn das ist Sache aller GenossInnen, ihrer Aktivitäten, ihrer Diskussionen in Teilorganisationen, Entscheidungsgremien, in den Medien der Partei, auf Parteikonferenzen und Parteitagen." (Statut Pkt. V/9.5)

1.3. Die Verhandlung strafrechtlicher Tatbestände, wie die im Antrag des Gen. May behauptete Verletzung des Briefgeheimnisses "gem. § 118 Strafgesetzbuch", ist nicht Aufgabe der Schiedskommission.

1.4. Die Schiedskommission kann bei politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern bloß eine vermittelnde Instanz sein. Bei der Berufung gegen einen Parteiausschluss entscheidet sie über Anerkennung oder Aufhebung dieses Beschlusses (bei Letztentscheidung durch den Parteitag). Das Erteilen von "Rügen" ist im Statut nicht vorgesehen.

Die Schiedskommission bringt mit dieser Stellungnahme allen GenossInnen auf allen Ebenen ausdrücklich die in unserem Statut festgehaltenen Rechte und Pflichten von Mitgliedern unserer Partei in Erinnerung. Insbesondere Pkt. 6.4.5: "Im Meinungsstreit um die Politik der Partei und ihrer Teilorganisationen zählen Argumente in der Sache und die gegenseitige Achtung in der Form der Auseinandersetzung. Persönliche Diffamierungen, falsche Aussagen, Unterstellungen und Beschimpfungen lassen sich in Ausnahmesituationen emotional geführter Diskussionen erklären. Da sie dem Ansehen der Partei und der Durchsetzung ihrer Anliegen Schaden zuführen, sind fortgesetzte persönliche Diffamierungen, falsche Aussagen, Unterstellungen und Beschimpfungen kein Mittel zur Durchsetzung von Standpunkten und mit einer Mitgliedschaft in der KPÖ unvereinbar."

Die Rückkehr auf die Ebene sachlich argumentierender Auseinandersetzung ist dringend notwendig. Das formelhafte Wiederholen von oft polemisch zuspitzenden, nicht als erhellend, sondern nur mehr als beleidigend wahrgenommenen, abwertenden Phrasen

bewirkt Ausgrenzung und Rückzug von GenossInnen und von mit uns Sympathisierenden.

Diese Form der Auseinandersetzung behindert das konstruktive Ausstreiten von Konflikten, sie erschwert damit das Erarbeiten praxisrelevanter theoretischer Positionen und schwächt die Aktionsfähigkeit und Ausstrahlung unserer Partei, ihrer Mitglieder und ihrer gewählten FunktionärInnen.

Nicht nur beleidigendes Schimpfen, derzeit erschweren auch Ironie („konspirative Treffen“) oder literarisch gemeinte Satiren und gleichnishafte Geschichten das sachlich begründete Argumentieren und damit das Wiedergewinnen einer politisch wie persönlich tragfähigen Gesprächsbasis für alle, die in der KPÖ arbeiten wollen. Die Schiedskommission ist der Meinung, dass sich Parteimitglieder gegenseitig nicht lieben müssen, aber eine sachliche Gesprächsbasis auf allen Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung für Bestand und Zukunft einer sozial und politisch offensiven, kämpferischen KPÖ.

2. Ersuchen der Genossen Gerhard Dusek und Florian Seidl vom 26.11.02, in Zusammenhang mit einem aktuellen Wiener Konflikt zu klären, ob Ausschüsse der Partei als Leitungsgremien anzusehen sind und ob der Punkt 6.3.10 (Recht auf Teilnahme an Leitungssitzungen) auf die Sitzungen von Ausschüssen Anwendung findet.

Beide Fragen wurden von der Schiedskommission verneint, denn der Abschnitt V/9 des Statuts definiert den Rahmen für die Arbeit der Leitungen bzw. „Entscheidungsinstanzen“... **Der Bundesausschuss zählt nicht zu den „Entscheidungsinstanzen“ bzw. Leitungen der KPÖ, sondern ist ein weisungsgebundener und der Leitung rechenschaftspflichtiger Ausschuss.** Landesausschüsse sind im Statut nicht abgehandelt, deren mögliche Einrichtung liegt in der Kompetenz der Landesorganisationen. Unter 8.3.5 wird festgestellt: „... Es obliegt der Landeskonferenz, zu entscheiden, welche Koordinierungs- und Entscheidungsgremien sich die Landesorganisation zwischen den Landeskonferenzen wählt.“ Hat eine von der Landeskonferenz gewählte Landesleitung bzw. Wiener Stadtleitung einen Ausschuss in Analogie zum Bundesausschuss eingerichtet, ist dieser ebenfalls keine Entscheidungsinstanz. Der Punkt 6.3.10 gibt jedem Mitglied der KPÖ **„grundsätzlich das Recht, an Leitungssitzungen aller Ebenen als Gast teilzunehmen.“ ein Recht auf Teilnahme an Beratungen des Bundesausschusses ist im Statut aber nicht vorgesehen.** Der Bundesausschuss – und vermutlich nicht nur im Fall Wien: ein Landesausschuss - ist keine Leitung, sondern ein von der jeweiligen Leitung bestellter, weisungsgebundener und der Bundesleitung rechenschaftspflichtiger Ausschuss.

Auf Grund der schriftlich durchgeführten Beratung der Schiedskommission haben wir folgenden Hinweis an die Bundesleitung und die Landesleitungen gerichtet:

Die Schiedskommission ist der Auffassung, **dass die im Statut vorgesehenen Klausursitzungen von Entscheidungsinstanzen der Partei als solche in Einladungen insgesamt oder zu bestimmten Tagesordnungspunkten angekündigt werden müssen.** Es

kann nicht angehen, solche von der Anwesenheit bestimmter Mitglieder der KPÖ

abhängig zu machen.

3. Ausschluss und Wiederaufnahmeverfahren der Gen. Langer und Freysinger

3.1. zur Erinnerung:

Nach Feststellung der Zuständigkeit der Wiener Stadtleitung für dieses Parteiverfahren kam es am **2.12.2000** von 15:30 bis 17:10 zur Anhörung der vom Parteiausschluss Betroffenen, ihres Vertreters Gen. Herbert Kandel und der Genossinnen Stiefsohn und Krieglsteiner als Vertreterinnen der Wiener Stadtleitung durch die Schiedskommission. In der anschließenden Beratung fassten die Mitglieder der Schiedskommission folgenden Beschluss: **Der Einspruch von Ronald Freysinger und Otto Langer gegen ihren Ausschluss durch die Wiener Stadtleitung wird abgelehnt.**

Begründung:

Die im Ausschlussantrag enthaltene Feststellung der 19. Wiener Landeskonferenz am 17.Juni 2000, dass „die Vorgangsweisen (von Ronald Freysinger und Otto Langer) und diese Kultur der Auseinandersetzung außerhalb des (Selbst-)Verständnisses der KPÖ stehen“ konnten von den Antragstellern bzw. von ihrem Vertreter nicht entkräftet werden. Das öffentliche Verbreiten von Halbwahrheiten und Lügen, die fortgesetzte öffentliche Beschimpfung, Verleumdung und versuchte Kriminalisierung von Mitgliedern des Bundesvorstandes, von Mitgliedern der Wiener Organisation und von mit der KPÖ in Aktionen und politischen Projekten zusammenarbeitenden Menschen ist keine „Stilfrage“, sondern auch und ebenso politisches Tun. Damit haben Ronald Freysinger und Otto Langer an die Stelle von Kritik und argumentativer Auseinandersetzung mit vermeintlichen oder tatsächlichen Fehlern zu ihrer Überwindung die offene Feindseligkeit und menschenverachtenden Hass gegen in ihre Leitungsfunktionen gewählte GenossInnen gesetzt. Damit haben sie der Entwicklung und der Aktionsfähigkeit der KPÖ und ihrer Wiener Landesorganisation Schaden zugefügt.

1. Die öffentlich in Flugblättern, in der „Tribüne der Wahrheit“ und in Anträgen bzw. Antragsbegründungen im Rahmen der Wiener Landeskonferenz verbreiteten Beschuldigungen gegenüber Mitgliedern der Stadtleitung und die rufschädigenden Unterstellungen bis zur Behauptung krimineller Handlungen wurden nicht zurückgenommen. Die Sachverhaltsdarstellung der Wiener Landesvorsitzenden zum Scheitern des WiAI- Projekts, zur Rechenschaftslegung über die Wiener Finanzausgaben wurde von beiden nicht zur Kenntnis genommen. Vor drei Jahren hat die Schiedskommission dem Einspruch von Ronald Freysinger und Otto Langer gegen ihren von der Wiener Stadtleitung am 18.12. 1996 ausgesprochenen Ausschluss stattgegeben. Für diesen Entschluss der Schiedskommission waren Erklärungen beider entscheidend, die von ihnen verbreiteten Diffamierungen „nicht in Beleidigungsabsicht“ verfasst zu haben, ihr „Bedauern, dass ihre Worte beleidigend aufgefasst wurden“, ihr Vorsatz, „künftige Auseinandersetzungen in entsprechender Form zu führen“ („sachliche Gespräche“) und ihre Feststellung, die „Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen“ anzuerkennen. Die Annahme der Schiedskommission, diesen Erklärungen würde ein ihnen entsprechendes politisches Handeln folgen, hat sich nicht bewahrheitet. **Die mit der**

Aufhebung des Ausschlusses gegebene Möglichkeit, „sich wieder als Parteimitglieder und, ihren eigenen Vorsätzen entsprechend, konstruktiv an der Willensbildung, aber auch an der Umsetzung der Beschlüsse der KPÖ zu beteiligen“ haben Ronald Freysinger und Otto Langer zu unserem Bedauern nicht wahrgenommen.

Anwesende Mitglieder: Hofer, Kahr, Knasmüller, Lichtenegger, Pacher, Schwager, Sellner, Smetana, entschuldigt: Klaus. **Der Einspruch wurde mit 6 Stimmen bei einer**

Gegenstimme und einer Enthaltung abgelehnt.

Der 31. Parteitag hat in geschlossener Sitzung mit Mehrheit die Entscheidung der Schiedskommission bestätigt.

3.2 Gegen diesen Beschluss des Parteitages vom Dezember 2000 hat Gen. Kandel im April 2001 Einspruch erhoben, sein Antrag lautete auf Aufhebung des Parteitagsbeschlusses durch die Schiedskommission. Wir sind dem Einspruch nicht gefolgt, da die Einwände die Durchführung des Parteitages betreffen, der den Statuten nach das höchste Gremium der Partei und in seinen Entscheidungen selbständig und unabhängig ist: Sowohl über den Zeitpunkt der Beratung und Beschlussfassung zu den Ausschlüssen, als auch über das Rederecht zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Parteitag per Abstimmung eindeutig entschieden. Ein Geschäftsordnungsantrag zur Beschlussfähigkeit ist weder unmittelbar vor der noch nach der Abstimmung eingebracht worden. Die Mehrheitsverhältnisse waren eindeutig. Es liegt nicht im Ermessen der Schiedskommission, Parteitagsbeschlüsse aufzuheben. Die Schiedskommission stellte abschließend fest, **dass es den Genossen Langer und Freisinger freistehe, entsprechend dem Statut einen Antrag auf neuerliche Aufnahme in die Partei zu stellen.**

Über die Meinungsbildung der Schiedskommission habe ich Gen. Kandel Anfang Mai mündlich informiert, auf Grund meiner gewerkschaftlichen und beruflichen Aufgaben hat sich die schriftliche Ausfertigung bis Ende des Schuljahres verzögert.

3.3 Als Impuls-Referent einer von der GO Ottakring Ende Februar 2002 angesetzten Statutendiskussion, in der ich, wie sich herausstellte, nicht übers Statut referieren und diskutieren, sondern einen Rechenschaftsbericht der Schiedskommission liefern sollte, habe ich den anwesenden GenossInnen, unter ihnen Gen. Langer, die Ablehnung der Aufhebung eines statutenkonformen Parteitagsbeschlusses durch die Schiedskommission erklärt. Auf die Frage, was zu tun bleibe, habe ich auf die meiner Meinung nach einzige Möglichkeit des neuerlichen Eintretens in die Partei verwiesen, die aber von den dazu berufenen Parteiinstanzen bestätigt oder abgelehnt werden kann. Die nochmalige Aussendung des Beschlusses der Schiedskommission machte ich von der Nominierung eines Genossen oder einer Genossin zur Vertretung der beiden Ausgeschlossenen abhängig. Diese ist erst im Mai erfolgt.

3.4. Die Bezirksleitung Ottakring hat den **Aufnahmeantrag von Langer und**

Freysinger in der Folge entgegengenommen, Gen. Helmut Fellner hat ihn kommentarlos an die Stadtleitung weitergeleitet, die hat sichtlich den **Aufnahme-Beschluss der Bezirksleitung Ottakring** eingefordert, der daraufhin nachgeholt wurde und heute samt gehässigem Kommentar der Stadtleitung gemailt worden ist, und der Schiedskommission zur Kenntnisnahme zugeschickt worden ist. Dem Punkt 5.6 des Statuts entsprechende Hinweise auf die „Überwindung bzw. Entkräftigung der Ausschlussgründe“ fehlen sowohl im Beitrittsschreiben wie im Beschluss der aufnehmenden Bezirksorganisation.

Am 12.05.2003 beschloss die BL Ottakring, gegen den **Beschluss der Wiener Stadtleitung vom 9.April 2003, in dem sich diese gegen eine Wiederaufnahme von Otto Langer und Ronald Freysinger in die KPÖ ausspricht**, Einspruch zu erheben. Begründung: Der Hinweis auf § 5.6 des geltenden Statuts der KPÖ habe keine Gültigkeit, da man den

beiden Genossen nicht einmal die Möglichkeit geboten habe, die Ausschlussgründe zu entkräften.

Am 13. Mai antwortete die Stadtleitung auf diesen **Einspruch**: Der Ottakringer Beschluss werde der Stadtleitung in ihrer nächsten Sitzung zur Kenntnis gebracht und man gehe davon aus, dass den Ottakringer GenossInnen bewusst sei, dass es sich bei ihrem "Einspruch" um eine politische Willensäußerung und nicht um einen statutarischen Vorgang handle.

Noch am 13. Mai kam das Re des Genossen Fellner, die "Vorgangsweise" der engeren Wiener Führung sei eine statutarisch-bürokratische Bekundung, dafür aber keine politische Willensäußerung.

Zur Einleitung eines Verfahrens vor der Schiedskommission zwischen den Parteitagen ist es auf Grund des zwischen Stadtleitung und Bezirksorganisation laufenden Verfahrens bisher nicht gekommen. Dem Parteitag liegen Anträge zur Aufhebung des Beschlusses des vergangenen Parteitages vor, die jede Wiederaufnahme gegenstandslos machen können. Ein drittes Schiedskommissionsverfahren ist absehbar.

3.5. Am 20.Mai 2003 haben Otto Langer und Ronald Freysinger die Genossen **Helmut Fellner für Otto Langer und Philip Bruny für Roland Freysinger als bevollmächtigten Vertreter bei der Schiedskommission im Verfahren für die Aufhebung der Ausschlüsse aus der KPÖ und im Verfahren für den Wiederbeitritt in die KPÖ bestellt.**

4. Die Antwort auf die von der Bezirksorganisation Ottakring eingeforderte **Rechtsauskunft über die Rechtmäßigkeit eines zweigeteilten Parteitages** hat der Parteitag auf seiner ersten Sitzung gegeben. Dem Ersuchen um eine möglichst rasche (zumindest vor dem 2. Teil des Parteitages) schriftliche Stellungnahme ist die Schiedskommission nicht nachgekommen.

Gen. Mikesch: Danke, dem Gen. Sellner für den Bericht der Schiedskommission. Ich frage jetzt, gibt es dazu Wortmeldungen. Bitte Gen. Mikosch.

Gen. Mikosch: Genossinnen und Genossen. Wie unschwer im Protokoll des letzten Parteitages nachzulesen ist, hat Gen. Sellner in seinem Bericht zum letzten Bericht des Parteitages, im Bericht der Schiedskommission zum letzten Parteitag darauf hingewiesen, dass er von mir einen Einspruch an die Schiedskommission bekommen hat. Er hat diesen Einspruch notwendiger Weise, weil ich ihn dem am Parteitag selbst nachweislich übergeben habe, der Nachweis ist auch, dass er das im Protokoll oder sogar im Bericht erwähnt hat, dieser Einspruch ist bis jetzt nicht behandelt. Ich konnte jetzt nur diesen Bericht abwarten und vielleicht darauf warten, ob es doch behandelt wurde. Es wurde nicht behandelt. In dem Einspruch geht es um so unwesentliche Dinge, wie Nichtbehandlung von Anträgen im Bundesvorstand, wie z.B. Nutzung des Erbes oder des Legats von Fr. Gen. Schütte-Lihotzky im Ausmaß von siebenhundertfünfzigtausend bis 1 Million Schilling. Dieser Antrag im Bundesvorstand wurde von mir gestellt und nie behandelt. Andere Fälle dieser und ähnlicher Art. Gen. Sellner wird jetzt vielleicht sagen, ich hätte ihm diesen Antrag vielleicht noch einmal schicken sollen, aber ich bin eigentlich nicht sein Sekretär. Er hat nachweislich diesen Antrag von mir übernommen und nachweislich in der gesamten Legislaturperiode oder Funktionsperiode diesen Antrag nicht behandelt. Ich möchte jetzt nicht weiter sagen, aber man wird das Ganze vielleicht

in der nächsten Funktionsperiode vielleicht doch einmal behandeln müssen, sofern dann überhaupt noch das Geld da ist. Danke.

Gen. Sellner: Der Fall, den der Gen. Mikosch so berichtet, hat sich so zugetragen. Er hat mir am Parteitag dieses Schriftstück übergeben. Ich habe dieses Schriftstück - und das habe ich ihm persönlich mehrfach gesagt - ich habe das mit den Parteitagsunterlagen nicht mehr gefunden. Ich habe bei dieser quasi Referateinladung, die eine Art Vorführung des Vorsitzenden der Schiedskommission war, in Ottakring, habe ich ihm selbstkritisch gesagt: Auf Grund der Arbeitssituation in der ich stehe und in der auch andere stehen, nämlich sehr massive und zeitaufwendige gewerkschaftliche konkrete Streikaktionen, Bewegungen, in denen ich neben meiner Berufstätigkeit als Lehrer stehe, dass mir dies passiert ist. Ich habe ihn ersucht, auf dieser Veranstaltung, das war im Februar, da mir dieses Missgeschick passiert ist auf das ich nicht stolz bin. Ihr könnt euch bei der Wahl der nächsten Schiedskommission überlegen, ob so ein Mitglied der Schiedskommission tragbar ist. Ich habe ihn ersucht, dieses für ihn so wichtige und objektiv wichtige Anliegen noch einmal der Schiedskommission zu schicken. Das hat er nicht getan. Ich habe nichts mehr von ihm gehört in dieser Frage. Unmittelbar, bevor die Schiedskommission sich wieder getroffen hat, hat er mich angesprochen und gesagt, wie kommt es, dass du meinen Antrag noch immer nicht behandelt hast. Ich habe gesagt: Hans, ich habe dich ersucht, mir den noch einmal zu schicken, du hast es nicht getan. Ich habe keine Grundlagen, die ich auch weitergeben könnte. Ich habe den Fall in der Schiedskommission zur Diskussion gestellt bei unserer heutigen Sitzung. Ich kann nicht mehr, als einen Fehler öffentlich, jetzt hier auch vor dem Parteitag, zugeben, der mich in keiner Weise stolz macht. Der mir meine eigene Begrenztheit und Fehlerhaftigkeit zeigt. Ich kann aber auch von einem Genossen erwarten, wenn ich ihn ersuche und zwar im Februar ersuche, einen Fehler auszubessern, mir dabei zu helfen, ganz einfach zu helfen. Der Gen. Mikosch ist nicht mein Sekretär. Ich habe auch keinen Sekretär, ich bin selber der Sekretär der

Schiedskommission. Der Gen. Mikosch hat mir gesagt, ich habe ihn dir nicht geschickt, ich brauche ihn dir nicht schicken. Wenn er ihn mir nicht schickt, dann kann auch die Schiedskommission sich mangels substanzieller Unterlagen nicht darüber verständigen, ob man eine eigene Sitzung einberuft oder nicht. Genossinnen und Genossen noch einmal. Ich übe diese Selbstkritik nicht in Form einer Selbstgeißelung. Ich habe euch am Anfang meines Berichtes auch gesagt, wie begrenzt die Ressourcen auch die zeitlichen Ressourcen der Schiedskommission sind, die auf der anderen Seite aber nicht zufällig aus nicht Parteiangestellten besteht, aus quasi mehrheitlich Berufstätigen und auch einer Reihe von Pensionistinnen und Pensionisten. Es steht jedem der Schiedskommission frei, jetzt zu ergänzen, wenn ich irgend etwas jetzt unrichtig oder schon wieder fahrlässig gesagt haben sollte. Ich bin stolz, in der KPÖ zu sein und ich empfinde es als eine Herausforderung und Ehre, der Schiedskommission zwei Perioden lang vorgesessen zu sein. Ich danke euch.

Gen. Mikesch: *Ich danke dem Gen. Sellner. Es folgt nun der Finanzbericht vom Gen. Graber.*

12. Finanzbericht des Gen. Michael Graber an den 32. Parteitag

Werte Genossinnen und Genossen, nachdem wir heute einen Mitgliederparteitag haben und wesentlich mehr Genossinnen daran teilnehmen als an den Parteitag zuvor, möchte ich die Ausgangslage von 1993 in Erinnerung rufen, als wir erstmals ein Budget unter den Bedingungen der faktischen Enteignung unserer Partei aufstellen mussten. 1993 hatten wir noch Ausgaben, die sich auch aus den Verpflichtungen der Vorjahre ergaben, von 135 Millionen Schilling. 1994 und die folgenden Jahre konnten wir auf 84 Millionen, dann auf 64 Millionen, und schließlich auf 52 Millionen reduzieren.

Nur 1999 mussten wir mehr als im Jahr zuvor - nämlich 58 Millionen Schilling - ausgeben. Es war dies das große Wahljahr mit der Nationalrats- und EU- Wahl sowie einer Reihe von Landtags- und Gemeinderatswahlen.

Im Jahr 2000 kamen wir auf 44 Millionen, 2001 auf 41 Millionen und 2002 auf 37 Millionen Schilling oder 2,7 Millionen Euro. Für das laufende Budget sind knapp 2,6 Millionen Euro geplant. Daraus ergibt sich: Seit 10 Jahren geben wir - mit einer Ausnahme - Jahr für Jahr weniger Geld aus. Nach vier generellen Einsparungsrunden werden die Ausgaben für heuer nur mehr ein Viertel dessen betragen, was wir noch vor 10 Jahren ausgegeben haben. Vor 10 Jahren hatten wir noch knapp 70 Dienstposten; heute sind es noch 25 Vollzeit- und 9 Teilzeitarbeitsplätze, wobei Vollzeit bedeutet, nur für 33 Stunden bezahlt zu werden.

Wir befinden uns also seit 10 Jahren in einer "periodo especial", wie das die kubanischen GenossInnen genannt haben, also in einer außerordentlich angespannten Lage, deren Ende noch nicht absehbar ist.

Die Anzeichen, die es gegeben hat, dass es zu einem Urteil im Prozess in Berlin noch in der ersten Jahreshälfte kommen könnte, haben sich vor wenigen Tagen verflüchtigt.

Trotz aller notwendigen Einsparungen haben wir aber doch eine politisch wirksame Infrastruktur aufrecht erhalten können. Es sind in den größten fünf Bundesländern freigestellte FunktionärInnen tätig. Wir konnten zu allen Wahlen bei denen unsere Partei, der GLB oder der KSV antraten, wenn auch in immer bescheidenerem Ausmaß, zusätzliche Wahlbudgets zur Verfügung stellen.

Keine einzige Orts- oder Betriebszeitung ist aus Einsparungsgründen eingestellt worden, wir konnten die „Volkstimme“ als Wochenzeitung erhalten und wir verfügen nach wie vor über eine Infrastruktur, die fast einer Mittelpartei entspricht.

Wir haben nach wie vor, abgesehen vom ehemaligen Globus-Haus, fast 50 größere und kleinere Immobilien und Objekte, für deren Erhaltung in diesen Jahren viele Millionen Schilling eingesetzt worden sind. Die größten Investitionen gab es in **NÖ** für die Häuser in St. Pölten und in Brunn am Gebirge, in der **Steiermark** im Volkshaus Graz, in Mürzzuschlag und in Fohnsdorf, in **Wien** für die Häuser in der Galvanigasse und Drechslergasse ,sowie für die Lokale in der Kölblgasse, im Goethehof und im Siebenstern, sowie für die Parteihäuser in **Salzburg** und **Klagenfurt**. Das war einerseits durch zusätzliche Vermietungen, z.T. durch Kreditaufnahmen aber auch durch Verkäufe von politisch nicht genutzten oder nicht nutzbaren Objekten möglich. Und vor allem auch, weil sich GenossInnen uneigennützig vor Ort darum kümmern.

Die Struktur unserer laufenden Ausgaben ist aber im Wesentlichen unverändert geblieben. Wir geben ca. ein Drittel für Gehälter, ein weiteres Drittel für Subventionen an die Landesorganisationen, an den GLB u.a. befreundete Organisationen aus, ein Sechstel geht in die Öffentlichkeitsarbeit, das „Volkstimmefest“ und die „Volkstimme“, das restliche Sechstel in Organisationsausgaben, Immobilien und das Archiv.

Es gibt nur vier Ausgabenposten, die in den letzten 3 Jahren nicht gekürzt wurden: für die Landesorganisationen, für den GLB und für KJÖ und KSV.

Und noch etwas möchte ich hervorheben: Im Großen und Ganzen ist es gelungen, diese Spezialperiode der letzten zehn Jahre und die damit verbundenen Einsparungen, mit Ausnahme weniger Entscheidungen im Konsens zu bewältigen. Die bezahlten MitarbeiterInnen und Funktionäre der KPÖ und die MitarbeiterInnen der „Volkstimme“ haben dabei auch bedeutende Opfer auf sich genommen und wir haben uns auch jeweils mit dem Betriebsrat einigen können. Ich möchte mich daher auch für die Zusammenarbeit bedanken. Und schließlich ist es auch gelungen, trotz der scharfen politischen Auseinandersetzungen in der letzten Periode, mit Ausnahme von Entgleisungen einiger Weniger, unsere Finanzen von den fraktionellen Auseinandersetzungen der letzten Jahre fernzuhalten.

Seit 1991 hat es zahlreiche Veränderungen im Wirtschaftsbereich der KPÖ gegeben, die sich aus den wirtschaftlichen Entwicklungen und Bedingungen seither, aber auch wegen des Prozesses in Deutschland ergeben haben. Es gab Zusammenlegungen und Fusionen aber auch Liquidationen und Verkäufe. Verluste mussten beseitigt werden, da wir keinerlei finanziellen Rückhalt bieten konnten.

Die wichtigste Transaktion in der Berichtsperiode war der Verkauf der Fa. Turmöl,

die seit 1988 nach einem 10jährigen Rechtsstreit wieder im Besitz der KPÖ stand. Die Firma war allerdings finanziell völlig ausgehöhlt, es wurden während des Prozesses keinerlei Investitionen getätigt. Die neuen Umweltauflagen im Tankstellenbereich und die wirtschaftliche Entwicklung erforderten danach aber Investitionsmittel, die über unsere Möglichkeiten gingen. Mitte der 90er Jahre konnte mit einer neuen Geschäftsführung ein Konkurs vermieden werden.

Erst mit der Verpachtung des Tanklagers in der Lobau an die ÖMV konnten Mittel zur Umstellung einiger Tankstellen bereit gestellt werden. In all diesen Jahren, also seit 1978 trug Turmöl keinen Schilling zu unseren Finanzen bei. Das finanzielle Risiko wurde aber immer größer, sodass sich die Finanzkommission bereits 1999 entschloss, Turmöl zu verkaufen, worüber die damaligen Landesvorsitzenden der größeren Landesorganisationen auch informiert wurden. Im Vorjahr schließlich gelang der Verkauf. Der Erlös, über dessen Höhe mit den neuen Eigentümern Stillschweigen vereinbart wurde und worüber ich deshalb nichts sagen kann, fließt natürlich ausschließlich der KPÖ zu. Ich sage das auch deshalb, weil die deutschen Behörden als unsere Prozessgegner immer wieder behaupten, die KPÖ sei nur eine Drehscheibe oder Zwischenstation für ehemalige SED-Gelder, die bei sogenannten ehemaligen Seilschaften landen würden.

Nun zu den vorliegenden Anträgen, die sich mit Finanz- und Budgetfragen befassen:

Antrag 32 von der GO Josefinengasse fordert, das KPÖ -Vermögen ausschließlich für die Partei und ihre befreundeten Organisationen einzusetzen. Genannt werden KJÖ, GLB, KSV und Zentralverband der Pensionisten. Zu den befreundeten Organisationen gehören aber weiters der Mieterschutzverband, der Friedensrat und Kinderland, auch wenn diese derzeit keine oder nur geringe Subventionen erhalten. Darüber beteiligen wir uns natürlich auch an kurz- oder längerfristigen Bündnissen, die ebenfalls mit finanziellen Solidaritätsbeiträgen verbunden sind, wie z.B. das Austrian Social Forum. Ich ersuche

deshalb, den Antrag abzulehnen.

Antrag 64 von der GO Ottakring stellt Fragen zur „Volkstimme“:

1. Der Trägerverein der „Volkstimme“ erhielt im vergangenen Jahr 406.967.86 Euro. Das waren um 86.000 Euro bzw. um rund ein Fünftel weniger als im Jahr zuvor. Für heuer wird der Zuschuss weiter auf unter 400.000 Euro sinken.
 2. Zur Entwicklung der Abonnements gibt es Angaben im schriftlichen Rechenschaftsbericht. In den letzten beiden Jahren konnten 1300 Abos neu gewonnen werden. Die Tendenz insgesamt ist steigend.
 3. Zu den Erlösen. Diese waren im Vorjahr wegen der Halbierung der Lotto/Toto Inserate und des Wegfalls der „stummen Verkäufer“ in Wien leicht rückläufig. Die „Volkstimme“ erhielt im Vorjahr 27.820,- Euro Presseförderung, weil sie die Zahl von durchschnittlich über 5000 verkauften Exemplaren nachweisen konnte.
- Zu 4. und 5. Die Druckkosten machen etwas weniger als ein Viertel der Gesamtaufwendungen aus und konnten im Vorjahr um fast 40 Prozent gesenkt werden. Vertriebskosten fallen außer den Portos faktisch keine an, weil wir die „stummen Verkäufer“ bis auf wenige Wochenende vor dem „Volkstimmefest“ eingestellt haben. Die Redaktionskosten beschränken sich derzeit auf drei

Werkverträge und machen zusammen mit den Artikel- und Fotohonoraren knapp über 40 Prozent der Gesamtkosten aus.

6. Der Titel "Volksstimme" ist nach Auflösung der ZG, der früheren Medieninhaberin, im Eigentum des "Vereins zur Förderung gesellschaftskritischer Zeitschriften" als derzeitigen Medieninhaber. Den urheberrechtlichen Schutz des Titels gegenüber Dritten genießt die KPÖ als Markeninhaberin, was allerdings durch die Herausgeber der "Neuen Volksstimme" ständig ignoriert wird.

Diese Konstruktion hat, wie auch die früheren durch die ZG und noch früher durch den Globus Verlag, vor allem den Zweck, die Möglichkeiten der Presseförderung zu nutzen, die ja, wie allgemein bekannt, eine Ermessensentscheidung der zuständigen Behörden ist.

Es sind gerade in den letzten Jahren eine Reihe linker Zeitschriften, darunter die des KSV, nicht mehr gefördert worden. Die Vereinslösung bietet uns aber auch die Möglichkeit, gegebenenfalls AMS-Förderungen in Anspruch zu nehmen. Ich ersuche daher, die Anträge, die auf die Beseitigung dieser Struktur zielen, abzulehnen.

Zu **Antrag 65**, ebenfalls von der GO Ottakring, habe ich im Zusammenhang mit der Firma Turmöl bereits Stellung genommen.

Antrag 75 der GO 42 fordert die "unverzögliche und maßgebliche" Erhöhung des GLB-Budgets und das noch "vor dem Sommer". Ich habe über die stabile Dotierung des GLB in unseren Budgets bereits berichtet. Der GLB erhielt neben seinen sonstigen Einkünften im Jahr 2001 298.000 Euro und im Vorjahr 302.000 Euro, das waren 10 bzw. 12% unseres Gesamtbudgets. Vor wenigen Wochen gab es eine Aussprache mit den Gen. Jonischkeit und Broz über die im nächsten Jahr anstehenden AK-Wahlen. Die KPÖ wird natürlich zusätzliche Mittel dafür bereitstellen, sodass zusammen mit den Mitteln des Wiener und steirischen AK-Mandats aus heutiger Sicht zwar weniger als vor vier Jahren aber doch beträchtliche Mittel zur Verfügung stehen werden. In dieser Form ist der Antrag aber nicht umsetzbar und deshalb ersuche ich, ihn auch abzulehnen.

Im Zusammenhang mit dem GLB möchte ich eine neuerliche verleumderische

Behauptung zurückweisen, die in dem Sudelblatt von Langer und Freisinger enthalten ist und das auch vor diesem Parteitag verteilt wurde.

Ich zitiere: "Waltraud Stiefsohn verlangt jetzt vom GLB-Bundesvorstand, sie in die Führung aufzunehmen. Um den GLB dafür gefügig zu machen, wurde im Jänner 2003 angedroht, das zentrale GLB-Büro in der Apostelgasse nicht mehr zu finanzieren."

Ich stelle klar: Die KPÖ wurde vom GLB aufgefordert eine Vertretung in den Bundesvorstand zu entsenden und der GLB verfügt über die von mir genannten Mittel in eigener Verantwortung. Er bezahlt daher auch die Miete für das Lokal selbst.

Ich zitiere weiter: "Geld gab es nur, wenn die GLB-Zeitung "Die Arbeit", Werbung für Baiers KPÖ-Ersatz, die Wahlbewegung „rotes Wien" machte." Ich stelle daher weiters klar: Es gab und gibt keine politische Struktur in der KPÖ oder in den befreundeten Organisationen oder auch nur irgend einen Funktionär oder Funktionärin, die von mir, von der Finanz- oder Budgetkommission oder einzelner

ihrer Mitglieder, in irgendeiner Weise mittels finanzieller Drohungen politisch erpresst worden wären.

Solche verleumderischen Behauptungen fallen auf die Urheber und das was sie an politischer Unkultur verkörpern zurück. Ich sage das auch in Richtung jener, die glauben, dass die Operation "Baier raus und Freisinger und Langer rein" für die KPÖ keine desaströsen Konsequenzen hätte. Allein diese Beispiele beweisen bereits das Gegenteil.

Die **Anträge 84 und 85** des Gen. Schimpf fordern die Spreizung des ermäßigten vom normalen Mitgliedsbeitrag auf maximal ein Drittel oder die Hälfte. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen ausschließlich bei den Bezirks- bzw. Landesorganisationen verbleiben. Ich schlage deshalb vor, diesen Antrag der Budgetkommission, in der die größeren Landesorganisationen vertreten sind, zur Behandlung zuzuweisen.

Antrag 88 des Gen. Peuker fragt nach den Ausgaben für diverse Wahlkämpfe.

In der Berichtsperiode waren das Zuschüsse des Bundesvorstandes im Jahr 2001 für

die GRW in NÖ mit	21.800.- Euro
die GR- und LTW in Wien mit.	143.000.- Euro
die GRW in der Stmk mit	36.000.- Euro
verschiedene Betriebs- und PV-Wahlen mit	16.000.- Euro
die ÖH-Wahlen mit	17.000.- Euro

Im Jahr 2002 waren das für

die GRW Krems	20.000.- Euro
die vorgezogene NRW	42.000.- Euro
die GRW Graz	knapp 100.000.- Euro

Das betrifft wie gesagt nur die Zuschüsse des Buvo, nicht die jeweiligen Gesamtbudgets. An der Vorfinanzierung der Grazer GRW haben sich auch die Landesorganisationen NÖ, OÖ und Salzburg sowie insbesondere die BO Knittelfeld

In diesem Jahr standen die NÖ- LTW an, die die nö LO aus eigenen Mitteln finanziert hat, die Kärntner GRW mit Kandidaturen in Villach und Klagenfurt, zu denen der Buvo 7000.- Euro zuschießt und wieder die ÖH-Wahl mit 17.000.- Euro.

Antrag 91 fordert einen neuen Aufteilungsschlüssel für die Landessubventionen, der sich aus einer Basissubvention, aus Projektförderung und einen Ausgleich für LO, die nicht über vermietbare Objekte verfügen, zusammensetzen soll.

Richtig ist, dass der jetzige Aufteilungsschlüssel eine gewachsene Struktur ist.

Er berücksichtigt Veränderungen in den politischen Arbeitsbedingungen und die unterschiedlichen Voraussetzungen zur Erwirtschaftung von Eigenmitteln nicht. Es standen aber notwendigerweise in den letzten Jahren die Einsparungen und nicht Kriterien einer Neuverteilung im Vordergrund aller Überlegungen.

Ich ersuche aber auch hier um Verständnis, dass, solange die Unsicherheit über den

Prozessausgang und unsere prekäre Lage noch besteht, keine Änderungen vorgenommen werden.

Ich schlage aber vor, den Antrag dem Bundesvorstand zuzuweisen, der sich nach dem Ende dieser Situation damit befassen soll.

Wie steht es nun mit dem Prozess in Berlin, in dem über das Vermögen der Partei entschieden wird?

Die erste und beliebteste Frage, die dabei gestellt wird, ist natürlich: Um wie viele Milliarden geht es denn dabei? Ich kann und werde aber darüber und über weitere Vermögensverhältnisse in der Öffentlichkeit nicht sprechen. Nicht nur, weil das die anderen Parteien auch nicht tun. Sondern, weil das auch einen Einfluss auf die Prozessführung unserer Gegner hätte. Es wurde schon einmal 1993 versucht, Vermögenswerte der KPÖ in Österreich, die nichts mit dem Prozess zu tun haben, unter Kontrolle zu bringen, bis hin zur einjährigen Sperrung unserer Konten und der privaten Konten der Mitglieder der Finanzkommission.

Was den Ausgang des Prozesses betrifft, so gibt es im Wesentlichen drei Szenarien. Ich habe dazu vor über einem Jahr im Bundesvorstand ausführlich gesprochen. Da wir uns aber im Wesentlichen noch immer in der gleichen Situation befinden, gilt das damals Gesagte auch heute.

Nicht auszuschließen ist nach wie vor, dass wir verlieren. In diesem Fall sind rascheste Maßnahmen notwendig, um die Ausgaben der Partei auf jenes Ausgabenniveau zu bringen, die tatsächlichen dauerhaften Erträgen entspricht. Was das bedeutet, davon war bereits auf mehreren Parteitagen in den Finanzberichten die Rede, die auch in den Protokollen nachzulesen sind.

Wenn wir einen negativen Ausgang des Prozesses nicht ausschließen können, wäre es eigentlich vernünftig, sofort alle notwendigen Maßnahmen einschließlich einer Generalkündigung zu beschließen und diese nur bei positiven Ausgang des Prozesses und dem danach konkret abschätzbaren Zeithorizont zurückzunehmen.

Das würde der Partei viel Geld ersparen und wäre im Hinblick auf künftige Spielräume bei Verlust des Prozesses eine vernünftige Vorsorge.

(Wir würden uns nebenbei auch die Diskussion ersparen, wie viele freigestellte FunktionärInnen in den führenden Gremien unserer Partei vertreten sein dürfen).

Eine ständige Überlegung ist es daher, abzuwägen, wie weit wir den Zeitpunkt hinausschieben können, diese Maßnahmen **nicht** vorzuschlagen.

Denn wenn politische Strukturen einmal abgebaut sind, sind sie viel schwerer wieder ins Leben zu rufen. Im Bundesvorstand gab es in all den vergangenen Jahren jedenfalls

niemanden, der oder die vorgeschlagen hätte, so vorzugehen, sondern wir waren um einen Kompromiss bemüht, durch Einsparungen unseren Zeithorizont zu erweitern.

Wie ihr wisst, hat die KPÖ in dieser Auseinandersetzung mit den deutschen Behörden 1996 in erster Instanz vollinhaltlich obsiegt. Die Chancen, auch in zweiter Instanz zu gewinnen, sind gewahrt.

Das ist der Grund, warum wir zuwarten konnten.

Wenn wir jetzt gewinnen, sind wieder zwei unterschiedliche Szenarien möglich.
Erstens: Das Oberverwaltungsgericht gibt die Revision in die 3. Instanz frei.
Oder zweitens: es erklärt den Instanzenzug für beendet.
In beiden Fällen ist das Urteil **nicht** rechtskräftig, wenn die deutschen Behörden weiter auf Verschleppung des Verfahrens zielen. Denn selbst bei Beendigung des Instanzenzuges ist eine außerordentliche Revisionsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht möglich, das darüber entscheiden muss.

Alle zeitlichen Angaben, die sich aus der juristischen Erfahrung im Umgang mit den deutschen Verwaltungsgerichten ergaben, haben in unserem Fall leider nicht gehalten.

Denn es ist die letzte große Auseinandersetzung um Vermögenswerte, die die deutsche Regierung nach dem Ende der DDR für sich beansprucht und daher von großer politischer Bedeutung.

Ein Teil der Verzögerungen sind durch die Genauigkeit erklärbar, mit der der zuständige Senat auch auf die ausgefallensten Behauptungen und juristischen Konstruktionen der sogenannten Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (oder BvS), die eigentlich nur mehr wegen unseres Prozesses existiert reagiert.

Ein Teil der Verzögerungen ergab sich aber einfach daraus, dass der zuständige Senat zwei Jahre personell einfach nicht besetzt wurde. Dass aber auch nach elf Jahren Prozessführung der gesamte deutsche Staatsapparat nicht im Stande war, irgendeinen Cent von uns zu Recht für sich zu beanspruchen, ist allein schon ein politischer Erfolg.

Auch wenn wir auf dem Weg dorthin möglicherweise noch schwierige Entscheidungen werden treffen müssen, hoffe ich, dass wir diesen jahrelangen Kampf doch bald gewinnen werden, der weit über unsere Partei hinaus Bedeutung hat und haben wird.

Gen. Mikesch: *Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entlastung des Bundesvorstandes und des Finanzreferenten in Bezug auf die Finanzgebarung. Wer für die Entlastung des Bundesvorstandes und des Finanzreferenten ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. Gegenprobe.*

Das ist eindeutig die Minderheit. Der Bundesvorstand und der Finanzreferent ist entlastet.

Bevor wir zum Bericht der Bundeskontrolle kommen eine Mitteilung. Die Wahlvorbereitungskommission trifft sich ab sofort hinter der Bühne. Jetzt ersuche ich um den Bericht der Bundeskontrolle. Es gibt im Anschluss eine Diskussion zum Finanz- und Kontrollbericht.

13. Bericht der Bundeskontrolle

Gin. Christine Cech

Genossinnen und Genossen. Ich bringe jetzt den kurzen Bericht der Bundeskontrolle. Wie bereits Gen. Graber in seinem Finanzbericht mitgeteilt hat, hat sich die finanzielle Situation der Partei seit dem letzten Parteitag eher ver-, als entschärft. Umso notwendiger ist es, dass die einzelnen Landes- und Bezirksorganisationen vermehrt versuchen, mittels verschiedener Methoden eigenständig Geldmittel aufzutreiben, um das Budget des Bundesvorstandes zu entlasten. Hier sind Phantasie und Initiative gefragt. Bei unseren Kontrollen haben wir festgestellt, dass diese Möglichkeit der Eigenmittelaufbringung nach wie vor nur im geringen Ausmaß wahrgenommen wird.

Zur Arbeit der Bundeskontrolle wollen wir berichten, dass wir die Kassen und Geldgebarung der Bundeskasse, sowie der Landesleitung und das Volksstimmefestes überprüft haben und in sämtlichen Fällen eine sorgfältige Kassaführung und ein verantwortungsbewusster Umgang mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln festgestellt wurde. Einzige unrühmliche Ausnahme stellte die Kassagebarung der Landesleitung Niederösterreich dar. Hier wurde die Bundeskontrolle zur Beurteilung und Feststellung des vorhandenen Schadens beigezogen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die im Jahr 2000 beschlossene Vorlage über die Kassavorlage in den Landesorganisationen hinweisen, die allen Landeskassieren zur Kenntnis gebracht werden soll. Weiters möchte ich hier ebenfalls auf die Verantwortung der jeweiligen Ländergremien, auch was die finanzielle Gebarung betrifft, hinweisen. Dabei spielt auch das Vorhandensein einer eigenen Landeskontrolle eine wesentliche Rolle, die mehr über die Vorgänge in den Ländern informiert ist und rascher eingreifen kann, als es die Bundeskontrolle im Stande ist. selbstkritisch anmerken möchte ich, dass die Zusammenarbeit zwischen den Landeskontrollen und der Bundeskontrolle, von Seiten der Bundeskontrolle noch wesentlich zu verbessern ist, um Doppelgleisigkeiten und Ineffizienz bei den Kontrollen zu vermeiden. Diese Frage zu lösen wird Aufgabe der neu gewählten Bundeskontrolle sein. Im Wesentlichen abgeschlossen wurden die durch die Sparbuchlegitimierungspflicht notwendigen Treuhandklärungen zwischen der KPÖ und dem jeweiligen Sparbuchinhaber. Damit ist gesichert, dass Parteigelder nicht in das Privatvermögen oder in die Verlassenschaft des legitimierten Sparbuchbesitzers übergehen.

Damit möchte ich den Kontrollbericht beenden und den ausscheidenden Kontrollmitgliedern für ihre Arbeit und ihren Einsatz in der Bundeskontrolle danken. Abschließend ersuche ich den Parteitag, dem Bundesvorstand die Entlastung zu erteilen. Danke.

Gen. Mikesch: *Ich bedanke mich für den Bericht der Bundeskontrolle. Für die Diskussion zum Finanz- und Kontrollbericht können jetzt Wortmeldungen abgegeben werden. Das ist Themenblock 2 und dazu gibt es in eurer Mappe ein Formular, ich glaube blau ist es. Der Gen. Vodicka ist am Wort, Bezirksorganisation 16.*

14. Plenardiskussion – Themenblock 2

Gen. Vodicka: Genossinnen und Genossen. Gen. Graber, ich habe zwar deinen Bericht gehört, aber ich habe festgestellt, dass du die negativen Betriebe, die verkauft wurden, angeführt hast, aber du hast nicht den erfolgreichsten Betrieb, der von der Partei an die Bundesbahn verkauft wurde, die Firma Express, erwähnt.

Gen. Mikesch: *Danke schön. Der Nächste ist der Gen. Reiter aus Salzburg.*

Gen. Reiter: Genossinnen und Genossen. Entschuldigung, ich bin ein bisschen heiser. Ebenso wie in jener Zeit, wie ich im Bundesvorstand war, bin ich auch jetzt natürlich daran interessiert - und zwar ohne emotions - bestmöglich und im Rahmen des Möglichen über die Finanzen der Partei informiert zu sein. Auf dem letzten 31. Parteitag hat der Gen. Graber in seinem Finanzbericht seinen eigenen Bericht im Bundesvorstand zitiert und ausgesagt, dass das sogenannte worst case-Szenario, das heißt Generalkündigung eine Partei ohne freigestellte Kader, grundsätzlich nicht auszuschließen ist, und zwar dann nicht, wenn sich erste Anzeichen, in welchem Prozessstadium auch immer, verdichten würden, dass wir den Prozess mit der Treuhand nicht gewinnen. Solche Anzeichen gibt es derzeit nicht. Unsere Chancen stehen weiter gut. Heute haben wir die Information erhalten und der Gen. Graber wird seine Worte wohl erwogen haben: Die Chancen sind gewahrt. Bestehend zwischen der Einschätzung des letzten Parteitages und der Einschätzung am heutigen Parteitag ein Unterschied. Oder anders herum gefragt, gibt es Anzeichen dafür, dass der Prozess nicht gewonnen werden kann.

Gen. Mikesch: *Danke, Gen. Reiter. Gibt es noch eine Wortmeldung. Mir liegen keine vor. Bitte. Es spricht der Gen. Narodoslavsky, Bezirksorganisation 20*

Gen. Narodoslavsky: Ich habe nicht einmal ein Konzept eingesteckt, ich stehe einfach so da und möchte euch eines sagen. In diesen ganzen 10 Jahren war das für die Partei und für die Parteiführung und für die, die dafür verantwortlich sind, kein Honigschlecken, dass wir soweit gekommen sind, dass wir wenigstens heute da sitzen können. Da ist der erste Teil.

Der zweite Teil. Wir haben vom Bezirk dazu einen Antrag gestellt, mit einigen Abänderungen noch dazu, wo, das was der Gen. Reiter gesagt hat, wo wir auch im Bezirk eingehen wollen. Nichts desto trotz, möchte ich, egal wie die Wahl für einen Vorsitzenden heute ausgeht, dafür plädieren, dass der Gen. Graber weiterhin, mit welchem Vorsitzenden auch immer, bereit ist, als Finanzverantwortlicher für diese meine Kommunistische Partei zu kandidieren. Danke.

Gen. Mikesch: *Danke, dem Gen. Narodoslavsky. Als Nächster der Gen. Russheim aus der Steiermark.*

Gen. Russheim: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte da eine Frage anschneiden, die ich nie richtig beantwortet bekommen habe vom Gen. Graber. Wir haben jetzt praktisch alles verkauft, was wir gehabt haben, außer das Globus-Haus, das wir verpachtet haben. Aber es gehört uns noch die Wielandschule. Die Wielandschule bringt uns nichts, da muss die Partei jedes Jahr ein Geld hineinzahlen, dass sie

überhaupt bestehen kann. Immer wieder, wenn ich den Gen. Graber getroffen habe und mit ihm diskutiert habe, habe ich gesagt, verkauft die Wielandschule. Zuerst hat es immer das Argument gegeben, wir können das nicht, das kommt bei den Linken schlecht an in Wien, wenn wir das Haus dort verkaufen und räumen lassen. Inzwischen wird wohl jeder in der Partei darauf gekommen sein, dass die Leute, die in dem Haus drinnen sind, nicht unsere Bündnispartner sind, in keiner Weise. Das Zweite war dann, dass man gesagt hat, das Haus ist nicht zu verkaufen, weil das kauft uns keiner ab, weil mit dem Vertrag der besteht, kauft keiner so ein Haus, wenn er die nicht hinausbringt. Ich bin der Meinung, dass diese Argumente nicht richtig sind. Ich habe gesagt, übergebt mir das, ich verstehe zwar nichts, aber der erstgrößte Häusermakler in Wien der kauft das und zwar aus dem Grund, weil der Standort dort - mitten in Wien - schon so viel wert ist. Der macht sich keine Sorgen, wie er die Leute dort hinausbringt aus diesem Haus. Also, würde ich sagen, wenn wir schon kein Geld mehr haben und das haben wir sicher nicht, dann versuchen wir wenigstens jetzt, die Wielandschule loszubringen, dass wir noch ein Geld hereinbringen, wo wir so wie so nichts mehr davon haben.

Gen. Mikesch: *Danke dem Gen. Russheim. Als Nächster der Gen. Bader Wilfried aus der Landesorganisation Tirol.*

Gen. Bader: Genossinnen und Genossen. Ich möchte nur einen Satz sagen zum Rechenschaftsbericht des Gen. Graber. Ich habe noch nie einen Rechenschaftsbericht, obwohl ich in vielen Organisationen tätig bin, gehört, bei dem mit so vielen Worten so wenig ausgesagt wurde.

Gen. Mikesch: *Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gebe ich das Wort jetzt an den Gen. Graber.*

Gen. Graber: Zunächst zum Gen. Vodicka. Ich habe in erster Linie über die Entwicklung der Firmen in der Berichtsperiode gesprochen. Jeder weiß, der mit mir zu tun hat, wie ich über die Genossinnen und Genossen, die über viele Jahrzehnte hindurch im Wirtschaftsbereich unserer Partei tätig waren, denke. Und am Ausführlichsten habe ich beim Parteitag 1994 dargestellt, wie dieser Bereich zu Stande gekommen ist, welche historischen Umstände, welche Verdienste diese Genossinnen und Genossen haben. Es ist auch gelungen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder in einigen dieser Firmen weiterhin tätig zu bleiben und entsprechend auf den kapitalistischen Markt zu bestehen. Darunter war auch die Firma Express. Aber gestattet mir, dass ich trotzdem jetzt nicht über Einzelheiten des Verkaufs der Firma Express spreche, wir sind hier keine Aktionärsversammlung. Der Verkauf hat andere Ursachen gehabt, aber nimm bitte zur Kenntnis, dass ich mich auf die Betriebsperiode beschränke, die bei diesem Parteitag ansteht.

Gen. Reiter, es gibt keinen Unterschied in meiner Einschätzung, die die Einschätzung auch unserer Juristen in Deutschland ist. Der Unterschied besteht nur darin, dass das Ende des Prozesses näher liegt als beim letzten Parteitag. Aber du kannst keinen Unterschied machen von meiner Formulierung von damals und heute was die Chancen betrifft.

Frage Wielandschule. Genossinnen und Genossen, es ist weiter ein sehr diffiziles Thema. Als Finanzreferent würde ich in vieler Hinsicht dem zustimmen, was der Gen. Russheim

sagt. Es ist in vieler Hinsicht eine offene Wunde und trägt nicht zum Renommee bei uns in Favoriten bei, auch was die Anrainer betrifft. Obwohl sich auch da schon vieles geändert hat. Aber das ist trotzdem nur die eine Seite. Die andere Seite ist die, dass es, ob es uns gefällt oder nicht, Entscheidungen vor meiner Zeit gegeben hat, was die Verträge dort betrifft und die leider den Wert des Hauses ganz wesentlich beeinträchtigen, ja entwertet haben. Standort schön und gut, aber, wenn man dann den Verkehrswert eines solchen Objektes nimmt, dann ist natürlich mit einzurechnen, was in den letzten 12 Jahren dort alles geschehen ist. Das Dritte aber ist folgendes: Es gibt nunmehr in Abstimmung mit der KPÖ Prekariatsverträge, zumindest über die Bereiche, wo keine Verträge bestehen, so dass gesichert ist, dass wir zu den Betriebskosten des Hauses nichts dazuzahlen müssen. Unter den Prekaristen gibt es den Dachverband der "Serbischen Kultur und Sportverbände", das ist der Bereich wo die ehemalige Bezirksleitung des 10. Bezirks war. In einem anderen Bereich sitzt die ATIGIF, also eine türkische, aus meiner Sicht eine linksradikale Gruppe, die aber immerhin bei der letzten Nationalratswahl für die KPÖ aufgerufen hat und auf Grund der disziplinierten Stimmabgabe auch erreicht hat, dass wir in den Bundesländern, wo sie stark sind - nämlich in Tirol und Vorarlberg - deutliche Stimmenzuwächse erzielen konnten. Drittens ist dort der Flughafensozialdienst und andere Gruppen, die sich um Flüchtlinge und Asylanten kümmern, die nämlich von der Bundesbetreuung nicht mehr erfasst, oder prinzipiell nicht erfasst werden, tätig, so dass das Haus Flüchtlingen offen steht. Viertens, das möchte ich auch ganz klar sagen, es gibt heute unter den KJÖlern und auch unter den KSVlern junge Genossinnen und Genossen, die ihre ersten politischen Schritte in der Wielandschule gemacht haben. Der Gen. Hannes Fellner ist in dem Cafe dort ein und aus gegangen und auch andere Genossinnen, die im KSV tätig waren, sind dort politisch tätig gewesen. Es ist nicht so, dass politisch dort nichts vor sich geht, was im weitesten Sinn auch unsere Partei interessieren müsste. Aber ich sage offen, es ist ein ungelöstes Problem und vielleicht ist es leichter zu lösen, wenn wir wieder in Stand gesetzt werden, wirklich auch finanziell souverän zu agieren.

Gen. Mikesch: *Danke Michael Graber. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entlastung des Bundesvorstandes und den Finanzreferenten in Bezug auf die Finanzgebarung. Wer für die Entlastung des Bundesvorstandes und des Finanzreferenten ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. Gegenprobe.*

Das ist eindeutig die Minderheit.

Der Bundesvorstand und der Finanzreferent ist entlastet.

Wir fahren jetzt fort in der Tagesordnung und zwar gibt es jetzt im Anschluss den Bericht über die Ergebnisse der Länderberatungen. Ich würde ersuchen um die Berichte.

Gen. Höllisch: Wir haben uns gedacht, dass wir aus Zeitgründen nur Veränderungen gegenüber den Vorschlägen von in der Früh sagen. Dann noch ein paar Worte sagen, wie das am Stimmzettel aussehen wird. Am Stimmzettel wird jetzt gearbeitet, das ist natürlich auch noch eine technische Herausforderung. Solange

bis wir für die Wahl unterbrechen, können wir noch die Plenardiskussion zum Themenblock 1 fortsetzen. Das ist der Vorschlag. Was die Länderberatungen betrifft, hat sich jetzt Kärnten entschieden und hat den Gen. Frank Christopher auf ihrer Landesliste nominiert. Wenn man jetzt den Gesamtvorschlag, also Wahlvorbereitungskommission und Ländervorschläge nimmt, ist das ein quotierter Vorschlag 20 Frauen, 20 Männer.

Der Stimmzettel für den Bundesvorstand besteht aus zwei Seiten, auf der einen Seite sind die Vorschläge der Wahlvorbereitungskommission und die Kandidatinnen und

Kandidaten der Landesversammlungen. Auf der zweiten Seite sind die von den Parteiorganisationen, nicht von der Wahlvorbereitungskommission in ihren Vorschlag aufgenommene, auch zur Abstimmung stehenden Genossinnen und Genossen. Und aus dem Stimmzettel ist auch ersichtlich, von welchen Parteiorganisationen die Genossinnen und Genossen nominiert wurden und in welchen Organisationen sie derzeit organisiert sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch anmerken, ich wurde mehrmals darauf angesprochen und möchte hier auch um ein bestimmtes Verständnis ersuchen. Ich bin mir durchaus dessen bewusst, dass die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten auch auf Grund der großen Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten immer bis zu einem gewissen Grad lückenhaft sein wird und möchte schon sagen, dass ein Teil der Schuld - nicht die alleinige Schuld - auch bei manchen Organisationen liegt, die Genossinnen und Genossen vorgeschlagen haben. Es gehört eben auch dazu, wenn man einen Wahlvorschlag macht, das darzulegen, was der Genosse macht und warum man ihn vorschlägt. Das ist nur von der geringeren Zahl der Organisationen erfolgt. Dass es in anderen Fällen, wo es Konkretisierungen gegeben hat, wir es nicht geschafft haben, das nicht immer authentisch einzuschreiben, diese Schuld liegt bei uns und muss ich auch auf uns nehmen.

Der zweite Stimmzettel, der auch eine andere Farbe haben wird, wird der Stimmzettel für die Wahl der zentralen Funktionen sein, für die Direktwahl der zentralen Funktionen. Auf Grund der Entscheidung des Parteitages, nur jene Funktionen direkt zu wählen, wo es Gegenkandidaturen gibt, ist die Wahlkommission zu der Auffassung gelangt, dass in der Direktwahl daher nur die Funktion des Bundesvorsitzenden und der Frauenvorsitzenden zur Abstimmung steht. Was die stellvertretenden Bundesvorsitzenden betrifft, hat der Gen. Langmann jetzt in der letzten Sitzung der Wahlkommission seinen Standpunkt eingebracht, dass er sich nicht als Gegenkandidatur zur Gin. Stiefsohn sieht. Es ist im Statut nicht begrenzt, wie viele Stellvertreter gewählt werden können. Wenn es aber keine Gegenkandidatur ist, sind wir als Kommission auf Grund der Entscheidung des Parteitages nicht in der Lage, einen anderen Vorschlag zu machen. Das heißt, die Neuwahl der stellvertretenden Vorsitzenden ist - ebenso wie die Wahl des Finanzreferenten und die Wahl der organisationspolitischen Sekretärin - im neu gewählten Bundesvorstand bei seiner konstituierenden Sitzung, die morgen stattfinden muss, vorzunehmen.

Der dritte Stimmzettel ist zur Wahl der Bundeskontrolle. Hier sind ebenfalls die Vorschläge der Wahlvorbereitungskommission und der Länder angeführt. Hier hat es noch zwei Änderungen gegeben. Die Steiermark schlägt einen Mann, den Gen.

Fuchs vor, lässt das Frauenmandat entsprechend dem Länderschlüssel frei und der Gen. Gollner Robert wurde von der Wahlkommission als zentraler Vorschlag beschlossen und steht auf der zentralen Liste, also steht damit auch für die Bundeskontrolle zur Wahl. Was den Stimmzettel der Schiedskommission betrifft, setzt sich das aus den Vorschlägen der Landesversammlungen und dem Vorschlag, dass der Gen. Sellner auch wieder zentral vorgeschlagen wird, zusammen.

Wichtig, noch einmal in Erinnerung zu rufen. Gewählt wird durch ankreuzen. Damit hat jeder, wenn er wählen geht, einiges zu tun. Es wird jetzt noch einige Zeit dauern, bis die Stimmzettel fertig gestellt werden können. Es wird schon daran gearbeitet. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Gin. Trost: *Wir machen mit der Plenardiskussion weiter. Es gibt zwei Geschäftsordnungsanträge. Der erste Redebeitrag zur Geschäftsordnung von Gen. Otto Bruckner.*

Gen. Bruckner: Genossinnen und Genossen. Ich fasse mich kurz. Das im Sinne meines Antrages. Ich weiß, wir sind schon alle müde. Ersuche euch aber, wir haben fast keine Möglichkeit gehabt, zu den Wahlvorschlägen zu diskutieren. Ich glaube, wir würden es alle noch aushalten, wenn wir in jedem Fall jetzt noch eine Dreiviertelstunde Diskussionszeit anhängen. Das wären ca. 15 Genossinnen oder Genossen, die zu Wort kommen könnten und das würde ermöglichen, dass wir vielleicht etwas mehr Argumente hören, bzw. den einen oder den anderen besser kennen lernen könnten. Das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Gin. Trost: *Dann stelle ich den Antrag jetzt zur Abstimmung. Entschuldigung, ich mache das zum ersten Mal. Möchte jemand gegen den Antrag sprechen? Keine Wortmeldung. Dann bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe. Auszählen bitte. Wir zählen zuerst die Pro-Stimmen. Ich bitte um die Gegenstimmen. **Der Antrag ist mit 153 Contra-Stimmen und 148 Pro-Stimmen abgelehnt.***

Geschäftsordnungsantrag von Gen. Langmann bitte.

Gen. Langmann: Ich habe vorher den Wahlzettel für die Direktwahl gesehen. Er sieht folgendermaßen aus: In der ersten Zeile links der Vorsitzende, rechts der Gegenkandidat. Bei der Frauensitzenden: links Vorsitzende, rechts der Gegenkandidat. Bei den Stellvertretern folgendermaßen: Erste Zeile links Karin Antlanger, rechts niemand. Zweite Zeile links niemand, rechts Elke Kahr. Dritte Zeile Waltraud Stiefsohn oder Helmut Langmann. Die Kandidaturen zum Stellvertretenden Vorsitz sind alternative, aber sie sind keine persönlichen Gegenkandidaturen und es ist diese Vorgangsweise daher nicht verständlich. Das heißt, ich kandidiere auf einer alternativen Liste, das stimmt. Ich kandidiere aber nicht gegen die Waltraud Stiefsohn. Man könnte sich jede andere oder jeden anderen genauso ausgesucht haben. Ich beantrage daher, dass das Prinzip, das bei den Ersten eingeführt wurde, fortgesetzt wird. Das heißt, dass in der dritten Zeile links, die Waltraud Stiefsohn steht und rechts niemand. Und dass in der vierten Zeile rechts ich stehen darf und links niemand. Man kann, soll keine persönlichen Gegenkandidaturen konstruieren, wo es solche nicht sind und auch der Sache nach nicht sein können. Ich bitte, dass

ihr es annehmt.

Gin. Trost: *Eine Gegenwortmeldung zu dem Antrag?*

Gen. Sellner: Genossinnen und Genossen. Wir haben jede Menge Geschäftsordnungsanträge, die immer prinzipielle Überlegungen zu ihrer Grundlage haben. Wir haben hinten im Büro Frauen sitzen, die diese prinzipiellen begründeten Geschäftsordnungsanträge, wenn sie auf Papier Einfluss haben, immer wieder in die Realität umsetzen müssen. Diese Frauen arbeiten von der Früh bis am Abend. Die haben bis spät in die Nacht gestern gearbeitet. Und ich würde euch ersuchen, nachdem eindeutig von der Wahlvorschlagskommission oder Wahlvorbereitungskommission, wie es jetzt heißt, gesagt wurde, dass es lediglich zwei alternative Kandidaturen gibt, nämlich Vorsitzender und Frauenverantwortliche oder Frauenvorsitzende, dass es da nicht notwendig ist, die Frauen draußen zu einem neuen Stimmzettel zu verdonnern, der noch

einmal kopiert werden muss, nur damit rechts oder links, oder links oder links wer steht. Es ist jedem, der zur Wahl geht, doch klar, dass hier keine Gegenkandidatur vorliegt. Das ist deutlich gemacht worden und damit egal ob rechts oder links der Gen. Langmann oder wer anderer steht, dass er nicht als Gegenkandidat zu irgend jemanden oder wer anderer Gegenkandidat zu ihm steht. Ich würde euch ersuchen, mit zu bedenken bei euren Anträgen, dass die auch technisch umgesetzt werden müssen. Die Frauen draußen sind die, auf die auf Parteitag oft vergessen wird. Ich kann mich an einen Parteitag erinnern, da bin ich mit einem zweiten Genossen mit einem Fahrrad irgendwo hin gefahren, dass sie wenigstens ein Essen bekommen und etwas zu trinken. Ich möchte mich hier bedanken bei den Genossinnen, es sind vorwiegend Genossinnen, die die Sekretariatsarbeit machen und euch ersuchen, sie nicht über zu beanspruchen.

Gin. Klackl: *Gin. Niedermoser möchte eine Richtigstellung zur Wortmeldung vornehmen. Hat sich erübrigt. Gin. Stiefsohn möchte eine Anfrage stellen.*

Gin. Stiefsohn: Als eine der genannten Betroffenen möchte ich jetzt einfach da öffentlich fragen, ob ich es jetzt richtig verstanden habe oder nicht. Ich habe den Bericht so verstanden, dass es keine Gegenkandidatur geben soll zwischen den stellvertretenden Vorsitzenden und wenn ich es richtig verstanden habe, heißt das, dass das was der Gen. Langmann gerade gesagt hat, mit links und rechts usw. auch damit entfällt, weil wir als solches gar nicht zentral kandidieren. Der Parteitag hat sich dafür heute am Anfang entschieden, dass das so sein soll. Ich möchte sagen, ich hätte es gern anders gehabt, aber das war die Mehrheit. Ist das so gedacht? Dann gibt es kein links und rechts.

Gin. Klackl: *Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass der Beschluss des Parteitages gelautet hat. Nur jene Funktionen kandidieren gegeneinander, wo es tatsächliche Gegenkandidaturen gibt. Da es jetzt so interpretiert wurde, oder dass der Gen. Langmann gesagt hat, das ist keine Gegenkandidatur und die Antragskommission dieser Argumentation folgen konnte, werden daher auf den Stimmzetteln ohnehin nur die beiden Funktionen, nämlich Parteivorsitzender bzw.*

Frauenvorsitzende gegeneinander gestellt.

Gin. Niedermoser macht doch eine Berichtigung.

Gin. Niedermoser: Liebe Genossinnen und Genossen. Es stimmt nicht, dass der Stimmzettel schon kopiert worden ist, und dass man das noch einmal machen muss. Wir haben uns vorher in der Wahlvorbereitungskommission zusammengesetzt, haben über das Ganze gesprochen und haben gesagt, es wird solange nicht kopiert, bis da jetzt darüber gesprochen worden ist. Das heißt, für die Genossinnen hinten im Büro ist das jetzt kein Mehraufwand an Arbeit, das sind zwei Klicks am Computer und an dem darf es wohl wirklich nicht scheitern.

Gin. Klackl: Bis die Stimmzettel fertig gestellt sind fahren wir mit der Plenardiskussion fort. Als Nächster am Wort ist der Gen. Reiter aus der Stadt Salzburg, in Vorbereitung die Gin. Erika Krenn, BO-Bad Ischl.

Gen. Reiter: Genossinnen und Genossen. Mit dem Auftrag der 1. Sitzung dieses Parteitages an eine unverzüglich neu einzusetzende Programmkommission binnen maximal 1 1/2 Jahren den Entwurf eines neuen Parteiprogramms vorzulegen, wobei die

Programmkommission verpflichtet ist, sich in Inhalt und Struktur am entsprechenden Beschluss des 30. Parteitages zu orientieren, besteht erstmals eine grundlegende Voraussetzung für erfolgversprechende Programmarbeit und damit einen längerfristig wirksamen qualitativen Sprung bei der Entwicklung der Kampf- und Hegemoniefähigkeit der KPÖ. Allerdings nur dann, wenn, ja wenn, der Beschluss unter aller Überwindung aller Schwierigkeiten und Widerstände tatsächlich in die Tat umgesetzt wird. Ich beschränke mich bei meinen beiden Anmerkungen auf die Programmarbeit, nicht auf personelle oder sonstige Fragen. Der Beschluss betont nicht umsonst die Notwendigkeit, ich zitiere: „ eines Gesellschaftsentwurfes unser erneuerten Sozialismusvorstellungen, der kein paradiesische Zustände versprechendes Phantasiegebilde entwirft, sondern eine aus sachlich wissenschaftlicher Analyse abgeleitete, so realistisch als mögliche Ausgestaltung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus verlangt.“ Zweifelsfrei ist, dass die dadurch zu schaffende und schon für die laufende Etappe politischer Praxis notwendige Grundlage für Hegemoniefähigkeit der Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse und auch dadurch politisch-soziale Bündnisfähigkeit der Klasse die Beantwortung der einfachen und zugleich universellen Frage verlangt, wie dieser Sozialismus beim nächsten Mal besser gemacht werden kann. Gerade diese revolutionäre Erneuerungsaufgabe kann aber nur gelingen, wenn dem tonnenschweren Panzer antikommunistischer Stereotypen über ausnahmslos alles und jedes, was den realen jetzt vergangenen Sozialismus ausgemacht hat, der geradezu sachlich und vorurteilsfrei objektive, betont wissenschaftliche Umgang mit den Gesetzmäßigkeiten, sowohl den Errungenschaften, wie den Deformationen, den wirklichen Gründen des Erfolges und der Niederlage des Sozialismus dagegengestellt wird. Ansonsten sind die unter dem Titel der Stalinismuskritik vorgetragenen Position ununterscheidbar von jenen politisch-ideologischen Positionen, die der Neokonservatismus wohlgerne in langfristiger Perspektive auf einen kontrarevolutionären Umsturz seit den 20iger und 30iger Jahren unter dem Stichwort der Totalitarismuskritik entwickelt, nicht zu unterscheiden. Diese

Totalitarismuskonzeption ist im Kern die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus, womit eine Existenzfrage der Kommunistischen Partei berührt ist und sich bei der Erneuerung der Sozialismusvorstellungen dieser Leitlinie bedient.

Gen. Graber: *Rudi, ich muss aufmerksam machen, wir haben 3 Minuten Redezeit beschlossen. Das gilt natürlich auch für deine Disziplin.*

Gen. Reiter: Danke für eure Aufmerksamkeit.

Gen. Graber: *Es gibt zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Bitte Gen. Enser.*

Gen. Enser: Genossinnen und Genossen. Ich möchte, nachdem nicht abgestimmt worden ist, auf den Antrag vom Gen. Langmann den Antrag stellen, dass er zur Abstimmung gestellt wird und diesem Wunsch des Gen. Langmann, dass am Wahlzettel er nicht als Gegenkandidat eben dargestellt wird und zwar deswegen, wie in der Berichtigung der Gin. Niedermoser festgehalten worden, da ja diese Argumente, dass das arbeitsmäßig nicht zu erledigen ist, nicht stimmen. Ich stelle den Antrag, dass darüber auch abgestimmt wird, weil das der Gen. Langmann haben wollte.

Gen. Graber: *Ich bin allerdings jetzt davon ausgegangen, dass die Klarstellungen von allen Seiten, sowohl von Langmann, als auch von der Gin. Stiefsohn, als auch von den*

Genossen, die in der Wahlkommission verantwortlich tätig sind, dass das so gesehen wird, wie es hier dargestellt. Aber wenn darüber noch eine Abstimmung erfolgen soll, dann machen wir das. Wer also mit dem Antrag des Gen. Langmann einverstanden ist, dass er nicht als Gegenkandidat, sondern auf der rechten Seite des Stimmzettels, aber in einer eigenen Reihe aufscheint. Es geht um die Frage, wie der Stimmzettel ausschauen soll und der Stimmzettel soll so ausschauen, dass es keine Gegenkandidatur ist. In dem Sinn stelle ich jetzt den Antrag zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, dass diese Kandidatur zu den Stellvertretern nicht als Gegenkandidatur anzusehen sind, auch nicht so gehandhabt werden, bitte um ein Zeichen der Zustimmung? Ich mache die Gegenprobe?

Das ist eine eindeutige Mehrheit.

Wir haben auch jetzt den Willen des Parteitages abstimmungsmäßig dazu festgehalten und wir gehen weiter mit einem zweiten Antrag. Hat zurückgezogen. Wir gehen weiter in der Rednerliste zur Plenardebatte, die Gin. Erika Krenn und nach ihr Gen. Andreas Rennert.

Gin. Krenn: Liebe Genossinnen und Genossen. Eigentlich steht es mir überhaupt nicht zu, hier große Ratschläge zu erteilen, aber angesichts der angespannten Lage in unserer Partei würde mir mein Vater sagen, der fast 50 Jahre treues Mitglied der KPÖ war, diesen Appell an euch zu richten und jetzt an euch zu richten. Ich glaube nämlich, wir sind an einer Wegkreuzung angelangt, die uns vor die Wahl stellt, entweder den unerfreulichen Richtungsstreit oder wie immer man das nennen will zu verharren oder alle Strömungen vereinigen sich, um in konstruktiver Weise und offener und ehrlicher Diskussionskultur den künftigen Kurs der KPÖ zu erarbeiten und zu bestimmen. Das wäre doch eine Alternative oder nicht. Gelingt es nämlich

nicht, eine gemeinsame Linie zu finden, dann sehe ich die große Gefahr der Spaltung der Partei, die den tödlichen Keim der Auflösung in sich trägt. Darum appelliere ich an die Kontrahenten, stellt bitte persönliche Ressentiments zum Wohle der Partei zurück. Verzetteln wir nicht die Zeit mit Schuldzuweisungen und unerfreulichen Machtkämpfen. Besinnen wir uns doch auf das Wesentliche. Nämlich die Konsolidierung unserer Partei. Sie ist deshalb so wichtig, weil den Österreichern gerade in den letzten Tagen und Wochen demonstriert wurde, wie die Politik Schüssel & Co aussieht und der Zick-Zack-Kurs der SPÖ, die sogenannte Spargelkoalition hat bei vielen SPÖ-Mitgliedern an der Basis Kopfschütteln und Ablehnung hervorgerufen. Hier wird die Chance für unsere Partei, Mitglieder von der SPÖ oder auch Sympathisanten für die KPÖ zu gewinnen. Gerade wir oberösterreichischen Kommunisten könnten das schon versuchen bei unserem Wahlkampf für die Landtagswahlen im Herbst. Aber dazu ist es dringend notwendig, dass wir in unserem Rücken eine in sich gefestigte Bundespartei haben, damit wir wirklich glaubwürdig argumentieren können.

Gen. Graber: *Gen. Krenn, die 3 Minuten sind ebenfalls zu Ende. Vielleicht mache ich es so, dass ich ein paar Sekunden vorher aufmerksam mache. Einen Satz bitte noch.*

Gen. Krenn: Zur bevorstehenden Wahl des Bundesparteivorstandes möchte ich nur noch eines kurz bemerken. Natürlich ist es sehr sehr wichtig, dass wir so wie bisher eine kompetente Parteispitze haben für unsere Partei nach innen und außen. Aber genauso wichtig ist es, dass in unsere Partei endlich der Geist einkehrt, der getragen ist von Fairness und von Demokratie. Es kann nicht sein, dass neu eingetretene Mitglieder derart verunsichert werden, dass sie sich denken "um Gottes Willen, wo bin ich da hin

geraten". Sondern ganz im Gegenteil, sie müssen das Gefühl haben, in dieser Partei ihr wirkliches politisches zu Hause gefunden zu haben und dass sie auch das Gefühl haben, den richtigen Schritt getan zu haben.

Gen. Graber: *Nein, Gen. Krenn, das gilt für alle und bitte auch wenn du jetzt auf mich vielleicht nicht so gut zu sprechen bist, bitte um Disziplin, auch der Gen. Reiter hat das eingehalten.*

Zu einer Klarstellung, ich habe mich bitte geirrt, bei der Darstellung dessen, was wir beschlossen haben, der Gen. Messner wird das noch einmal sagen, damit sich wirklich alle klar sind, wie der Stimmzettel aussieht. Vorher allerdings, die Mandatsprüfungs- und Zählkommission trifft sich jetzt im 1. Stock hier oben.

Gen. Messner: Liebe Genossinnen und Genossen. Bevor die Stimmzettel jetzt in die Kopiermaschine gegangen sind, hat die Wahlkommission sie entsprechend dem Beschluss, den wir vorher gefasst haben, gestaltet. Es wird so aussehen. Es gibt zwei weiße Stimmzettel, auf dem die zentralen Vorschläge drauf sind plus die Vorschläge der Länder. Dann kommt ein zweiter Stimmzettel, wo die Vorschläge, die zusätzlich von den Landesorganisationen gestellt worden sind, als zentrale Vorschläge aufgelistet sind. Dann gibt es einen dritten Stimmzettel, der wird farbig sein und dort stehen nur, so wie wir beschlossen haben, die Alternativkandidaten drauf. Dort steht entweder Baier oder Eber, entweder Ambrosch oder Stöckl und so

steht auf diesem Alternativzettel nichts drauf. Dann gibt es noch einen Stimmzettel mit den Schiedskommissionen und mit der Bundeskontrolle. Das ist die eine Klarstellung, die zweite ist: Ich möchte auf Grund der Intervention von einigen Genossen, die sich zu wenig vorgestellt gefühlt haben, auf dem Zettel wo draufsteht, letzter Stand der Wahlvorschläge, einiges nachholen. Der Gen. Eschbacher, der dort auf dem Zettel vorgestellt wird, ist auch Gemeinderat in Hallein, das steht dort nicht drauf. Der Gen. Reiter Rudi ist im Salzburger Social Forum aktiv. Und Gin. Renner Elke ist 12 Jahre lang schon Personal- und Gewerkschaftsvertreterin, Vorsitzende des Österreichischen Friedensrat und die Obfrau der österreichischen LehrerInnen für den Frieden. Ich möchte mich auch bei den anderen Genossinnen und Genossen, die sich zu wenig vorgestellt empfunden haben, entschuldigen. Es war nicht möglich, von jedem faktisch sämtliche relevante biographische Daten aufzuschreiben.

Gen. Graber: *Als Nächster der Gen. Andreas Rennert.*

Gen. Rennert: Genossinnen. Genossin Krenn hat mir das Münzerl geworfen. Neue Mitglieder, die sich fragen müssen, um Gottes Willen, wo bin ich da hin geraten. Vielleicht in ein Wespennest. Ich denke, wir brauchen eine Partei, spannender Auseinandersetzungen, engagierter Arbeit, kreativer Ideenfindung, aber auch der kompromisslosen Aufrichtigkeit. Unseren Diskussionen müssen Aktionen folgen können. Den Auseinandersetzungen Klärungen, der Arbeit müssen Erfolge und Wirkungen folgen. Wir brauchen eine Partei, mit einer breiten Meinungsvielfalt, die sich auch im Bundesvorstand ausdrücken muss. Wir brauchen aber auch eine Partei, die in der Lage sein wird, zusammenzustehen, wenn es darum geht, gemeinsam nach außen aufzutreten. Denn gehen tut es nicht nur um Funktionen in der Partei, es geht um unsere gemeinsamen Ziele. Es geht um eine wirkungsvolle Politik für die Entrechteten. Es geht darum, die Sprachlosen zur politischen Manifestation zu bringen. Es geht darum, gegen Mord der Waffen und Wirtschaftsgewalt einzustehen. Ich fordere daher bei uns den notwendigen sittlichen Ernst, der uns garantiert, dass wir uns in internen Diskussionen in

einem guten solidarischen Umfeld fühlen können. Die Diskussionen dürfen hitzig, müssen kontrovers, müssen sogar konfrontativ sein. Aber schmeißen wir nicht engagierte Menschen weg, die wir für unsere politische Entwicklung brauchen. Das geht an beide Seiten. Wenn ich gehört habe, dass ein alternativer BuVo-Vorschlag nicht vor dem 28. Mai deklariert wurde, weil man fürchtete, die frühzeitige Nennung würde eine Demontage von Einzelpersonen ermöglichen, dann muss das, ob die Befürchtungen zu Recht oder nicht zu Recht bestehen, allen zu denken geben. Wenn ich gehört habe, dass eine persönliche Polemik mit Anspielungen auf Tel Aviv garniert wird, muss ich mich fragen, ob das dann die kommunistische Entsprechung zur rechts rechten Diktion von der Ostküste sein soll und was das zu bedeuten hat. Wenn ich wahrgenommen habe, dass bei der Kritik am Bericht aus frauenpolitischer Sicht heute Vormittag der Lärmpegel im Saal sofort steigt, darüber hinaus festgestellt habe, dass die organisatorischen Mitarbeiter der Diskussion kaum folgen können, dann sehe ich auch den Bedarf auch an Ernst und Disziplin hier. Ich fordere daher, egal wie die Abstimmungen heute ausgehen, dass wir hier zu einer innerparteilichen Zukunft finden, die unseren Ansprüchen gerecht wird. Unserem kommunistischen Anspruch, eine gute und machtvolle politische Stimme der

Unterdrückten bei uns und anders wo zu machen, zu sein. Das ist keine versöhnliche kalmierende Aufforderung, sondern eine sehr inzwischen schon aggressive und offensive Forderung, ein großes Aufgabenpaket an den heute Abend gewählten Bundesvorstand. Kämpfen wir für eine Kommunistische Partei, die allen Menschen gehört, die in ihr engagiert und nach besten Wissen und Gewissen arbeiten. Denn wir brauchen unsere Kraft für den eigentlichen Kampf, für eine bessere, gerechtere und sozialistische Welt, die allen Menschen gehört, die in ihr leben.

Gen. Graber: *Danke. Zu Wort kommt die Gin. Katharina Ferro, nach ihr Gen. Hermann Resinger. Dann werden wir sehen, wie wir weiter machen, denn ich höre, dass in wenigen Minuten die Stimmzettel fertig sein werden. Bitte Kathi.*

Gin. Ferro: Liebe Genossinnen. Eigentlich wollte ich dazu sprechen, warum ich als noch Mitglied des Bundesvorstandes nicht mehr kandidieren wollte. Aber nun möchte ich ein paar Bemerkungen zum Referat der Gin. Stöckl machen und auch Fragen stellen. Erstes eine Frage: Warum sprichst du Petra nicht über Feminismus. Für mich als Feministin und als Kommunistin kann es da keine Trennung geben. Feministin und Kommunistin ist man immer und überall in jedem Zusammenhang, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Der gesellschaftliche Backlash gegenüber den Frauen in der Gesellschaft zeigt sich für mich auch in der Partei. Im Verhalten der Männer in der Partei. Er zeigt sich für mich durch den Angriff auf die amtierende Vorsitzende Heidi Ambrosch, er zeigt sich auch durch die Angriffe auf das Frauenprogramm, zeigt sich am Verhalten der Männer hier am Parteitag. Mein Vorredner hat schon das Verhalten angesprochen. Wenn Frauen sprechen, dann kann man ja tuscheln, dann kann man ja auch den Saal verlassen. Warum glaubt ihr Genossen, dass euch die Wortmeldungen der Genossinnen, die bis jetzt gesprochen haben, nichts angehen. Glaubt ihr, dass nur, weil Frauen über Frauen reden, ihr nicht gemeint seid. Aber nun zu meinen anfänglichen Bemerkungen. Petra, du nennst uns deine geplanten Schwerpunkte. Was glaubst du, was Heidi und wir anderen frauenpolitisch aktiven Frauen und Feministin eigentlich den ganzen lieben langen Tag machen? Wir arbeiten permanent innerparteilich und außerparteilich vernetzt, denn es gibt die frauenpolitischen Zusammenhänge in der Partei bereits. Wir arbeiten für Frauenrechte in unseren Arbeitsumfeldern und feministische Standpunkte und Lebensweisen kann ich überall einbringen. Aber ich glaube auch, dass nur radikale

feministische Kritik an den Geschlechterverhältnissen in- und außerhalb der Partei und die Kritik an der strukturellen Macht und Gewalt, die Männer teilweise immer noch gegenüber den Frauen, auch hier in der Partei, ausüben, eine kommunistische Frauenpolitik der KPÖ möglich macht, ich meine die feministische Kritik, nicht die Gewalt. Wie schon das Frauenplenum beim Austrian Social Forum festgehalten hat, Feminismus ist ein Muss auch hier in der KPÖ. Danke.

Gen. Graber: *Danke Gin. Ferro. Als Nächster am Wort Gerhard Bruny. bitte. Nach dem Gen. Bruny die Gin. Elke Kahr.*

Gen. Bruny: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte auf diesem Parteitag zu dem Thema "Volksstimme" sprechen. Ich habe heute in einer Zeitung einen tollen Artikel gefunden zum 75. Geburtstag von Ernesto Che Guevarra. Das war eine

Wiener Zeitung. In der „Volksstimme“ finde ich seit Wochen nur eine vorbereitete Berichterstattung für den Parteitag. Eine vorbereitete Berichterstattung, mit Ausnahme von zwei Diskussionsbeiträgen des Gen. Parteder, die in der Einseitigkeit unüberbietbar ist. In der Einseitigkeit, die hier kandidierende, seit langem im Amt befindliche Parteiführung, zu bestätigen. Dazu hat man sich im Vorfeld des Parteitages, des 1. Teiles, Stimmen von außen organisiert geholt, die sind gerne gekommen. Viele davon sind auch Gastautoren dieser Zeitung. Ich sehe in der „Volksstimme“ alles andere, als das, was sie sein sollte. Eine Zeitung der Kommunistischen Partei. Sie pflegt über Jahre eine Beliebigkeit und kippt oft sogar ins Reaktionäre. Ich erinnere daran, dass im Jänner 1999 auf der Seite 3 der „Volksstimme“, die UCK als progressive, fortschrittliche Organisation im Kosovo in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit abgefeiert wurde. Genossen, das war der Vorwand für einen Angriff auf die souveräne Republik Jugoslawien und ihre Zerschlagung. Das wurde bei uns vorbereitet. Ich erinnere daran, dass in der „Volksstimme“, naja nicht nur großes Gelächter, aber es war dem ORF und der „Volksstimme“ vorbehalten, die UCK hervor zu streichen, die kosovanische Mafia. Ich erinnere daran, als der Gen. Hrdlicka in der „Volksstimme“ niedergemacht wurde für seine Äußerungen, um ein paar Jahre später dann als Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl aufgebaut zu werden. Ich erinnere daran, wie in der letzten Zeit in der „Volksstimme“ eindeutig pro-zionistische, antipalästinensische Positionen eingenommen werden. Die Zeitung ist entlang der political correctes ausgerichtet, der politischen Gefälligkeit in Bündnissen und des Applauses von falscher Seite, um nirgends anzuecken. Herausgeber und Verantwortlich für die „Volksstimme“ ist der Gen. Walter Baier. Gen. Baier, es ist Zeit, nicht mehr Herausgeber der „Volksstimme“ zu sein, Gen. Baier es ist gut, wenn du in einer neuen reformierten „Volksstimme“ Beiträge lieferst, die sind oft interessant und sehr Aber so, wie wir einen anderen Parteivorsitzenden brauchen - und ich schlage den Gen. Eber vor - so brauchen wir einen Neuaufbau einer kommunistischen „Volksstimme“. Einer kommunistischen Zeitung, die der kommunistischen Partei fehlt. Es kann keine Erneuerung der Partei geben ohne Erneuerung des revolutionären Organs, das es sein soll.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt die Gin. Elke Kahr und nach ihr der Gen. Manfred Bauer.*

Gin. Kahr: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe die eine Minute wieder eingeholt, bin schon am Pult. Ich möchte euch recht herzlich begrüßen und bin froh, dass ich doch noch vor der Wahl zu Wort kommen kann, weil ich denke, dass es auch für euch wichtig ist, da ich ja vorgeschlagen bin als stellvertretende Parteivorsitzende zu kandidieren, ein

bisschen einen persönlichen Eindruck von mir zu bekommen. Von der ÖVP und der SPÖ in Graz hören wir immer wieder, dass wir notorische Nein-Sager sind und dass wir keine Verantwortung mittragen wollen. Liegen wir ob solcher Zurufe in unserer politischen Haltung falsch? Natürlich nicht, weil für uns das, was die Menschen wollen, wichtiger ist, als die Anerkennung in herrschenden Kreisen. In der Steiermark haben wir in den letzten Monaten gerade auch aus den Reihen der Partei einige Zurufe gehört, dass wir falsch liegen würden, weil wir unsere Haltungen offen darlegen und auch alternative Kandidatinnen und Kandidaten für zentrale Funktionen

aufgestellt haben. Gen. Höllisch, als unser Organisationssekretär hat nach der Bundesvorstandssitzung angerufen bei mir. Das ist die eine Sache. Ich frage mich aber doch, wie will Gen. Walter Baier mit mir zusammenarbeiten, wenn er mit mir nicht einmal persönlich über meine Kandidatur als stellvertretende Parteivorsitzende gesprochen hat. Das hat mich persönlich nachdenklich gestimmt. Trotzdem meine ich, dass wir alle Fragen ruhig überlegen und immer an die Zukunft unserer Partei denken sollen. Entscheidend ist dabei, dass unsere Mitglieder sicher sein können, dass sie in ihren Haltungen und in ihrer Arbeit als Kommunistinnen und Kommunisten Unterstützung finden. Deshalb denke ich, dass wir bei unserer Führung ein Kollektiv brauchen, das auf die Menschen zugeht und diese Unterstützung allen Genossinnen und Genossen bietet, egal ob diese in Ferlach, Reutte, Leoben oder in Wien sind. Egal, ob das StudentInnen sind, ob die Leute in den Betrieben sind, ob sie in der Friedensbewegung arbeiten oder in der Gemeinde vor Ort. Ein Führungskollektiv, das auf die Menschen zugeht. Nach außen und nach innen. Nach außen ohne Dogmatismus, aber konsequent und unbestechlich im Interesse der arbeitenden Menschen ohne Besserwisserei, aber parteiisch für die arbeitenden Menschen und alle, die in unserem Land bei den herrschenden Parteien schon längst keine Vertretung mehr finden. Nach außen, in dem wir mit unserem Auftreten den Menschen die Hoffnung wieder geben, dass nicht alle Parteien und Parteienvertreter Pharisäer sind, indem sie Wasser predigen und Wein trinken. Nach außen, in dem wir jedem offen gegenüber sind, egal woher er kommt oder wie er oder sie ausschaut. Nach außen, in dem wir KommunistInnen zum anfassen sind und mit den Menschen so zusammen arbeiten, so wie sie sind und nicht so, wie wir sie uns wünschen. Nach außen, auch den Menschen hilfreich zur Seite zu stehen, solange sie selbst nicht in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und zu helfen. Liebe Genossinnen und Genossen, bei all dem, was ich hier jetzt aufgezählt habe, was für unsere Partei nach außen gelten sollte, wünsche ich mir aber auch, dass das für unsere Mitglieder nach innen gelten sollte. Und hier sehe ich doch noch Probleme in unserer Partei. Die Mitglieder brauchen wieder konkrete Unterstützung, vor allem auch wieder einen gemeinsamen inhaltlichen Kompass, der uns zusammen hält. Das ist mit ein Grund, warum ich gemeinsam mit Helmut Langmann, Petra Stöckl und Manfred Eber für eine zentrale Funktion kandidieren möchte. Eines, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir aber dabei alle nicht vergessen, die Entscheidungen, die heute und morgen hier zu treffen sind, liegen in der Hand der Mitglieder unserer Partei. Die KPÖ ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen, die unser gemeinsames Ziel teilen. Keiner und keine, darf sich bei uns als etwas besseres fühlen. Kein Stadtrat, keine Klubobfrau, kein Arbeiterkammerrat, keine Redakteurin oder Redakteur und kein Parteivorsitzender. Wenn ich euer Vertrauen gewinnen sollte bei dieser Wahl, und das ist letztendlich das Entscheidende, möchte ich mit dazu beitragen, dass wir gemeinsam ein kleines Stück des Weges gemeinsam nach vorwärts kommen.

Gen. Graber: *Danke Elke. Gen. Manfred Bauer und nach ihm die Gin. Elke Renner.*

Gen. Bauer: Genossinnen und Genossen. Ich möchte mich kurz vorstellen, mein Name Manfred Bauer, bin Mitglied der Redaktion der "Volksstimme", zu der es auf diesem Parteitag einige Anträge gibt. Die Anträge verordnen der "Volksstimme" einerseits ein Fortsetzungspotential unter der Bedingung, dass die "Volksstimme"

reformiert oder die Reform fortgesetzt wird. Andererseits wird harsch Kritik, wie z.B. von meinem Vorredner an der "Volksstimme" geäußert. Ich kann nur versichern, dass wir uns als Redaktion der „Volksstimme“ als links begreifen, als marxistisch und als kommunistisch und wir sind uns dessen bewusst, dass die KPÖ nicht nur Herausgeber der "Volksstimme" ist, sondern auch Finanzier. Wir nehmen die formale und inhaltliche Kritik, wie sie in den Anträgen formuliert werden, natürlich sehr ernst. Einige Kritikpunkte oder Stellungnahmen sehen wir wahrscheinlich nicht so, z.B. die Reduktion der Mittel, die da und dort in einem Antrag gefordert wird. Darin sehen wir keine Perspektive, weil wir schon heute mit der relativ geringen finanziellen Dotation zu kämpfen haben. Wenn man sich entscheidet, eine Zeitung zu machen, dann kann man nicht gleichzeitig sagen, kosten darf sie aber nichts. Ich sehe allerdings noch andere Perspektiven für die "Volksstimme" und die KPÖ, die ich kurz skizzieren möchte. Als im Vorjahr die Postbus AG an die ÖBB verkauft wurde, war es die "Volksstimme", die gemeinsam mit der Postbusgewerkschaft gegen die drohende Zerschlagung mobilisierte. Wir haben mit unserem Projekt große Akzeptanz in der Postbusgewerkschaft erreicht. Angenehmer Begleiteffekt war, dass etwa 20 bis 30 Betriebsräte ein „Volksstimme“-Abonnement genommen haben mit der Konsequenz, dass wir dort unsere linken Positionen gegen den sozialdemokratischen Reformismus verbreiten können. Eine ähnliche Situation, ein zweites Beispiel gibt die Fa. Semperit ab. Dort haben wir ähnlich gute und hohe Akzeptanz wie bei der Chemiearbeitergewerkschaft. Und als drittes Beispiel möchte ich die jüngsten ÖGB-Streikaktionen nennen. Während der überwiegende Teil der bürgerlichen Medien den Streik und die Streikenden in scharfmacherischer Weise deformiert haben, mobilisierte die Allianz von KPÖ, GLB und "Volksstimme" für die Bewegung gegen Pensionsraub, Sozialdemontage und Demokratieabbau. Es ist uns als "Volksstimme" - herausgegeben von der KPÖ – gelungen, eine produktive Allianz mit dem kämpferischen Teil des ÖGB herzustellen, der mit unseren Positionen weit mehr anfangen kann, als mit dem sozialpartnerschaftlichen Geschwätz der ÖGB-Führung. Schlussfolgerung aus meiner Sicht. Die "Volksstimme" hat sich als linkes Organ gegen die neoliberale Offensive durchaus bewährt und behauptet. Sie wird in weiten Teilen und weiten Bereichen der Gewerkschaft gelesen, verstanden und akzeptiert und hat daher auch und gerade - aus meiner Sicht - für die KPÖ einen Nutzen. Ich würde mir wünschen, dass wir diese Akzeptanz demnächst auch in den eigenen Reihen erreichen. Ich ersuche, diese Perspektiven, die ein solides Fundament für die Weiterentwicklung der "Volksstimme" darstellen, bei der Abstimmung zu berücksichtigen und die Chance, die in der "Volksstimme" schon heute liegt, wahrzunehmen. Danke.

Gen. Graber: *Danke Gen. Bauer. Am Wort ist die Gin. Elke Renner, nach ihr Gen. Zach.*

Gen. Renner: Genossinnen und Genossen. Ich habe mich heute Vormittag schon zu Wort gemeldet und komme Gott sei Dank noch dran. Ich bin von der Bezirksorganisation 17/18/19 vorgeschlagen für den Bundesvorstand und wurde dann mit einer sehr kurzen Bemerkung, meine Pensionierung betreffend und dass ich in der Friedensbewegung tätig bin, schriftlich vorgestellt. Das ist schon revidiert worden. Es sind andere Kriterien jetzt noch dazugegeben worden. Ich habe das nicht getan, ich habe mich nicht gerührt aus persönlicher verletzter Eitelkeit, sondern weil ich damit auch sehe, dass bestimmte

Arbeiten, die man leistet, zu wenig gewürdigt werden. Das war die Personalvertretung, das ist aber auch eine dezidierte Friedensarbeit, nicht irgendwie in der Friedensbewegung. Ich sehe auch meine schulpolitischen Positionen ignoriert. Ich bin seit ca. 25 Jahren bei den HerausgeberInnen der pädagogischen Zeitschrift "Schulheft", eine wirklich linke schulpolitische Zeitschrift. Wir sind nie in der "Volksstimme" zitiert worden. Wir haben volle Anerkennung. Es ist eine ausgesprochen gute Zeitschrift. Die KPÖ hat dieses Abo dieser Zeitschrift gekündigt. Das sind keine Kleinigkeiten, ich sage es noch einmal. Es gibt eine gewisse Arroganz und Ignoranz im Umgang mit Leuten, die voll berufstätig sich in schulpolitischen Fragen im Sinne der KPÖ beteiligt haben usw. Ich möchte das jetzt noch ausdrücklicher sagen, dass ich auf Grund meiner Unzufriedenheit keinen Hehl daraus, dass ich unter einer veränderten Parteiführung mit Vergnügen in den Bundesvorstand gehen würde. Unter einem Führungskollektiv, wie es die Elke Kahr gesagt hat. Ich glaube aber, dass auch unter gegebenen Konstellationen die Diskussion unbedingt verbessert werden muss. Ausgrenzungen in der KPÖ nach der Methode „haltet den Dieb“ können auf die Dauer die fehlende Arbeit und die fehlende Effizienz nicht verdecken. Ich danke.

Gen. Mikesch: *Der Gen. Zach und als Nächste die Lisbeth Zeiler aus Graz.*

Gen. Zach: Genossinnen und Genossen, ich versuche jetzt seit mehreren Jahren die Arbeit, die von der Partei geleistet wird, der Presse darzulegen. Die News, die wir bieten können, und die Inhalte dieser Presse berichtenswert erscheinen zu lassen. Manchmal auch das nicht, weil manchmal trifft man die politische Entscheidung, dass man gewisses doch gar nicht in der Presse haben will, habe ich heute schon angeschnitten. Ich glaube, ich brauche euch nicht darüber belehren, wie kompliziert die Situation für uns als Partei ist, die wir nicht im Parlament vertreten sind. Ich glaube, ich brauche euch nicht zu erklären, wie es in der österreichischen Medienlandschaft sowohl am Zeitungssektor, wie auch im schwarz/blau umgefärbten ORF ausschaut. Grob und kurz kann man sagen, je brisanter ein Thema innenpolitisch ist, umso schwieriger ist es für uns, uns Gehör zu verschaffen. Bestes Beispiel zuletzt: Fragen der Pensionsreform und des Sozialabbaus und unsere Positionen dazu, die ignoriert worden sind. Nichts desto trotz, würde ich voll und ganz dem Gen. Eber zustimmen, der heute erklärt hat, wir dürfen die bürgerlichen Medien trotzdem nicht ignorieren, wir müssen versuchen, dort zu Wort zu kommen. Ich glaube, da sind wir uns auch im alten Bundesvorstand wohl alle einig gewesen. Ich glaube, dass es uns in den letzten Jahren gelungen ist, ein kleines Stück weiter zu kommen, Erfolge zu erzielen. Als Schlagwort möchte ich hier nur die Aktivitäten der KPÖ und im Besonderen der Salzburger KPÖ, aber auch die Zusammenarbeit mit der Bundes-KPÖ im Zusammenhang mit WEF-Tagungen in Salzburg hinweisen und auch, wie es uns auch sehr gut gelungen ist, in der Öffentlichkeit darzulegen, welche wichtige Rolle die KPÖ im Zusammenhang mit diesen Protesten spielt. Details zu meiner Arbeit zum "Argument" etc., möchte ich und muss ich in der kurzen Zeit ersparen, ist auch vieles im Rechenschaftsbericht nachzulesen. Ein Punkt, den ich noch anschnitten will, ist die Frage des Internets der KPÖ-Bundeswebsite. Es wären auch zu erwähnen die ganzen Landeswebsites, die alle toll und gut sind, aber was die Bundeswebsite betrifft. Gen. Eber hat heute gemeint, dass die Website aktueller sein sollte, könnte. Ich, Gen. Eber muss dir sagen, kann es nicht nachvollziehen. Im Wahlkampf wurde die Site zwei- bis dreimal

täglich upgedated. Auch jetzt ist es eigentlich so, dass sie eigentlich upgedatet wird, neue Informationen im Eingangsbereich drauf kommen. Ich glaube auch, dass das die User- und Userinnen auch so sehen. Zwei Zahlen

noch, im Jahr 2000 waren die monatlichen Zugriffszahlen bei 100000, bei 300000 sind sie jetzt. Das ist eine Verdreifachung gegenüber dem Jahr 2000 und ich glaube, das zeigt, dass die UserInnen der KPÖ-Website im Großen und Ganzen an dieser ihre Freude haben.

Gen. Graber: *Nach ihm kommt die Gin. Zeiler aus Graz und nach ihr Genosse Manfred Mugrauer.*

Gin. Zeiler: Liebe Genossinnen und Genossen. Mein Name Lisbeth Zeiler. Ich bin Gemeinderätin in Graz. In jener Stadt also, deren KommunistInnen in der „Volksstimme“ regelmäßig diffamiert werden. Mit polemischen Beleidigungen, die an der Grenze zur Unverständlichkeit sind und Unterstellungen, die inhaltlich einer Basis in Wirklichkeit entbehren. Ich bin es leid, mir das anhören zu müssen. Noch mehr bin ich es leid, mir unterstellen lassen zu müssen, dass die Kritiker und Kritikerinnen an der Parteiführung diejenigen sind, die durch Beschimpfungen und Unterstellungen die Partei zu entzweien versuchen. Das ist eine glatte Umkehrung, aber ich habe in den letzten Jahren auch gelernt, dass diese Art von Umkehrung ein Hauptmittel der jetzigen Parteiführung ist um ihre Kritiker und Kritikerinnen vor der Parteiöffentlichkeit zu diffamieren. Deshalb bin ich enttäuscht. Auch enttäuscht darüber, dass unser Parteiorgan die „Volksstimme“ dazu missbraucht wird, innerparteiliche Konflikte in der Öffentlichkeit breitzutreten, anstatt sich den sozialpolitischen Themen zu widmen, die nicht nur unser Leben bestimmen, sondern auch das ist, was die Menschen von uns erwarten. Das wir nicht so wie andere Parteien nur diskutieren und reden und einander Gemeinheiten über die Presse ausrichten lassen, sondern konkret etwas für die Menschen tun. Daher bitte ich euch heute den Alternativvorschlag der Landesmitgliederversammlung der Steiermark für zentrale Funktionen der Parteiführung zu unterstützen. Plumpen Beleidigungen keinen Glauben zu schenken, sondern mit uns zusammen zu arbeiten und euch selbst ein Bild zu machen. Auch auf die Gefahr hin im leider jetzt üblichen „Volksstimme“-Stil als Gutmensch abgetan zu werden, Manfred Eber, Elke Kahr, Helmut Langmann, Petra Stöckl und Franz Parteder sind abseits ihrer langjährigen politischen Erfahrungen auch sehr liebe Menschen.

Gen. Graber: *Ich höre jetzt, dass die Stimmzettel fertig sind. Jetzt zum Wahlvorgang. Findet draußen und im 1. Stock statt. Und zwar die Buchstaben A bis H sind unten. Die Buchstaben I bis Z sind oben.*

Zweitens, ich ersuche, dass die GenossInnen der Antragskommission die Möglichkeit haben, zu erst ihre Stimme abzugeben, weil sie jetzt im Anschluss noch eine schwierige Nachtsitzung haben. Vor allem bitte, das nehmt bitte sehr ernst, und ich ersuche um entsprechende Rücksichtnahme, dass wir den älteren GenossInnen die Möglichkeit geben, zu Beginn zu wählen, nachdem die GenossInnen der Antragskommission die Stimme abgegeben haben, denn gerade für unsere Ältesten hier ist es sehr schwierig gewesen, den ganzen Tag zu verfolgen. Ich ersuche um entsprechende Rücksichtnahme, dass die älteren Genossen vorher wählen können. Zum Schluss noch ein Wort von der Waltraud Stiefsohn zum Gesundheitszustand

vom Gen. Groß, was euch alle sicher auch interessiert.

Gen. Stiefsohn: Genossinnen und Genossen. Ich mache es ganz kurz, aber ich bin schon öfters gefragt worden. Der Manfred hat angerufen, er lässt euch alle recht herzlich grüßen. Er hat in den letzten Wochen sehr große Fortschritte in seinem

Genesungsprozess gemacht. Er hat wieder gelernt zu gehen, kann auch schon Stiegen steigen. Seine Sprache hat er nicht verloren. Er redet irrsinnig viel. Voraussichtlich wird er am Mittwoch operiert. Es ist eine kleinere Operation und danach hat er vor, auf Rehabilitation zu gehen. Und was für ihn ganz wichtig ist und

Gen. Graber: *Danke für die Information. Wir wünschen natürlich auch von dieser 2. Sitzung des Parteitages dem Manfred weitere rasche Fortschritte und dass er sobald wie möglich wieder am Parteileben und natürlich am gewerkschaftlichen Leben teilnehmen kann. Ich mache auch noch aufmerksam und erinnere, dass morgen um 9 Uhr die Sitzung fortgesetzt wird. Jetzt findet die Wahl statt und die Genossinnen und Genossen, die dann den Zählvorgang durchführen müssen, werden sicher heute auch noch lange brauchen und wir wünschen ihnen auch viel Glück bei dieser Arbeit. Wir werden morgen in der Früh das Ergebnis erfahren. Danke für die Diskussion und damit ist unsere Plenardebatte für heute beendet.*

15. Wahlergebnis

16. Rede Gen. Walter Baier

Liebe GenossInnen. Es ist uns glaube ich allen bewusst, dass das keine selbstverständliche Wahl ist und dass das Ergebnis dieser Wahl unsere Partei vor eine außerordentliche Situation stellt. Ein bisschen Phantasie haben wir investiert und haben vor wenigen Minuten eine konstituierende Sitzung des neu gewählten Bundesvorstandes durchgeführt. Ein Bundesvorstand, der nur aus 7 Personen besteht, von dem 5 Personen handlungsfähig sind, das ist natürlich eine ungewöhnliche und überhaupt nicht selbstverständliche Sache. Ihr könnt euch wahrscheinlich vorstellen, dass mir viele Dinge dazu politisch durch den Kopf gehen und politisch einfallen. Ich würde jetzt auch gerne eine sehr leidenschaftliche und politische aber dann in ihrer Wirkung zuspitzende Rede halten, wenn ich nicht den Eindruck hätte, dass jetzt eine solche Rede für die weitere Arbeit unserer Partei nicht zweckmäßig wäre. Ich habe mich daher gegenüber den GenossInnen des neu gewählten Bundesvorstandes dazu verpflichtet, indifferent und neutral sozusagen, geschäftsmäßig die Vorschläge zu referieren, die wir für die weitere Arbeit entwickelt haben.

- 1) Der neu gewählte Bundesvorstand ist rechtsgültig und korrekt zu Stande gekommen und die GenossInnen übernehmen diese Aufgabe.
- 2) So rechtsgültig das zu Stande kommen dieses Bundesvorstandes ist, so wenig kann man davon ausgehen, dass der Bundesvorstand für die gesamte vor uns liegende Periode seiner Verantwortung gerecht werden könnte. Daher ist der Vorschlag, den ich hier unterbreiten möchte, dass wir uns darauf verständigen und darauf einigen, in einigen Monaten, im Herbst oder Spätherbst, einen außerordentlichen Parteitag durchzuführen.
- 3) Wir glauben, dass das Ergebnis dieser Parteitagssitzung einer eingehenderen Diskussion auch auf der Ebene der Landesorganisationen bedarf. Daher ist der Vorschlag, dass von der jetzigen Plenardiskussion weg sich die Landesorganisationen, die Landesdelegationen zu Länderberatungen treffen und ihre Meinungen zur jetzt in der Partei bestehenden Situation zusammenfasst.
- 4) Wir können und sollen den Parteitag nicht so fortsetzen wie das ursprünglich geplant gewesen ist. Das heißt, wir schlagen vor, dass der Parteitag heute um 12 Uhr oder 12.30 beendet wird. Das heißt, die dem Parteitag vorliegenden Anträge heute nicht mehr behandelt werden, sondern dem neu gewählten siebenköpfigen Bundesvorstand überwiesen werden und so weit sie vom Bundesvorstand nicht bearbeitet werden können dem außerordentlichen Parteitag zur Entscheidung

vorgelegt werden.

5) Um rechtlich handlungsfähig zu werden war erforderlich, eine weitere Teilkonstituierung vorzunehmen. Ihr erinnert euch daran, dass wir uns gestern darauf geeinigt haben, dass nur diejenigen statutarisch vorgesehenen Funktionen direkt gewählt werden sollten, zu denen es KandidatInnen und GegenkandidatInnen gab. Das traf auf den Finanzreferenten nicht zu. Daher hat die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes mit 4 Stimmen bei einer Enthaltung durch die Gin. Stöckl, den Gen. Graber zum alten, neuen Finanzreferenten gewählt. Wir sind dadurch auch in dieser Hinsicht handlungsfähig.

6) Was die Schiedskommission und die Kontrolle betrifft, so regelt das Statut die Prozedur eindeutig. Wenn keine, durch den heutigen Parteitag bevollmächtigte Gremien zu Stande kommen, so sind die vom letzten Parteitag gewählten Gremien, in diesem Falle die Kontrolle und die Schiedskommission, weiter handlungsfähig und in ihrer Verantwortung. Das heißt, wir sind auch in der Lage diese Funktionen in rechtsgültiger und korrekter Weise durchzuführen.

Liebe GenossInnen. Es ist jetzt schwer, eine richtige sprachliche Formulierung zu finden. Die neu gewählten Mitglieder des Bundesvorstandes möchten sich bei allen GenossInnen, die ihnen das Vertrauen geschenkt haben, bedanken. Man kann wahrscheinlich davon ausgehen, dass das alle GenossInnen sind, nur eben in unterschiedlicher Zusammensetzung. Ich möchte aber sagen, dass was jetzt vor uns steht, ist kein leichter Weg, es ist kein Honiglecken. Die politischen Meinungsunterschiede, die auf diesem Parteitag manifest geworden sind, bestehen. Und sie müssen und sie werden ausgetragen werden. Und der neu gewählte und sich konstituiert habende Bundesvorstand wird vor allem dafür Sorge zu tragen haben, dass der bevorstehende außerordentliche Parteitag einen vernünftigen und korrekten Rahmen für ihre Austragung ermöglicht. Um das sicher zu stellen, ist der letzte Vorschlag den ich unterbreiten möchte der, dass für die Vorbereitung des Parteitages die gewählten Mitglieder des Bundesvorstandes durch jeweils einen Vertreter und eine Vertreterin der Landesorganisationen erweitert eine Arbeitsgruppe bilden, die die Vorbereitungsarbeiten des außerordentlichen, des 33. Parteitages unserer Partei organisiert.

Ich glaube, GenossInnen, dass wir zumindest in dieser Art eine korrekte Beendigung des Parteitages, eine Überleitung unserer Debatten in die Vorbereitung des nächsten Parteitages sicherstellen können. Ich ersuche euch alle um eure Mitarbeit, ich ersuche euch alle um die Hilfe, dass wir diese schwierige Situation, die vor unserer Partei steht, auch bewältigen können. Ich danke noch einmal für das in der Wahl zum Ausdruck kommende Vertrauen, zumindest in dieses kleine Kollektiv von GenossInnen.

17. Diskussion und Beschlüsse nach der Rede des Gen. Walter Baier

Gen. Ambrosch: *Ich habe auch jetzt erst von diesen Vorschlägen des Bundesvorstandes vernommen. Wenn ich richtig zugehört habe, ist der Vorschlag, dass es jetzt Länderversammlungen gibt zu den Vorschlägen, die Walter jetzt dem Parteitag unterbreitet hat. Vor allen Dingen auch in Richtung eines außerordentlichen Parteitages im Herbst. Gibt es dazu Wortmeldungen?*

Gen. Bruckner: Liebe GenossInnen. Ich begrüße im Großen und Ganzen die Vorschläge, die Gen. Baier da gemacht hat, möchte allerdings nur einen Änderungsantrag zur Vorgangsweise stellen. Nur eine Bemerkung zur Begründung. Ich denke, das Bild, dass mit dem Wahlergebnis zum Ausdruck kommt, ist das Bild einer in sich zerrissenen Partei. Wir werden auf dem außerordentlichen Parteitag auch darüber sprechen müssen, wer dafür verantwortlich ist. Liebe GenossInnen, ich denke, wir sollten uns jetzt nicht sofort in Länderversammlungen zurückziehen, sondern über die Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis noch eine Plenardebatte hier im Saal, ich würde sagen von einer Stunde, durchführen und anschließend in die Länderversammlungen gehen. Das ist ein Antrag.

Gen. Parteder: *Spricht jemand gegen diesen Antrag?*

Gen. Graber: GenossInnen. Der Vorschlag, jetzt in Länderkonferenzen zu tagen und einen ersten Meinungsaustausch über die entstandene Lage durchzuführen, resultiert auch daraus, dass wir, und ich hoffe hier auf die kollektive Vernunft des Parteitages, wir nicht eine durch sehr viele Emotionen geprägte Debatte beginnen, sondern dass wir zuerst versuchen, ein Meinungsbild in den Landesberatungen zu entwickeln. Anschließend nach einer solchen Länderberatung, die könnten wir zeitlich limitieren, zuerst das Meinungsbild der einzelnen Landesorganisationen zu präsentieren. Dann auch eine Plenardebatte durchzuführen, und dann erst den Parteitag mit dem entsprechendem Auftrag zu beenden. Mein Vorschlag geht dahin, die Frage der Plenardebatte auch hier zu führen, aber die Reihenfolge umzukehren. Otto nickt mit dem Kopf. Also, es ist auch hier Einverständnis, dass wir so vorgehen können.

Gen. Parteder: *Spricht jemand für diesen Antrag?*

Gen. Mikosch: GenossInnen. Es ist überhaupt nicht gewährleistet, dass in den Länderberatungen weniger Emotion ist. Wieso soll das sein. Ich glaube, es ist durchaus zweckmäßig, gerade in dieser außergewöhnlichen Situation eine befristete Diskussion im Plenum durchzuführen, weil es durchaus unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen gibt, wie nämlich auch statutarisch vorgegangen werden kann in der gegenwärtigen Situation. Nur das eine Beispiel, dass was Walter Baier gesagt hat, dass die Fortschreibung der Schieds- und der Kontrollkommission eindeutig statutarisch geregelt ist, das ist nicht der Fall. Das steht nicht im Statut. Genau das könnten wir zuerst einmal ruhig und besonnen, aber eben konstruktiv, auch im Plenum diskutieren. Genau in diese Richtung zielt der Antrag des Gen. Bruckner. Ich befürworte die Zustimmung des Antrages.

Gen. Parteder: *Wir müssen jetzt über den Antrag des Gen. Bruckner abstimmen? Hast du ihn zurückgezogen. Gen. Bruckner hat den Antrag zurückgezogen. Jetzt glaube ich,*

wenn es keine weiteren Anträge gibt, müssen wir formal darüber abstimmen, dass wir uns bis 11.15 Uhr in Länderberatungen versammeln. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte.

Mit Mehrheit angenommen.

Bericht Schiedskommission (Gen. Sellner):

Liebe GenossInnen. Ich spreche hier als Vorsitzender der Schiedskommission, der am 31. Parteitag gewählt wurde. Die nicht entlastet wurde durch die Wahl einer neuen Schiedskommission. Ihr wisst, und das ist schon vom Podium erklärt worden, wie wichtig für die vereinsrechtliche Konstituierung dieses Parteitages die Besetzung aller vereinsrechtlich vorgeschriebenen Positionen ist und zu denen gehört, nachdem wir jetzt einen Bundesvorstand samt Finanzverantwortlichen und eine gewählte Kontrollfunktion haben, auch die Funktion der Schiedskommission. Ihr habt die Auskunft gehört, dass im Statut nichts dagegen spricht. Um es genau zu sagen, die Schiedskommission weiter arbeiten zu lassen, nachdem eine Neuwahl nicht erfolgt ist. Es gibt nicht die Möglichkeit, jetzt mit neuen KandidatInnen eine neue Schiedskommission zu wählen, nachdem der Wahlakt gestern mit großer Mehrheit entschieden hat und mit großer Beteiligung und die selben Personen zum Teil nicht mehr verfügbar sind als Wähler, weil auf der Tagesordnung kein Punkt von Wahlen mehr vorhanden ist. Ich habe mit den GenossInnen der Schiedskommission, soweit ich sie erwischt habe, gesprochen. Wir wären alle bereit, in der schwierigen Situation unser Mandat, das wir vom 31. Parteitag bekommen haben, weiter wahrzunehmen. Allerdings halten wir es für unsere Arbeit und für mögliche Schwierigkeiten und Aufgabenstellungen, die auf uns zu kommen, für notwendig, dass ihr als 32. Parteitag der Schiedskommission, die am 31. Parteitag gewählt wurde, auch das Vertrauen ausspricht. Es hat keinen Sinn, eine Schiedskommission zu haben, der man dann vorwerfen kann, sie hat mit diesem 32. Parteitag eigentlich nichts zu tun. Sie hat keine Legitimation, eigentlich wollte man alles ganz anders. Noch einmal das

Ersuchen der Schiedskommission, in deren Namen ich hier spreche, dass ihr per Abstimmung eure Zustimmung zur Weiterarbeit gebt. Das ist keine Wahl, da geht es einfach um einen Nachweis von Vertrauen. Nicht einmal um Legitimität, die ist gegeben. Ich ersuche euch noch einmal und bitte den Vorsitz, diesen Wunsch der Schiedskommission umzusetzen. Ich werde nachher an die Mitglieder noch etwas zur weiteren Arbeit sagen.

Gen. Baier: *Ich glaube, jetzt muss etwas geschehen. Der Gen. Sellner schlägt vor, dass wir als Willenserklärung das Vertrauen in die Schiedskommission des 32. Parteitages dahingehend ausdrücken, dass sie bis zum außerordentlichen Parteitag diese Aufgabe weiterhin erfüllen soll. Wenn es keine Gegenmeinung zu diesem Vorschlag gibt, dann können wir ihn abstimmen und ich ersuche die GenossInnen, die das ausdrücken wollen, es mit der Delegiertenkarte zu tun. Danke GenossInnen. Gibt es Gegenstimmen? Es ist nur drei.*

Damit ist das Vertrauen ausgesprochen.

Gen. Sellner: GenossInnen, ich danke euch für dieses Votum und ersuche dann die GenossInnen der Schiedskommission, wenn wir hier den Parteitag, ich nehme an mit der Internationale gemeinsam beenden werden, dass wir uns kurz drüben wieder treffen und

nicht konstituieren, aber die weitere Vorgangsweise kurz besprechen wie es weiter geht.

Eine Bitte hätte ich noch, jetzt persönlich, nicht als Schiedskommission, damit ich dann nicht wieder heraufgehen muss. Zwei große Bitten an GenossInnen, die ich in der Parteiarbeit und in der Außenwirkung als sehr wichtig erlebt habe und nicht nur ich. Das Eine wäre: Dass in den vielen Frauenzusammenhängen, in denen die Gin. Ambrosch tätig, dass sie weiter tätig ist. Das ist ähnlich, wie es der Kurto Wendt gesagt hat, nicht abhängig von einem Mandat oder von einem Titel alleine. Ich glaube, der Schaden, der da entstehen würde, wenn diese Arbeit nicht weiter geführt wird, wäre gerade angesichts unseres Frauenprogramms bedauerlich. Ich glaube, es wird auch keine Schwierigkeit sein, mit der neuen Frauenvorsitzenden abzustimmen. Die zweite Bitte geht an die Arbeitskraft des Gen. Höllisch, ohne den Parteitagsvorbereitungen und ähnliches und knifflige Statutenabstimmungen kaum für mich erlebbar wären. Ich würde da heroben mit den Zetteln stehen - und viele andere auch - und die am liebsten dann in den Saal werfen, weil das kaum mehr im Kopf zusammengeht, was hier abzustimmen und aufeinander zu beziehen ist. Ich würde auch ihn bitten, dass er seine Arbeitskraft als Genosse weiterhin zur Verfügung stellt. Ich möchte mich bei beiden für ihre Arbeit hier bedanken.

18. Berichte aus den Länderberatungen

Gen. Hobek: *Wir fahren fort mit den Berichten aus den Ländern und ersuche den Vertreter oder die Vertreterin der Wr. Organisation.*

Bericht der Länderberatung Wien

Gen. Baier: Es ist nicht so, dass ich der Alleinunterhalter bin, aber ich habe übernommen, die Länderversammlung in Wien zusammen zu fassen. Die Diskussion war klarer Weise kontroversiell. Sie war phasenweise emotionell. Das ist gut und entspricht auch den Stimmungen und Meinungen der GenossInnen. Das wichtigste Ergebnis der Wiener Delegiertenbesprechung ist, dass die Wiener Delegierten den Vorschlag des Bundesvorstandes unterstützen, im Herbst oder im Winter, also zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt, einen außerordentlichen Parteitag durchzuführen. In dem Zusammenhang besteht auch das Vertrauen in den gewählten Bundesvorstand, eine Struktur und eine Arbeitsweise zu finden, die eine demokratische und ordentliche Vorbereitung dieses Parteitages ermöglicht. Die Genossin Hirsch hat Recht, zu einem möglichst bald politisch vertretbaren Zeitpunkt. Wir haben nicht die Jahreszeit festgelegt.

Gen. Hobek: *Den Vertreter der niederösterreichischen Organisation.*

Bericht der Länderberatung Niederösterreich

Gen. Stöckl: Kurzfassung. Unsere Länderversammlung hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, wie vorgeschlagen einen außerordentlichen Parteitag im Herbst einzuberufen. Wir schlagen einstimmig in die Arbeitsgruppe, die dafür gebildet

werden soll, aus unserer Landesorganisation Gin. Barbara Kundi vor.

Gen. Hobek: *Den Vertreter der burgenländischen Organisation. Aus Oberösterreich bitte.*

Bericht der Länderberatung Oberösterreich

Gen. Mikesch: Liebe GenossInnen. Ihr könnt euch ja vorstellen, dass wir Oberöreicher mit diesem außerordentlichen Parteitag im Herbst wenig Freude haben. Es wird in unserer Partei immer davon gesprochen, von Schwerpunktarbeit, von Orientierung auf die wesentlichen Fragen unserer Partei. Wir haben Landtags- und Gemeinderatswahlen im Herbst und die oberösterreichische Organisation wird keinem Termin zustimmen, der vor diesem Wahltermin stattfindet. Wir haben uns - und ich möchte die Emotionen heraushalten - kurz in der Einschätzung dahin bewegt, dass wir gesagt haben: Inhaltlich wird über eine längere Zeit kaum ein Konsens möglich sein. Wir werden mit diesen inhaltlichen Widersprüchen leben müssen. Hier geht es, unserer Einschätzung nach, nicht um zwei Fraktionen, sondern es geht um mehrere Strömungen in der Partei und wir müssen uns überlegen, in wie weit wir diese unterschiedlichen Strömungen strukturell einbinden können. Das heißt, produktiv einbinden können und manche Dinge, die strittig sind, einfach offen lassen, aber gemeinsam die tagespolitischen Fragen konsequent anzugehen und umzusetzen. Sonst werden wir scheitern. Ich meine auch, dass dieser außerordentliche Parteitag - und das ist auch in unserer Länderversammlung zum Ausdruck gekommen - dass der außerordentliche Parteitag nicht in der üblichen Struktur vorbereitet werden sollte. Wir sind bei der Vorbereitung dieses Parteitages gescheitert und ich meine, dass es nicht viel Sinn macht, den bestehenden gewählten Bundesvorstand in seiner Kleinheit jetzt

anzureichern mit dem einen oder anderen Ländervertreter. Ich finde, wir sollten uns Zeit geben, zu überlegen, in welcher Struktur wir diesen außerordentlichen Parteitag vorbereiten können. So wie es war, kann es nicht sein. Eine persönliche Meinung noch: Ich glaube auch, dass diese Form des Mitgliederparteitages, in dem wir jetzt getagt haben, wahrscheinlich nicht mehr die Variante sein kann für diesen außerordentlichen Parteitag.

Bericht der Länderberatung Steiermark

Gin. Pacher: Zu Beginn unserer Länderberatung haben wir - genau so wie der Gen. Baier - eingeschätzt, dass diese Wahl rechtmäßig war und einen rechtsgültigen Bundesvorstand gewählt hat. Ansonsten gab es weitere Übereinstimmungen mit dem Gen. Baier. Wir haben auch so eingeschätzt, dass es nicht sehr wahrscheinlich sein wird, dass dieser Bundesvorstand die gesamte Periode praktisch tätig sein wird. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass die Wahl - die Neuwahl - nicht im Herbst stattfinden sollte. Jetzt kommt die Sommerpause und mit Rücksicht auf die Wahlen in Oberösterreich, also würden wir einen Termin frühestens im nächsten Jahr vorschlagen. Wir sind auch der Meinung, dass die Arbeitserfahrung des Bundesvorstandes, die er ja bis dorthin gemacht hat, dass die auch berücksichtigt werden soll. Der Bundesvorstand soll sich dann selbst einen Termin wählen, weil er dann auch Erfahrungen hat, wie er die Arbeit bewältigen oder nicht bewältigen kann. Auf dieser Grundlage der Erfahrungen soll der Bundesvorstand einen neuen Termin

vorschlagen. Wir sind der Meinung, dass trotzdem, dass der Bundesvorstand ein kleines Gremium ist, dennoch jetzt arbeitsfähig sein kann. Zum Einen ist die Programmdiskussion, da gibt es ja die Beschlüsse teils des ersten Parteitags, die sind nach wie vor gültig. Die Programmkommission kann durchaus zu arbeiten beginnen. Dann sind wir der Meinung, dass verschiedene Tätigkeiten einfach durch Bildung von Referaten einfach aus dem Bundesvorstand ausgelagert werden können, die dem Bundesvorstand zuarbeiten und dann im Bundesvorstand kooptiert sind, ohne selbst im Bundesvorstand ein Stimmrecht zu haben. Dann, wenn man Erfahrung sammelt, wie sich das bewährt, soll man entscheiden, wann der neue Parteitag sein soll. Dann sind wir auch der Meinung, dass die Anträge heute nicht beschlossen werden sollen, weil das eine Überforderung des Parteitags ist. Wir haben auch diskutiert, dass der nächste Parteitag nicht in Wien und ich denke auch nicht in der Steiermark, das können wir glaube ich auch ausschließen, sein soll. Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass wir der Meinung sind, dass die Medien der Partei, insbesondere die „Volksstimme“, dazu verpflichtet werden sollen, eine ausgewogene Berichterstattung über den Parteitag zu bringen, ohne dass es persönliche Anwürfe oder Schuldzuweisungen geben wird.

Bericht der Tiroler Landesversammlung

Die Tiroler Landesorganisation hat sich in kollegialer Weise ohne Kontroversen dafür ausgesprochen, einen außerordentlichen Parteitag in angemessenem Abstand auch zur Tiroler Landtagswahl, wir haben bekanntlich am 28. September auch Landtagswahlen und zur Gemeinderatswahl im Frühjahr 2004 in Tirol, durchzuführen. In unserer Landesversammlung werden wir den oder die Delegierte zur Parteitagsvorbereitungskommission beschließen. Es ist weiter unsere Meinung, dass es notwendig ist, dass dieser Parteitag das Memorandum zur Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme beschließen soll und keine weiteren Anträge auf diesem Parteitag beschlossen werden sollen. Weitere Anträge sollen an den neu gewählten

Bundesvorstand zugewiesen werden. Dieser Antrag ist mit 4 Pro-, einer Gegenstimme und 3 Enthaltungsstimmen angenommen worden. Des Weiteren hat die Tiroler Landesorganisation einstimmig den Wunsch geäußert, dass die Berichterstattung der parteiinternen Auseinandersetzung möglichst im Argument zu führen ist. Artikel über die parteiinternen Auseinandersetzungen, die für die „Volksstimme“ gedacht sind, soll der Herausgeber der „Volksstimme“ im Bundesvorstand besprechen. Wir wünschen uns aber die im Argument gebrachte Berichterstattung in ausgewogener Art und Weise.

Gen. Hobek: Als Nächster der Genosse aus Kärnten, in Vorbereitung Salzburg

Bericht der Kärntner Länderberatung

Gen. Frank: Ich darf euch über die Ergebnisse der Landeskonferenz Kärnten berichten. Wir haben das kurz in einigen Punkten zusammengefasst. Wir lehnen den Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Parteitags mehrheitlich ab. Wir haben einen rechtmäßig abgelaufenen Parteitag hinter uns. Wir haben einen rechtmäßig gewählten Bundesvorstand, hinter dem wir voll stehen und den wir auffordern, seine Arbeit so früh wie möglich zu beginnen. Als zweites Argument eben die Landtagswahlen in Tirol, als auch Oberösterreich und potentiell die Landtagswahlen

in Kärnten. Zusätzlich fordern wir dazu auf, dass alle Landesorganisationen daran konstruktiv mitwirken, eine Wahlordnung zu entwickeln die eine Chaotisierung, wie auf diesem Parteitag verhindert. Zweitens eine Wahlordnung, die auch wirklich sicher stellt, dass wir es schaffen, eine 50%ige Vertretung von Frauen in unseren zentralen Gremien zu gewährleisten. Das ist ein Armutszeugnis für eine kommunistische Partei, wenn das nicht funktioniert. Ergänzend würden wir vorschlagen, dass in Abwandlung des Vorschlages zur Vorbereitungskommission des nächsten Parteitages in Zukunft je ein Delegierter einer Landesorganisation beratend an den Sitzungen des Bundesvorstands regelmäßig teilnimmt. Das würde auch dem Antrag aus Salzburg, den ursprünglichen, entsprechen. Wie auch die meisten Vorredner finden wir es nicht sinnvoll, dass wir heute noch Anträge abstimmen. Weiters wollten wir noch ursprünglich festhalten, dass die Frage, ob die Schiedskommission und Kontrolle rechtmäßig weiter besteht, noch zu klären ist. Aber ich glaube, dass ist durch den Bericht der Schiedskommission und durch die Abstimmung auf dem Parteitag bereits geschehen. Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Bericht der Salzburger Länderberatung

Gen. Rennert: GenossInnen, die Landesversammlung Salzburg hat ausschließlich einstimmige Beschlüsse ohne Enthaltungen gefasst:.

Erstens anerkennen wir das demokratische zu Stande kommen des Bundesvorstands, kompromisslos. Wir denken, er muss versuchen, arbeitsfähig zu sein. Wir denken, das ist zu schaffen.

Zweitens sprechen wir uns gegen einen Sonderparteitag im Herbst aus. Prinzipiell gegen einen Sonderparteitag überhaupt. Wenn es zu einem Sonderparteitag kommt, wenn der heute beschlossen wird, dann haben auch wir Partikularinteressen, dann dürfte er nicht vor April 2004 sein. Wir haben in Salzburg Gemeinderatswahlen, wo wir uns ziemlich viel vorgenommen haben. Nächstes Jahr gibt es auch AK-Wahlen.

Unser Kommentar zum Wahlprozess ganz kurz. Es war nicht wirklich praktikabel, wie das funktioniert hat. Es war nicht praktikabel, vor allem wenn zahlreiche junge GenossInnen nicht die Möglichkeit gehabt haben, sich vorzustellen, bekannt zu sein. Sie haben keine Chance bekommen, gewählt zu werden.

Wir haben einen Antrag, der erste Antrag:

LandesvertreterInnen mögen vom Bundesvorstand nachkooptiert werden, als beratendes Organ, ohne Stimmrecht . Für diesen Fall, das muss man aber dazu sagen, sollen diese Vorschläge von den Landesversammlungen beschlossen werden. Für diesen Fall rufen wir alle Landesversammlungen auf, möglichst viele Frauen zu nominieren um eine Parität im Bundesvorstand zu erzielen. In unserem Salzburger Beschluss haben wir uns einstimmig auf Claudia Trost festgelegt. Sollte ein Sonderparteitag stattfinden, dann würden wir uns wünschen, dass heute zu folgenden Anträgen abgestimmt wird.

- 1) Zur Tagesordnung des Sonderparteitages müssen die noch zur Behandlung anstehenden Anträge drinnen stehen.
- 2) Aktuelle politische Aufgaben, sonst nichts. Also keine Neuwahlen.
- 3) Der Sonderparteitag, sollte er stattfinden, möge er nicht in Wien stattfinden,

nicht in der Steiermark, das war aber nicht unser Beschluss nehme ich zurück. Aber vor allem es soll wieder ein Mitgliederparteitag sein.

19. Zusammenfassung über die Länderberatungen

Gen. Walter Baier

Das Meinungsbild, das sich ergibt, ist widersprüchlich. Ich bin vor allem darüber überrascht, dass es eine große Schwierigkeit ist, einen Zeitpunkt für einen Parteitag zu finden, der einerseits möglichst rasch stattfinden soll, aber andererseits möglichst weit hinausgeschoben werden soll. Ich glaube aber, dass es in allen Wortmeldungen eine Gemeinsamkeit gibt und diese Gemeinsamkeit halte ich für wesentlich und für wichtig. Wir brauchen in der jetzigen Situation vor allem eine Nachdenkpause. Alle GenossInnen, die die letzten zwei Tage erlebt haben, haben so viele Eindrücke gesammelt und wahrscheinlich so viele Widersprüche, Überlegungen und Gefühle, dass es unmöglich wäre, heute eine zusammenfassende abschließende

Orientierung festzulegen. Ich möchte folgendes vorschlagen: Ich glaube, dass der Bundesvorstand die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages sehr ernsthaft erwägen soll. Es gibt wichtige und gewichtige Gründe, das zu machen. Wir sind zwar jetzt in einer Stimmung, wo viele GenossInnen vor allem das Gemeinsame ausdrücken wollen, aber wir sollen uns nicht darüber einer Illusion hingeben, dass hinter dieser Stimmung tatsächlich große, konzeptionelle, politische und prinzipielle Auffassungsunterschiede stehen. Wenn uns die Stimmung, die uns heute erfasst hat, in die Lage versetzen würde, diese Auffassungsunterschiede ruhig kultiviert und solidarisch und kameradschaftlich durchzudiskutieren und zu entscheiden, dann wäre das ein außerordentlich gutes Ergebnis unseres 32. Parteitages.

Zweitens, was den Termin eines außerordentlichen Parteitages betrifft: Selbstverständlich ist, dass der Termin nicht irritieren kann und darf die Vorbereitung der oberösterreichischen Gemeinderatswahlen und die am selben Sonntag stattfindenden Tiroler Landtagswahlen. Das heißt, der Parteitag muss in einem entsprechenden Abstand zu diesen Wahlen stattfinden. Außer Streit ist meiner Meinung nach auch, dass wir das Argument der Kärntner GenossInnen berücksichtigen müssen, dass nämlich der außerordentliche Parteitag erst dann endgültig terminisiert werden kann, wenn absehbar ist, wann die Kärntner Landtagswahlen stattfinden. Wir haben das bei den Grazer Gemeinderatswahlen auch so gehandhabt, dass wir auf den Termin Rücksicht genommen haben, in dem wir die Entscheidung so lange hinausgeschoben haben. Verständigen wir uns darauf, keine Irritation der Landtagswahlen in Tirol und der Gemeinderatswahlen in Oberösterreich. Abwarten des Termins der Kärntner Landtagswahlen und Berücksichtigung selbstverständlich auch der AK-Wahlen. Das bedeutet, wir müssen einen Termin finden, der aus all diesen Erwägungen optimal ist.

Der nächste Punkt, über den wir Übereinstimmung erzielen können ist, dass dieser Parteitag nicht in Wien und nicht in der Steiermark stattfinden soll. Ich möchte den Vorschlag machen, der mit niemandem abgesprochen ist, den außerordentlichen Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs in Hallein durchzuführen. Vielleicht beseelt uns der Geist von Hallein in einem Ausmaß, dass wir im Stande sind, so solidarisch und so kameradschaftlich, wie das österreichische Sozialforum durchgeführt worden ist, auch diesen Parteitag durchzuführen. In diesem Zusammenhang, GenossInnen, ich bitte das jetzt nicht miss zu verstehen, möchte einen Fehler korrigieren, den ich in meinem Einleitungsreferat gemacht habe. Ich habe einige GenossInnen erwähnt und zitiert, auch im Zusammenhang mit dem Sozialforum, die eine

außerordentliche Arbeit geleistet haben für dieses Sozialforum und die zu dem beigetragen haben, dass die Kommunistische Partei Österreichs eben im Sozialforum eine solche Rolle hat, wie sie sie hat. Ich habe die Genossin Claudia Trost vergessen in dieser Aufzählung und das ist meiner Meinung nach ein Fehler, braucht man nicht weiter ausführen. Den Christoph den habe ich erwähnt.

Nächster Punkt, über den wir Übereinstimmung erzielen können, ist, dass die Anträge, die dem heutigen Parteitag vorgelegen sind und die heute nicht abgearbeitet werden können, einerseits dem Bundesvorstand zugewiesen werden, andererseits und selbstverständlich dem außerordentlichen Parteitag zur Entscheidung vorgelegt werden. Das heißt, diese Anträge gelten als eingereicht,

wenn die AntragstellerInnen sie nicht selbst zurückziehen. In dem Zusammenhang möchte ich den Vorschlag der Tiroler GenossInnen unterstützen, dass wir als Resümee unseres Parteitags das Memorandum zu den sozialpolitischen Fragen beschließen sollen. Aber da möchte ich den Bundesvorstand auch ersuchen, eine Einzelheit, eine Freiheit zu geben. Mir ist bei der Vorbereitung auf den Parteitag aufgefallen, dass diesem Memorandum, das sehr qualifiziert und in einer wunderschönen, sehr präzisen Sprache abgefasst ist, ein entsprechender Abschnitt über Migrationspolitik fehlt. Das kann aber nicht sein. Wir können kein Verständnis von Sozialpolitik haben, das quasi selbstverständlich voraussetzt, dass ein beträchtlicher Teil, der in Österreich lebenden Menschen davon ausgeschlossen ist. Daher möchte ich euch bitten, dass wir dieses Memorandum beschließen und gleichzeitig den Bundesvorstand bevollmächtigen, die migrationspolitischen Forderungen, die wir auf der 1. Sitzung des Parteitags an mehreren Stellen beschlossen haben, ganz einfach in den Text, der veröffentlicht werden soll, einzufügen. Darf ich dabei euer Einverständnis voraussetzen.

Ganz abschließend, liebe GenossInnen, nur zwei Anmerkungen. Die eine Anmerkung ist: Vielleicht war der Verlauf dieses Parteitages eine wertvolle und wichtige Erfahrung, die wir machen mussten. Wenn wir nicht in der Lage sind, Meinungsunterschiede in unserer Partei anzunehmen, zu akzeptieren und dafür Sorge zu tragen, dass in der Wahlvorbereitung diese Meinungsunterschiede auch respektiert und in gemeinsamen Wahlvorschlägen ausgedrückt werden, dann können Wahlen in einer pluralistischen Partei nicht gelingen. Es geht darum, dass wir den Pluralismus in unserer Partei nicht nur akzeptieren und respektieren, sondern ihn als ein Wesenselement einer erneuerten Linken und einer erneuerten kommunistischen Partei verstehen. Welche Wahlvorbereitungen und strukturellen und prozeduralen Lösungen wir für den außerordentlichen Parteitag auch immer treffen werden. Es wird uns keine Prozedur vor einer Entscheidung bewahren. Dass wir uns darauf einigen oder nicht, dass wir die Partei in der Pluralität, in der sie besteht, als Partei haben wollen oder nicht. Wer diese Pluralität will, der muss das Anderssein von andersdenkenden GenossInnen akzeptieren. Dann kann es keine Machtfrage sein, wie Leitungsgremien zusammengestellt werden, sondern dann ist es eine Frage der demokratischen Debatte und diese demokratische Debatte findet sinnvoller Weise in vom Parteitag oder von den Landesorganisationen bevollmächtigten Strukturen und Gremien statt. Diesen Geist herzustellen, das ist meiner Meinung nach die Bedingung dafür, dass der hinter uns liegende Parteitag eventuell ein Signal dafür ist, wie wir den bevorstehenden Parteitag organisieren und vorbereiten können.

Ganz zum Schluss möchte ich noch eines sagen. Mir liegt außerordentlich am Herzen,

der Gin. Heidi Ambrosch für die geleistete Arbeit zu danken. Es ist meine persönliche Überzeugung, dass die Tatsache, dass sie vom Parteitag nicht als Frauenverantwortliche gewählt worden ist, weniger eine Kränkung für die Heidi, sondern als eine Einschränkung unserer öffentlichen politischen Möglichkeiten in der Frauenpolitik darstellt. Ich wünsche der Gin. Stöckl viel Erfolg bei ihrer Arbeit, das ist keine leichte Arbeit. Feminismus ist ein Muss. Die Kommunistische Partei Österreichs ist nach wie vor die einzige Partei unseres Landes, die ein gültiges

Frauenprogramm hat. Und die Frauenpolitik unserer Partei wird, davon bin ich fest überzeugt, auch in der Zukunft durch das Frauenprogramm unserer Partei gekennzeichnet sein. Ich möchte allen GenossInnen, die in den Bundesvorstand gewählt wurden, wünschen, dass wir die Kraft und den Optimismus haben, diese schwierige Arbeit zu bewältigen. Ich möchte, soweit es mich angeht, auch allen GenossInnen versprechen, dass ich loyal und solidarisch daran mitwirken werde, dass wir diese Arbeit gemeinsam bewältigen können.

20. Beschlüsse nach Ländberberatung

Gen. Parteder: Liebe GenossInnen! Ich möchte auch allen anderen GenossInnen, die aus dem Bundesvorstand ausgeschieden sind, einen herzlichen Dank, ich glaube

auch im Namen des Parteivorsitzenden, aussprechen. Denn sie haben vielleicht unterschiedliche Meinungen gehabt, unterschiedliche Zugänge, aber sie haben alle sich bemüht, im Interesse der Partei und unserer gemeinsamen Sache zu arbeiten.

Gin. Ambrosch: *Es gibt zwei Anträge zur Geschäftsordnung.*

Gin. Stöckl: Liebe GenossInnen! Zu Beginn. Ich möchte schon diese Diffamierung, diese persönliche, die praktisch der Gen. Walter Baier gegen mich indirekt ausgesprochen hat, in dem er gesagt hat, dass durch meine Wahl die öffentlichen, ich weiß nicht mehr, wie er es genau formuliert hat, aber praktisch die Möglichkeiten in einer zukünftigen Frauenpolitik beschränkt sind, schärfstens zurückweisen. Ich bin enttäuscht über diesen Ton. Ich bin enttäuscht, dass wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses wieder solche spalterischen Tendenzen in der Partei auftreten und offen zu Tage treten.

Liebe GenossInnen, aber eigentlich stehe ich in einer anderen Sache hier. Ich stehe hier, um einen Antrag zu stellen. Es wurde bereits hingewiesen. Im neu gewählten Bundesvorstand sind leider nur 2 Frauen enthalten und 5 Männer gewählt. Dies steht im krassen Gegensatz zu unserem Selbstverständnis, wo wir uns auferlegt haben, dass wir eine 50%ige Frauenquote auch im Bundesvorstand erreichen wollen. Ich möchte euch darauf hinweisen, dass es die Möglichkeit gibt, in den Bundesvorstand noch eine Person zu kooptieren und ich meine, dass kann und muss eine Frau sein. Als Frauenvorsitzende stelle ich den Antrag, heute noch - weil ich dies für das repräsentativste Gremium halte - eine Frauenversammlung durchzuführen. In einer bestimmten Zeit in 1 1/2 Stunden, nach der Mittagspause, wo wir als Frauenversammlung, weil ich glaube, es ist die Aufgabe der Frauenversammlung, eine solche Frau zu bestimmen, die in den Bundesvorstand kooptiert werden soll. Also, ich stelle den Antrag, eine Frauenversammlung durchzuführen.

Gin. Ambrosch: *Gibt es eine Contra-Wortmeldung?*

Zwischenruf:

Wir können aus der Liste, die wir beschlossen haben, nicht nach besetzen, weil alle dort vorgeschlagenen auf der Liste stehen und Frauen, die nicht gewählt worden sind, nicht kooptiert werden können, wenn ich richtig informiert bin.

Gin. Rehm: Ich unterstütze das grundsätzlich, die Frauenversammlung, aber bitte nicht heute, weil die meisten Frauen auf der Liste waren und ich nicht weiß, wen wir nach besetzen sollen.

Gin. Kahr: Liebe GenossInnen! Im jetzigen Bundesvorstand ist die 50%ige Frauenquote nicht erreicht. Das wurde auch heute hier von einem Ländervertreter zu Recht festgestellt. Das Statut schreibt uns sogar vor, dass in einer Frauenversammlung Frauen nach kooptiert werden sollen. Ich denke, wir sollten heute diese Gelegenheit nutzen, wo sehr viele Genossinnen anwesend sind, und zumindest, wenn wir uns nicht auf eine

Genossin einigen können, zumindest Vorschläge unterbreiten. Ich würde euch wirklich bitten, das auch heute wahrzunehmen, weil in den kommenden Wochen

denke ich, das nicht so schnell möglich sein wird, dass wieder so viele Genossinnen zusammenkommen.

Ansonsten möchte ich auch nur eines sagen, dass ich das nicht für sehr klug finde von dir Gen. Baier, ich weiß, das passt jetzt da nicht dazu, dass du zu Recht natürlich der Gin. Heidi Ambrosch dankst, aber nicht indirekt sozusagen der Gin. Stöckl unterstellst, dass sie nicht annähernd gleichwertig Frauenpolitik leisten kann. Du kennst ihre Arbeit im Konkreten nicht und deshalb ist es nicht klug.

Gen. Baier: Ich nehme diese Kritik zur Kenntnis, weil, wenn etwas, was man sagt, so gehört wird, wie es gehört wird, dann hängt es auch damit zusammen, was man und wie man es gesagt hat. Aber um genau und präzise zu sein, möchte ich sagen, ich habe gesagt, dass durch die Nichtwahl der Gin. Ambrosch für unsere Partei Schaden entstanden ist. Das impliziert keineswegs, dass ich der Auffassung wäre, dass die Gin. Stöckl nicht das Potenzial oder die Möglichkeit oder die Fähigkeit hätte, gute Frauenpolitik unserer Partei zu machen. Wenn das so verstanden worden ist, dann bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass es nicht so gemeint war. Wenn verstanden worden ist, dass das nicht mehr als Frauenvorsitzende zur Verfügung Stehen der Heidi Ambrosch Schaden für unsere Partei bedeutet, so war es in der Tat gemeint.

Gin. Ambrosch: *Moment. Wir stimmen das gleich ab. Es gibt jetzt noch einen Zusatzantrag zum bestehenden Antrag, eine Frauenversammlung noch auf diesem Parteitag durchzuführen.*

Gin. Wanek: GenossInnen. Ich habe eine Meinung dazu, ob eine Frauenversammlung hier stattfinden soll oder nicht. Die werde ich dann durch mein Stimmverhalten ausdrücken. Aber ich möchte den Zusatzantrag dahingehend formulieren, dass nur Frauen darüber bestimmen sollen, ob hier eine Frauenversammlung abgehalten werden soll oder nicht.

Gin. Ambrosch: *Wenn ihr einverstanden seid, bringe ich diesen Antrag jetzt zuerst vor. Was heißt, das ist nicht statutenkonform. Angelegenheiten, die die Frauen betreffen, heißt es sinngemäß im Statut, darüber können Frauen alleine entscheiden. Die Elke nickt mir zu Petra. Das war eine der Bestimmungen, die wir auch im Frauenprogramm statutarisch durchgesetzt haben und auch hinter diesen Fortschritt sollten wir nicht zurückfallen. Ich bitte daher jetzt alle Anwesenden um ein Zeichen für den Antrag, zuerst die Pro-Stimmen, dass über den Antrag, dass eine Frauenversammlung abgehalten wird, nur die Frauen entscheiden.*

Das ist eindeutig die Mehrheit.

Ich ersuche jetzt die ZählerInnen aufzupassen. Es geht jetzt um den Antrag, den nur die Frauen abstimmen, ob hier am Parteitag noch die Frauenversammlung durchgeführt werden soll. Bitte um ein Zeichen jener Frauen, die diesen Antrag unterstützen. Nur die Frauen bitte. Ich glaube, das muss gezählt werden.

*Ich ersuche jetzt die Stimmen, die gegen eine Frauenversammlung - jetzt noch am Parteitag - votieren. **36 Pro- und 73 Gegenstimmen.***

Das heißt nicht, dass wir nicht eine Frauenversammlung machen werden, um diese Nominierung zu machen. Ich glaube, da herrscht in diesem Saal Einigkeit, aber nicht

mehr heute am Parteitag.

Es gab einen weiteren Geschäftsordnungsvorschlag.

Gen. Resinger: Ich denke mir, das jetzt vorliegende Ergebnis von dem Parteitag ist für uns alle nicht das, was wir gewünscht haben, egal von welcher Denkrichtung. Es ist auch ein Ergebnis, das nach außen ein katastrophales Bild unserer Partei zeichnen könnte. Darum stelle ich den Antrag, dass über die Anträge, die Anträge, die dem nächsten Parteitag zugewiesen werden, mit einigen Ausnahmen abgestimmt werden soll. Es sind Anträge, die eventuell für die zukünftigen Wahlen und für die zukünftige mittelfristige Politik der Partei, die ich für wichtig halte. Es wäre dies der Antrag Nr. 36, der sich auf den GLB, eine Unterstützung für den GLB und die Gewerkschaften bezieht. Es wäre dies der Antrag Nr. 54, der Antrag Nr. 56 und der Antrag Nr. 58, betrifft das Friedensvolksbegehren, sowie die Anträge der kommunalpolitischen Arbeitskreise, die ich eigentlich vor allem für die anstehenden Kommunalwahlen als ziemlich wichtig und unverzichtbar halte und wo ich denke, dass es hier über diese Anträge auch keinen Streit und keine größeren Meinungsverschiedenheiten geben wird.

Gin. Ambrosch: *Damit steht dieser Antrag konträr zu den Stellungnahmen, die es aus der Mehrheit der Länder und die jetzt auch vom Walter gegeben hat, heute keine weiteren Anträge mehr zu beschließen, sondern dem neuen Bundesvorstand zuzuweisen bzw. alle, wie sie eingebracht wurden und nicht zurückgezogen werden auch dem außerordentlichen nächsten Parteitag vorzulegen. Gibt es da jetzt noch eine Contra-Wortmeldung.*

Gen. Zach: Du hast jetzt ein Argument gebracht. Ich glaube, die meisten von uns sind nicht glücklich über das, was passiert ist. Wenn du aber darauf ansprichst, dass man durch Beschlussfassung dieser Anträge signalisieren soll, dass wir doch arbeits- und aktionsfähig sind, dann denke ich mir, wir haben von der 1. Sitzung Gott sei Dank einige Beschlüsse, die das signalisieren. Es ist so, dass wir neben unseren Streitereien ja überall Arbeit leisten und das auch klar ist. Die Medien, tut mir leid GenossInnen, wenn die Medien etwas berichten werden von diesem Parteitag, dann werden sie über das Wahlergebnis berichten und alles andere wird ihnen schnurz egal sein. In dem Sinne möchte ich unterstützen, dass keine weiteren Anträge hier und heute abgestimmt werden.

Gin. Ambrosch: *Ich möchte jetzt fragen: Kann ich das, was der Walter meines Erachtens in drei Punkten dem Parteitag vorschlägt, zur Abstimmung bringen. Ich fasse noch einmal den Vorschlag, den Walter gebracht hat, zusammen.*

1) *Anträge zuzuweisen an den neuen Bundesvorstand bzw. an den nächsten außerordentlichen Parteitag.*

2) *Parteitag nach einer Nachdenkpause in Rücksicht auf alle Wahlen, die vor uns stehen, in Hallein.*

3) *Das Memorandum gegen den sozialen Kahlschlag zu verabschieden.*

Diese drei Punkte waren die Vorschläge, die wir zur Abstimmung bringen könnten. Gibt es damit Einverständnis, dass ich das tue.

Gut, dann versuche ich es jetzt einmal. Ich greife den Antrag vom Resinger auf, der

konträr steht zu dem, was die Länder gesagt haben, nämlich mehrheitlich die Anträge zuzuweisen und am außerordentlichen Parteitag zu behandeln. Ich stimme den Contra-Antrag zuerst ab, heute doch noch über einzelne von ihm genannte Anträge abzustimmen. Wer ist dafür, heute noch Anträge abzustimmen? Wer ist dagegen?

Damit ist der erste Vorschlag angenommen, die Vorschläge zuzuweisen bzw. am außerordentlichen Parteitag zu stellen.

Zweiter Antrag Parteitag. Ich muss das jetzt wahrscheinlich teilen, nach einer Nachdenkpause, in Rücksicht auf die Wahlen, in Hallein.

Gen. Baier: Entschuldige, darf ich. Das mit Hallein war eine Idee, aber das brauchen wir glaube ich heute noch nicht beschließen. Das müssen die GenossInnen in Salzburg für sich klären.

Gin. Ambrosch: Entschuldige, ich habe Pro- und Contra-Wortmeldung noch nicht abgefragt. Es gibt eine Contra-Wortmeldung vom Gen. Oberkofler.

Gen. Oberkofler: GenossInnen. Es ist Aufgabe der Parteitagsvorbereitungskommission, den Ort des Parteitages festzustellen. Es ist völlig irrational zu sagen, in Wien ist es nicht möglich, einen Parteitag unter den gegebenen Bedingungen abzuhalten. Es ist genauso irrational zu sagen, in Graz wäre das unmöglich. Die Unterstellung würde bedeuten, dass sie ein emotionales und nicht vernünftiges Abstimmungsverhalten an den Tag legen. Es ist aber auch ein politisches Programm, von vornherein den Parteitag in Hallein im Nachfeld des ASF abzuhalten. Das ist auch ein politisches Programm unseres Vorsitzenden Baier, um die KPÖ im Nachfeld des österreichischen Sozialforums in diese Richtung zu lenken. Ich glaube, Antrag darf ich keinen stellen, das ist meine Meinung und ich bitte, diese Meinung zu berücksichtigen.

Gin.Ambrosch: Wir stimmen nicht über den Ort ab, sondern nur über eine Nachdenkpause, den außerordentlichen Parteitag in Rücksicht auf die kommunalen Wahlen, die es in verschiedenen Bundesländern gibt.

Wer ist für einen außerordentlichen Parteitag, terminisiert in Rücksicht auf die kommunalen Wahlen, die es in der nächsten Zeit gibt, soll vom neuen Bundesvorstand vorbereitet werden, ohne Ort und anderen Schnörksel? Wer ist dagegen? Gut.

Mehrheitlich angenommen.

Das sozialpolitische Memorandum mit Überarbeitung oder Einschubes eines Passus zur MigrantInnenpolitik. Wer ist dafür? Wer ist dagegen?

Danke das ist die Mehrheit. (1 Gegenstimme)

Gin. Trost: Liebe GenossInnen, vielleicht könnt ihr euch noch daran erinnern, der Gen. Andreas Rennert hat aus der Landesversammlung Salzburg heraus den Vorschlag gemacht, dass wir heute noch darüber abstimmen, ob es einen Delegiertenparteitag oder Mitgliederparteitag gibt. Ich denke mir, dass wir darüber auch noch abstimmen müssen.

Gen. Baier: GenossInnen, ich bin da anderer Meinung.

1) Rein statutarisch ist es so, dass der Bundesvorstand die Einberufung des Parteitages

vornehmen muss. Das heißt, tatsächlich gibt das Statut den Bundesvorstand dieses Privileg, es zu bestimmen und zu beschließen.

2) Ist es so, dass möchte ich euch sagen, dass mich in der Früh die verschiedensten und kontroversesten Vorschläge im Hinblick auf den Charakter des bevorstehenden Parteitages erreicht haben. Es gibt GenossInnen, die vertreten die Auffassung, dass sich dieses breite Forum eines Mitgliederparteitags bewährt hat, weil es eine sehr große Spannbreite von Meinungen, Auffassungen und Haltungen in unserer Partei ausdrücken kann. Es gibt andere GenossInnen, die vertreten die Auffassung, dass es klüger wäre, einen Delegiertenparteitag durchzuführen. Ich persönlich bin mir wirklich nicht darüber im Klaren und ich glaube, dass es gut ist, diese Frage in aller Ruhe zu erörtern und durchzudenken und auch in Landesorganisationen und Landesleitungen zu diskutieren. Der Bundesvorstand ist aber auch so zusammen gesetzt, dass auf jeden Fall beide Haltungen und Standpunkte in die Willensbildung einfließen werden. Ich würde euch also ersuchen, GenossInnen, auch diese Frage jetzt nicht unter einem Zeitdruck in die eine oder andere Richtung festzuzurren, sondern dass wir das auch zum Gegenstand unserer Nachdenkpause machen. Dass wir das so tun, dass wir uns gegenseitig versichern an diesem Punkt nicht den Versuch zu unternehmen, uns über den Tisch zu ziehen, sondern zu erreichen, dass die Entscheidung, die im Bundesvorstand dann getroffen wird, am ehesten der Mehrheitsmeinung unserer Partei gerecht wird.

Gin. Ambrosch: Das war eine Contra-Rede zum Antrag. Gibt es jetzt noch eine Pro-Rede? Es ist gerade ein Geschäftsordnungsantrag gestellt worden.

Gen. Waloschek: Zur Geschäftsordnung. Ich glaube, es ist beachtenswert, dass zunächst einmal, ob wir einen außerordentlichen Parteitag haben wollen oder nicht, abgestimmt wird. Dann erklärt uns hinten nach der Walter Baier, dass ist das statutarische Recht des neu gewählten Bundesvorstandes. Ich glaube, der neu gewählte Bundesvorstand hat unser volles Vertrauen und im Sinne der Unterstützung dieses Bundesvorstandes steht es uns nicht an, ihn zu präjudizieren, wie er den Parteitag einberuft, wann er den macht und ich glaube, genau dies unterliegt voll und ganz dem Statut und der Walter Baier hat vollkommen Recht, das Einberufen eines Parteitages ist Aufgabe des Bundesvorstandes.

Gin. Ambrosch: Das ist eine zweite Contra-Rede Gen. Waloschek. Pro-Rede vom Gen. Zach.

Gen. Zach: Auch um zu dokumentieren, dass es nicht nur zwei Fraktionen in der KPÖ gibt, sondern wesentlich mehr, möchte ich jetzt hier die Pro-Rede halten und ich möchte anknüpfen an etwas, was der Walter heute gesagt hat. Er hat gesagt: Die Nachdenklichkeit, die wir alle hier nach diesem Wahlergebnis an den Tag legen, wird hoffentlich positive Auswirkungen auf unsere Politikfähigkeit und unsere Diskussionsfähigkeit haben. Ich denke und ich erhoffe mir, dass alle diejenigen, die hier heute anwesend waren, das auch in drei, vier, fünf Monaten, wenn der nächste

Parteitag ist, noch in ihren Köpfen und Herzen haben und dementsprechend agieren werden. Ich hoffe und wünsche mir, dass alle von euch in euren Parteiorganisationen diejenigen, die hier nicht anwesend waren, ihre Erfahrungen berichten und in diesem Sinne hoffe und wünsche ich, dass ein nächster Mitgliederparteitag sehr wohl erfolgreich sein kann.

Gin. Ambrosch: *Ich bringe jetzt den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag ist von der Claudia noch einmal wiederholt worden, den außerordentlichen Parteitag als*

Mitgliederparteitag jetzt zu beschließen. Pro und Contra haben wir gehört. Wer ist für diesen Antrag?

Gin. Krieglsteiner: Ich würde mir wünschen, dass wir zuerst darüber abstimmen, ob wir diese Entscheidung jetzt treffen wollen. Mein Geschäftsordnungsantrag lautet: Zuerst darüber abzustimmen, ob der Parteitag diese Entscheidung jetzt treffen will.

Gin. Ambrosch: *Ich bringe den Geschäftsordnungsantrag,... Contra-Rede. Ich würde euch nur ersuchen, dass wir den Rest nicht noch weiter verlängern.*

Gin.Trost: GenossInnen. So eben nicht. Man kann nicht, wenn man gegen einen Antrag ist, immer vorher abstimmen lassen, ob man diesen Antrag überhaupt abstimmen lassen kann oder nicht. Das ist absolut undemokratisch. Wir haben bereits darüber abgestimmt, ob es einen außerordentlichen Parteitag gibt oder nicht, obwohl das eigentlich im Sinne des Bundesvorstands bzw. im Aufgabenbereich des Bundesvorstands liegt. Jetzt wird dieses gleiche Argument gegen diesen Antrag eingesetzt. Warum kann dieser Parteitag nicht auch beschließen, dass wir nächstes Mal auch einen Mitgliederparteitag machen?

Gen. Frank: Ich bin gegen diesen Antrag und zwar aus zwei Gründen. Erstens frage ich mich, was für ein Geschäftsordnungsantrag das ist, zu entscheiden, ob wir einen Mitgliederparteitag durchführen oder nicht. Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun. Das ist ein normaler Antrag. Es gibt auch Anträge bei diesen blauen Zetteln, wir führen nur noch Mitgliederparteitage durch.

Gin. Ambrosch: *Ich stimme das jetzt ab. Es war ein Geschäftsordnungsantrag. Ich kann die Geschäftsordnungsanträge nur so nehmen, wie sie hier oben gestellt werden und nicht darüber entscheiden, welcher Geschäftsordnungsantrag zulässig ist oder welcher Geschäftsordnungsantrag nicht zulässig ist. Es ist der Geschäftsordnungsantrag gestellt worden, zuerst darüber abzustimmen, ob wir heute hier die Entscheidung treffen wollen. Diesen bringe ich jetzt zur Abstimmung? Wer ist für diesen Antrag von der Claudia heute nichts zu beschließen bezüglich des Bundesvorstandes und das dem neuen Bundesvorstand zu übertragen als Aufgabe. Wer ist dagegen? Das ist die Mehrheit. Es gibt den Wunsch, dass gezählt wird. Noch einmal, wer ist dafür, heute nichts zu entscheiden und bitte die ZählerInnen einzeln vorkommen und warten bis hier aufgeschrieben worden ist, was sie uns nennen. Wir haben 6 Ergebnisse, da fehlen noch. Wer ist dagegen? Bitte oben lassen, bis die ZählerInnen durch sind. Das Ergebnis ist mit 142 zu 141 Pro-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.*

Damit bringe ich jetzt den Antrag zur Abstimmung? Der Antrag lautet, den außerordentlichen Parteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe?

Es war eine Mehrheit, haben wir jetzt hier oben festgestellt, die sich für den Mitgliederparteitag ausgesprochen hat.

Es gibt weitere zwei Anträge zur Geschäftsordnung. Ich ersuche nur, dass wir irgendwie versuchen, einen gemeinsamen würdigen Abschluss zu finden, so fern das geht.

Gen. Just: Ich bringe einen Antrag zur Geschäftsordnung ein, einen Zusatzantrag. Ich

halte es für sinnvoll, so wie es in den Redebeiträgen vorher des Öfteren dargelegt worden ist, dass der statt zu findende Parteitag weder in Wien noch in Graz stattfinden soll und bitte in diesem Fall um eine Abstimmung des 32. Parteitages.

Gin. Ambrosch: *Der Antrag ist schon von einer Länderversammlung vorgetragen worden. Ich bringe ihn hiermit zur Abstimmung, wenn es keine Contra-Meldung gibt.*

Gen/Gin ???: Liebe GenossInnen. Es geht nicht darum, dass wir Städte aussuchen, sondern es geht darum, dass wir ein Bundesland aussuchen. Es müsste dann heißen, nicht in der Steiermark und nicht in Wien. Das möchte ich bitte zu beachten geben.

Gin. Ambrosch: *Das war kein Contra, sondern eine Präzisierung. Der Antragsteller ist damit einverstanden. Wir können das Spiel mit der Geschäftsordnung schon noch fünf Stunden hier weitertreiben, wenn ihr das wollt, aber ich halte das für nicht sinnvoll.*

Gen. Oberkofler: GenossInnen. Städte auszuschließen von einem Parteitag ist unvernünftig. Das würde bedeuten, man unterstellt, in Wien kann man nicht vernünftig denken. Ich kann in Wien vernünftig denken.

Gin. Stiefsohn: Ich spreche für den Antrag. Ich glaube nicht, dass sich die WienerInnen dadurch diskriminiert fühlen würden.

Gin. Ambrosch: *Kann ich den Antrag jetzt abstimmen lassen. Wer ist für den Antrag, dass der außerordentliche Parteitag weder in Wien noch in der Steiermark stattfindet. Wer ist dagegen?*

Das ist eine eindeutige Mehrheit dafür, dass er nicht in Wien und nicht in der Steiermark stattfindet.

Jetzt gab es noch einen Geschäftsordnungsantrag vom Gen. Hobek und ich hoffe, wir kommen damit dann zum Schluss.

Gen. Hobek: GenossInnen. Ich muss schon feststellen, wir haben ein Statut und wir entfernen uns, auch wenn es politische Willensäußerungen sind, immer mehr vom Statut. Danke.

Gin. Ambrosch: *GenossInnen. Es gibt noch einen Genossen, der hat ein wichtiges Anliegen. Aber ich denke, es gäbe dann noch ziemlich viele, die auch noch etwas sagen würden. Ich weiß es nicht, kann ich alle bitten, dass wir diesen Parteitag abschließen können. Ich mache jetzt eine Tendenzabstimmung? Wer ist jetzt bei diesem Stand für Schluss der Debatte und Abschluss des Parteitages. Wer ist dafür? Wer ist dagegen?*

Gen. Baier: GenossInnen, irgendwer muss zum Schluss reden. Das bin traditioneller Weise ich. Ich werde das kurz und prägnant halten. Das war schwierig. Ich danke für die geleistete Arbeit und lasst uns gemeinsam versuchen, die Internationale zum Ausklang dieses Parteitages zu singen.

Gin. Ambrosch: *Bevor ich die Internationale anstimme, weil ich das vielleicht besser kann als der Walter, möchte ich noch zum Schluss das erfreuliche Ergebnis bekannt geben, dass für das Friedensvolksbegehren heute hier 102 Unterschriften gesammelt werden konnten.*

21. Anhänge

Wessen Welt ist die Welt?

Memorandum zur Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme (Mit einer Gegenstimme beschlossen)

Lebenslang arbeiten um jeden Preis? Ungeschützte Arbeitsverhältnisse für alle? Privatisierung der öffentlichen Bildung? Selbstbehalte für Gesundheitsleistungen? Krankensteuer? Armut durch Arbeitslosigkeit? Ausverkauf öffentlichen Eigentums? Wohnen, Wasser, Energie, Straßen, Wälder als Spekulationsobjekte? Pensionshöhen abhängig von Börsenkursen? Geschlecht als Sozialfalle? Ausschluss von Sozialleistungen bei Alter oder Behinderung? Verslumung von Wohnvierteln? Ausgrenzung durch Fremdsein? Vernichtung durch Konkurrenz? Viele Fragen und eine Antwort: Das muss so nicht sein. Eine andere Welt ist möglich.

Der gegenwärtige Gesellschaftszustand bringt immer häufiger Menschen in Not und lässt deutlich die Widersprüche des neoliberalen Kapitalismus erkennen. Dieses System ist nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu lösen. Welche Alternativen zur räuberischen, profitorientierten Konkurrenzgesellschaft stellen sich Kommunistinnen und Kommunisten vor?

Nichts bleibt, wie es ist

Die gewerkschaftlichen Widerstände und zivilgesellschaftlichen Aktionen der letzten Tage und Monate haben eindrucksvoll gezeigt: Der neoliberale Umbau der Gesellschaft, den die rechtsgerichtete Regierung in Österreich anstrebt, wird nicht passiv zur Kenntnis genommen. Immer mehr Menschen entschlüsseln den Inhalt der

von ÖVP und FPÖ geschnürten „Maßnahmenpakete“ als „Budgetsanierungspakete“ und Generalangriff auf erkämpfte soziale Rechte der ArbeiterInnenklasse. Was die Regierung gegen den massiven Widerstand der Betroffenen beim Pensionsrecht, im Gesundheitsbereich, der Arbeitslosenversicherung, dem öffentlichen Sektor und im Bildungsbereich durchziehen möchte, stellt einen Paradigmenwechsel dar. Der Staat möchte sich seiner sozialen Elemente und Errungenschaften weitestgehendst entledigen. Menschen bleiben dabei auf der Strecke.

Damit liegt Österreich im EU- und weltweiten Trend des kapitalistischen Gesellschaftssystems, das seine Entscheidungen allein nach marktwirtschaftlichen und profitträchtigen Kriterien fällt. Vermarktung von allem und jedem zum höchstmöglichen Preis ist das Motiv für Entscheidungen, Konkurrenz – etwa zur US-amerikanischen Wirtschaft – ist der treibende Motor des Handelns. Die rechtliche Grundlage dazu findet sich in den EU-Verträgen oder dem GATS-Abkommen. Die politische Polemik bedient sich einer so genannten Sachzwanglogik der leeren Staatskassen. Die ideologische Zurüstung schießt sich auf eine so genannte soziale Bedrohung durch Fremde oder „Sozialschmarotzer“ ein.

Das österreichische Sozialsystem mit all seinen bisherigen Schwächen und Tücken wäre im besten Sinne reformierbar und ausbaubar. Es wäre auch, so wie bisher, finanzierbar. Denn die Produktivität ist gestiegen, der Reichtum konzentriert sich aber in immer weniger Händen. Um eine gerechte Verteilung dieses Reichtums von oben nach unten zu erreichen, müssten allerdings die Steuerlasten grundlegend anders verteilt und eine Wertschöpfungsabgabe – wie sie bereits seinerzeit Sozialminister Dallinger gefordert hatte – eingeführt werden. Das Kapital müsste gezwungen werden, so wie die ArbeitnehmerInnen Steuern zu bezahlen. Die Unternehmen müssten genötigt werden, ihre Profite in den produktiven Sektor zu investieren, statt sie in steuerschonenden Stiftungen zu parken oder im Nirwana der Finanzspekulation zu verjubeln. Das liegt aber nicht im Interesse des Kapitals und all jener Konzerne und Finanzspekulanten, die sich an den Beiträgen der Versicherten bereichern wollen. Es ist genug Geld vorhanden, die Frage ist nur, wo sich das Kapital konzentriert und wofür es verwendet wird. Als ungeheuerliche Provokation haben die Menschen dieses Landes den gleichzeitigen Ministerratsbeschluss über den Abfangjägerkauf – Kosten: knapp zwei Milliarden Euro - und die Verschlechterungen im Pensionsrecht empfunden. Als abenteuerliche Phrasendrescherei des blauen und nun schwarzgefärbelten Finanzministers hat sich sein Beschwören des Nulldefizits herausgestellt, mit welchem er noch vor kurzem die steigende Steuer-, Abgaben- und Sozillast durchpeitschte. Und als Hohn kann nur jener Koalitionsantrag gelten, der weitere Begünstigungen für PolitikerInnen, wie Frühpensionierung beinhaltet, während den „Normalsterblichen“ gerade dieses Recht genommen werden soll.

Die Zahl jener Menschen, die es sich nicht mehr gefallen lassen, dass ihr Lebensstandard ständig sinkt, dass ihre Existenz bedroht und ihre soziale Absicherung demontiert wird, steigt stetig. Ausdruck dafür sind die gewerkschaftlichen Betriebsversammlungen, Streiks und zuletzt die Demonstration der 200.000 am 13. Mai; ein Zeichen dafür sind die Proteste an den Schulen und Hochschulen und die Aktionen der Sozialforen, wie das ASF-Treffen Ende Mai in

Hallein. Nichts bleibt, wie es ist, eine andere Welt ist möglich.

Der Kampf ist ein legitimes Mittel, Erreichtes zu sichern. Und ein Lernprozess, in welchem Solidarität, Ausdauer und Weitblick geübt werden. In diesem Kampf wird die ÖGB-Führung letztlich erkennen müssen, dass es nicht darum gehen kann, eine Terminverschiebung für die eklatanten Verschlechterungen oder die altgewohnte Sozialpartnerschaft herbei zu demonstrieren, sondern tiefgreifende Alternativen zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu erkämpfen.

Widerstand gegen den Pensionsraub!

Es sei kein Geld da, wird uns erzählt. Die drastischen Einschnitte im Pensionsrecht würden dazu dienen, den jüngeren Menschen eine künftige Pension zu sichern. So wird ein Generationenkonflikt geschürt nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“, mit welchem ganz andere Ziele verfolgt werden: Die Zerschlagung des Systems der sozialen Sicherheit im Allgemeinen und das der Alterssicherheit im Besonderen. Die künftigen PensionsanwärterInnen sollen zu privaten Pensionsfonds und damit verbundenem Spekulationsrisiko genötigt werden. Und die kurz vor ihrer Pensionierung stehenden Menschen sollen gezwungen werden, für die Einbußen des geplanten Pensionsraubs

entweder ihr Sparkonto zu plündern oder, so keines vorhanden, ihren Lebensstandard empfindlich herunter zu schrauben.

Die Beiträge der „ArbeitnehmerInnen“ und „ArbeitgeberInnen“ zur Pensionssicherung basieren, wie auch die anderen Beiträge zur Sozialversicherung, auf fixen Prozentsätzen an der Lohnsumme. Diese aber geht anteilmäßig am Volkseinkommen zurück. Die wachsende Produktivität kam nämlich in den letzten 15 Jahren fast ausschließlich den Unternehmerprofiten zu Gute. Profite aber werden – ganz abgesehen von der in Österreich lächerlich geringen Besteuerung – nicht zur Absicherung sozialer Anforderungen herangezogen. Hinzu kommt, dass die seit den 90er Jahren drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit und die vor allem Frauen zugedachten prekären Billigjobs das Wachstum des Beitragsvolumens zur Sozialversicherung schmälern.

Diesem, in der Tendenz strukturellen Defizit, kann nur durch die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Pensionsversicherung auf eine Wertschöpfungsabgabe entgegengewirkt werden. Das hieße, nicht nur die Lohnsumme, sondern auch die anderen Bestandteile der Bruttowertschöpfung eines Unternehmens, wie Abschreibungen, Gewinne, Kreditzinsen, Mieten und Pachten, sowie Sozialkosten und Steuern, würden als Bemessungsgrundlage für die Arbeitgeberbeiträge einbezogen. Das würde kapitalintensive Unternehmen, wie Banken, Versicherungen oder große Konzerne stärker in die soziale Pflicht nehmen. Kleine und mittlere, arbeitsintensive Unternehmen und Gewerbetreibende würden entlastet. Das Märchen von der Unfinanzierbarkeit der Pensionen nach dem Umlageverfahren darf nicht geglaubt und dem geschürten Generationenkonflikt nicht auf den Leim gegangen werden. Mit dem von Regierung, Banken und Versicherungen propagierten Kapitaldeckungsverfahren zählen künftige

PensionistInnen zu den VerliererInnen, die Börsen zu den Gewinnern.

Im Kern des Angriffs auf das umlagenfinanzierte Pensionssystem geht es um die Aufhebung der Sozialversicherung in Selbstverwaltung. Das wäre mit wesentlichen Vorteilen für das Kapital verbunden. Der Übernahme der Versicherungsleistungen durch Privatversicherungen, die bisher durch die Pflichtversicherung gedeckt sind, wären Tür und Tor geöffnet. Der Arbeitgeberanteil an den Beiträgen wäre in Frage gestellt. Und der Staat würde sich seiner schon jetzt krass vernachlässigten Pflicht der Drittelfinanzierung des Pensionssystems (Staat, Unternehmen, ArbeitnehmerInnen speisen zu je ein Drittel die Pensionskassen) entledigen. Und es gäbe keine Ersatzzeiten mehr.

Die verfassungsrechtliche Fixierung des Bundesbeitrages auf bis zu 33,3 Prozent der Pensionsausgaben im ASVG wäre also eine der notwendigen Maßnahmen, das umlagenfinanzierte Pensionssystem, das sich in der Vergangenheit bewährt hat, für die Zukunft zu sichern. Eine weitere wäre, gegen Arbeitslosigkeit statt gegen Arbeitslose und gegen ungeschützte, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aktiv zu werden, damit sich die Pensionskassen mit Beiträgen füllen können.

Weiters müssten die Arbeits- und Kinderbetreuungsbedingungen in Einklang gebracht werden, damit niemandem wegen familiärer Verpflichtungen wichtige Beitragszeiten fehlen bzw. die Höhe der Pension dadurch geschmälert wird. Ebenso sollte Augenmerk auf die gesundheitlichen Aspekte der Arbeitswelt gelegt werden, denn immer mehr Menschen gehen wegen Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit früher in Pension. Die wichtigste Maßnahme wäre jedoch, die Unternehmen in die soziale Pflicht zu nehmen.

**Daher: Wertschöpfungsabgabe jetzt
 Rückkehr zum Pensionsantrittsalter von 55/60 Jahre
 Gegen die Senkung der Pensionen
 Arbeitszeitverkürzung jetzt bei vollem Lohnausgleich
 Solidarisch für eine gesicherte Existenz**

Die Ungerechtigkeit schreit zum Himmel: Einerseits wird von der konservativ-rechten Regierung die Abschaffung der so genannten Frühpensionen angestrebt, andererseits erhöht sich die Arbeitslosigkeit von über 50-jährigen Menschen drastisch. Ebenso finden viele Junge keine Erwerbsarbeitsmöglichkeit, und die Hiobsbotschaften aus den Betrieben, Schulen und Ämtern über Kündigungswellen nehmen kein Ende. Diversen Unternehmen wurde die Steueroase Österreich schmackhaft und der Öffentlichkeit weis gemacht, dies schaffe Arbeitsplätze. Nichts davon ist eingetreten. Wenn es der Regierung mit der langfristigen Sicherung der Pensionen ernst wäre, müsste sie in Wirklichkeit alles tun, um das Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungsniveau der 15- bis 60-jährigen zu heben. Denn die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitenden sind die größte Sicherheit für das Pensionssystem.

Die Maßnahmen und Vorstöße der Regierung – z. B. Verschlechterung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder Plünderung der AMS-Kassen zur Budgetsanierung – zeigen, dass auch in diesem Bereich der Raubzug zu Lasten der

Versicherten weitergeht. Die weitere Entwicklung der Gebarung des Arbeitsmarktservices hängt von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ab. Klar ist, dass eine offensive staatliche Beschäftigungspolitik mit Schwerpunktinvestitionen in den Wohnbau, die Infrastruktur, in Energieeinsparungen bzw. Rückgewinnung, in den Umweltschutz und in das Bildungs- und Gesundheitswesen notwendig wären statt Kürzung öffentlicher Leistungen. Gleichfalls wären der Ausbau und die Unterstützung der experimentellen und projektgebundenen Arbeitsmarktpolitik durch das AMS angesagt, sowie die Einführung einer Grundsicherung bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Die von der Regierung geplante Umwandlung der Notstandshilfe in Sozialhilfe macht die Betroffenen zu BittstellerInnen, deren Angehörige wären (wie in den meisten Bundesländern) regresspflichtig und die Kommunen würden vor riesigen finanziellen Problemen stehen.

Zu überdenken wäre angesichts steigender Erwerbsarbeitslosigkeit auch die Effizienz der sozialen Sicherungssysteme. Immer mehr Menschen fallen aus dem Raster der an Erwerbsarbeit gekoppelten Sozialversicherung, sei es durch prekäre, flexible Arbeitsverhältnisse oder durch das gerade für Frauen wieder hochgelobte Ehrenamt der Kinder-, Kranken- oder Altenbetreuung. Existenznot nach Auslaufen von Arbeitslosenunterstützung oder Armut trotz Arbeit nehmen zu.

Wir plädieren daher für einen Weg, der auf den Grundlagen der Sozialversicherung in Selbstverwaltung aufbaut und in Richtung Leistungsverdichtung und -optimierung sowie zu einer höheren Mindestsicherung, unter die niemand fallen darf, geht. Eine Grundsicherung muss durch deutlich verbesserte, bundesgesetzlich geregelte, staatliche Transferleistungen in Ergänzung zu einem reformierten Sozialversicherungssystem dahingehend verdichtet und angehoben werden, dass niemand in einem der reichsten Länder der Erde in Not leben muss und das jeden in Österreich lebenden Menschen erfasst. Damit ist der Kampf nicht von der Frage der Lohn- und Verteilungspolitik und vom Anteil des Staates zu trennen. Die Sozialversicherung in Selbstverwaltung ist eine

historische Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit muss für alle Menschen unabhängig von der Staatsbürgerschaft gewährleistet werden. Soziale und politische Rechte sind nicht mehr an die Staatsbürgerschaft, sondern an die Einwohnerschaft zu binden. Kein Mensch ist illegal.

**Daher: Erhöhung des Arbeitslosengeldes
Sicherung des Berufs- und Qualifikationsschutzes**

Gegen Privatisierung und Ausverkauf

Die Einsparungswut der Regierung trifft auch das Gesundheitssystem: Kostensteigerungen bei Leistungen, Erhöhung von Gebühren, Medikamenten und Selbstbehalten, Streichung der Mitversicherung, Beitragspflicht für Zusatzpensionen,

neue Belastungen bei Heilbehelfen, erhöhtes Tagesgeld für Spitalsaufenthalt oder Beitragspflicht für Kuraufenthalte. Zwar musste die Ambulanzgebühr wieder zurückgenommen werden, es wird jedoch ein 20-prozentiger Selbstbehalt für Arztbesuche angestrebt. Die politische Umfärbelung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger brachte nicht nur viele Verschlechterungen für die Versicherten, der Frontalangriff der Regierung hat in erster Linie die Privatisierung dieser Dienstleistungen zum Ziel und richtet sich gegen die Selbstverwaltung.

Statt die genannten Defizite offensiv anzugehen, entledigt sich der Staat seiner sozialen Verpflichtungen. Er verscherbelt seine Betriebe und kommunalen Infrastrukturbereiche an private Unternehmungen. Bildungseinrichtungen werden in die Autonomie entlassen, was so viel heißt wie: weniger staatliche Förderung, Stellenabbau, Sponsoring, Studiengebühren. Auch auf dem Energiesektor, im Telekombereich, bei den Gesundheitsbetrieben oder im öffentlichen Transport- und Verkehrswesen lautet das Zauberwort Liberalisierung.

Dienstleistungen werden outgesourct oder es werden Luftgeschäfte mit Cross Border-Leasing getätigt. Damit überlassen Städte ihre Wasserwerke, Abwasserkanäle, Schulen, Universitäten, Schienennetze, Rathäuser usw. unbekanntem US-Trusts. In Österreich fielen bereits an die 40 Institutionen, wie erst kürzlich das Wiener Kanalnetz, dem klassischen Scheingeschäft Cross Border-Leasing zum Opfer, von dem allenfalls US-Konzerne profitieren. Mit GATS, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen vorschreibt, wird den privaten Kapitalanlegern Tür und Tor geöffnet. Es ist ein großer Markt, der große Profite verspricht: Kranken- und Pensionsversicherung, Bildungssystem, Gesundheitseinrichtungen, öffentlicher Verkehr, Wohnbau, Umweltdienste, wie Stadtanierung, Landschaftsschutz, Mülltrennung, kulturelle Angebote, Energieversorgung, Post, Wasser, Museen – sollte sich die Lobby der internationalen Konzerne in der WTO hier durchsetzen, würden all diese Dienstleistungen künftig privat angeboten und verkauft. Und zwar profitorientiert. Die soziale Grundversorgung darf aber nicht zu einem Geschäftszweig der weltweit größten Konzerne werden!

Mit der Einschränkung von öffentlichen Leistungen werden viele Aufgaben, wie Krankenpflege, Kinder- oder Altenbetreuung, in den Familienbereich abgeschoben bzw. an (Haus-) Frauen delegiert. Das kommt dem Staat billiger und entlastet die Arbeitslosenstatistik. Über 80 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten in der EU im Dienstleistungsbereich. Diese Frauen werden die ersten sein, die dem erhöhten Wettbewerb durch Liberalisierung zum Opfer fallen. Denn die privaten Unternehmen werden ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Kostenreduktion bei den Löhnen und Gehältern zu steigern versuchen und jene in den „freien Arbeitsmarkt“ entlassen, die aufmucken.

Daher: Statt Selbstbehalte Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung

Stoppt GATS !

Uns gehört die Welt !

Die VP-FP-Regierung hat sich dem Dogma Neoliberalismus mit alle seinen negativen Erscheinungen verschrieben. Der Umbau der Gesellschaft wird gegen den Widerstand der Betroffenen durchgezogen. Die parlamentarische Opposition von Sozialdemokratie und Grünen hat ihr Interesse angemeldet, beim Zerstörungswerk mitzumachen, sollte die Regierung zu einigen Korrekturen bereit sein. Die jüngsten Koalitionsverhandlungen haben mit einigen Unterschieden den neoliberalen Grundkonsens deutlich gemacht, der bei der parlamentarischen Opposition in Fragen Pensionen, Privatisierung und Steuer- und Budgetpolitik herrscht.

Auch die SPÖ will, dass alle bis 65 Jahren arbeiten und die Pensionen in Zukunft dramatisch sinken. Aber auch die ÖGB-Führung nennt in ihrem Widerstand gegen Verschlechterungen bei den Pensionen an vorderster Stelle Terminfragen - Änderungen ja, aber nicht so schnell – und beklagt den Verlust der Sozialpartnerschaft. In dieser Situation der fehlenden Alternativen meldet sich schnell die Demagogie zu Wort. Jörg Haider sieht wieder einmal seine Stunde gekommen.

Die Gewerkschaften sind gefordert, diese Entwicklung nicht zuzulassen und Alternativen gegen den Sozialraub und den Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu entwickeln. Viele Aktionen, wie jene der steirischen KPÖ für Privatisierungsstopp, die jüngsten Kämpfe in den Betrieben, die zahlreichen Initiativen gegen das GATS-Abkommen, die zivilgesellschaftlichen Widerstände anlässlich der WTO-Treffen der internationalen Konzerneliten, der Zorn von DemonstrantInnen bei Weltbanktreffen oder die intensive Arbeit in den Sozialforen zeigen, dass immer weniger Menschen der Vernichtung ihrer Zukunft tatenlos zuschauen wollen. Sie zeigen Alternativen zum desolaten Zustand dieser Gesellschaft. Die KPÖ unterstützt alle Initiativen, die sich dem neoliberalen Zerstörungswerk entgegen stellen und beteiligt sich am Kampf, denn eine andere Welt ist möglich.

Schriftlicher Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands an den 32.Parteitag

Wahlen

In der Berichtsperiode kandidierte die KPÖ bei den Wiener Gemeinde- und Bezirksratswahlen (März 2001), bei der Gemeinderatswahl in St. Pölten (Okt.2001), Waidhofen an der Ybbs (Namensliste Käferböck, März 2002), in Krems (Okt.2002),

bei der vorgezogenen Nationalratswahl (November 2002), bei den Grazer Gemeinde- und Bezirksratswahlen (Jänner 2003), der Landtagswahl in NÖ und den Gemeinderatswahlen in Villach und Klagenfurt (jeweils im März 2003).

Voraussetzung für fast alle dieser Kandidaturen war die Aufbringung von an die 7000 Unterschriften, davon fast 6000 bei den Gemeindeämtern beglaubigte Unterschriften. Das war nur im Zusammenwirken von Funktionären des Bundesvorstands, der Wiener, Oberösterreichischen und Steirischen Landesorganisation mit den kleineren Landesgruppen möglich (Übersichten über die Detailergebnisse der Wahlen siehe im Anhang).

Gemeinderatswahl Graz: Das sensationellste Ergebnis erzielte die KPÖ-Graz mit Stadtrat Ernst Kaltenegger mit einem Zuwachs von 8555 auf 22.423 Stimmen oder von 7,86% auf 20,75% gegenüber 1998. Die KPÖ-Graz steigerte damit ihre Sitze im 56köpfigen Gemeinderat von 4 auf 12. Für die Bezirksvertretungen kandidierte die KPÖ in 14 von 17 Bezirksvertretungen und errang 14.439 Stimmen und 25 Mandate (5). In 5 Bezirken stellt sie als jeweils zweitstärkste Partei auch den stellvertretenden Bezirksvorsteher.

Im 9-köpfigen Stadtsenat ist die KPÖ mit zwei statt wie bisher mit einem Sitz vertreten. Das Wahlergebnis hatte für die KPÖ weit über den kommunalpolitischen Erfolg hinausgehende Bedeutung und wurde auch in Europa von internationalen Medien und europäischen Linksparteien stark beachtet.

Die **Wiener Gemeinderatswahl** brachte ein Jahr davor nur einen sehr bescheidenen Zuwachs von 364 Stimmen gegenüber der Kandidatur der Bewegung Rotes Wien 1996, auf Bezirksvertretungsebene aber einen deutlicheren Zuwachs von 1366 Stimmen (0,84%). Die SPÖ erreichte vor dem Hintergrund der schwarz-blauen Regierung erstmals wieder die absolute Mehrheit im Wiener Gemeinderat.

Gemeinderatswahl Sankt Pölten: Bei der Gemeinderatswahl in Sankt Pölten am 7. Oktober 2001 kandidierte die KPÖ mit 6 KandidatInnen und erreichte 231 Stimmen bzw. 0.83 Prozent (1996: 284 Stimmen bzw. 0.98 Prozent).

Gemeinderatswahl Waidhofen an der Ybbs: Bei der Gemeinderatswahl in Waidhofen am 17. März 2002 kandidierte die Liste Käferböck Robert mit einem Kandidaten und erreichte 154 Stimmen bzw. 2,16 Prozent und verfehlte ein Mandat nur um 13 Stimmen (1997: 113 Stimmen bzw. 1,54 Prozent).

In **Krems** ist der KPÖ mit Franz Kral der Wiedereinzug in den Gemeinderat gelungen, nachdem das Mandat 1998 verloren gegangen war. Die Stimmen konnten von 299 auf 431 gesteigert werden.

In **Villach** gelang mit 424 Stimmen eine Verdoppelung der Stimmen und des Prozentanteils.

In **Klagenfurt** konnte sich die KPÖ gegenüber 1997 vervierfachen und fuhr mit 804 Stimmen das beste Ergebnis seit Anfang der 70er Jahre ein. Das

Bei den **Nationalratswahlen** erreichte die KPÖ mit 27.567 Stimmen ihr bestes Ergebnis seit 1986 und Stimmenzuwächse das fünfte Mal hintereinander bei gesamtösterreichischen Wahlen seit 1994. Die Stimmenzuwächse in den Bundesländer erreichten 50 bis 100% mit Ausnahme von Burgenland (plus 0) und NÖ (plus 20%). In Wien, wo SP und Grüne besonders stark zulegen, gingen die Stimmen gegenüber der NRW 99 (damals verdoppelte die KPÖ-Wien ihre Stimmen) zurück, lagen aber gegenüber der GRW im Jahr davor darüber. In Wien kandidierte auch die Sozialistische Linkspartei (SLP).

Die **NÖ Landtagswahl** brachte für die KPÖ einen Stimmenzuwachs von 1263 auf 7.074 Stimmen oder 0,77% (1998: 0,64%). Das bedeutete Stimmenzuwächse in vielen auch kleineren Gemeinden. Die flächendeckende Kandidatur ist ein besonderer Erfolg, da NÖ in 21 Wahlkreise eingeteilt ist.

Bei den **Betriebsratswahlen**, wo Kommunistinnen und Kommunisten auf GLB- oder Namenslisten kandidierten, konnten schöne Erfolge erzielt und in manchen Bereichen auch die Betriebsratsvorsitzenden gestellt werden.

Herausragende Ergebnisse in Wien erzielte Genosse Hobek bei den PV-Wahlen der Post,

Genossin Todter bei der Erstkandidatur bei den PV-Wahlen im Spitalsbereich, Genossin Schacht beim Verein Wr.Kinder- und Jugendbetreuung und Genosse Martin Müller beim Verein Wr.Jugendzentren und in OÖ Genossin Antlanger bei Exit-Sozial.

Der **GLB** konnte großteils seine Positionen bei den Betriebsratswahlen in derGlanzstoff, bei Voith und Fitting Traisen, bei der Fernwärme Wien, anderen Betrieben und zuletzt im ZF-Werk in Steyr behaupten. Bei den ÖBB- und GdG-Wahlen musste der GLB auf Grund der speziellen Situation, dass sich die SPÖ (FSG) in Opposition zur Regierung als Alternative anbot, auf Gremienebene Verluste hinnehmen, konnte aber auf Dienststellen zum Teil Stimmengewinne erreichen, wie am Busbahnhof in Wien-Vorgartenstraße.

KSV: Bei den ÖH- Wahlen 20-22.5.03 konnte der KSV seine vor zwei Jahren errungene Position gut behaupten. Trotzdem die Zahl der wahlberechtigten Studenten auf Grund der Studiengebühren um 30.000 zurückging erzielte der KSV mit 2575 Stimmen (2001: 2756 Stimmen) für die Bundesvertretung ein prozentuell besseres Ergebnis (4,6% auf 4,8%) und ist weiterhin mit zwei Mandaten vertreten. An der Uni Wien konnte der KSV seine starke Position mit 8,2% behaupten. Das dritte Mandat für die Universitätsvertretung wurde relativ knapp verfehlt. Besonders bemerkenswert sind die hohen Stimmenanteile des KSV an den beiden Wiener Kunsthochschulen Angewandte: 7,8%, Bildende Künste 14% und die Verdoppelung der Stimmen an der Uni Klagenfurt.

Absolute und prozentuelle Gewinne gab es auch an den steirischen Unis und in Innsbruck. An der Uni Graz gewann der KSV erstmals seit den 80er Jahren ein Mandat an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät.

Unser Engagement in der Friedensbewegung

Die Anschläge in New York und Washington am 11. September 2001, bei denen 3000 Menschen getötet wurden, führten nicht nur zu einer ungeheuren Legitimationskampagne der US-Führung für ihre Kriegspläne, sondern stellten auch die globalisierungskritischen und die Friedensbewegungen vor neue Herausforderungen. Im Herbst 2001 gab es eine Vielzahl von Aktionen und Debatten in den Bewegungen, in die sich auch die KPÖ mit Flugblättern, Stellungnahmen und Plakaten einbrachte. Bei allen - auch den später folgenden und breiteren - Demonstrationen und Aktionen wurde die „Volksstimme“ verteilt, die neben den Zeitungen der Friedensbewegung als einzige Zeitung vom Krieg gegen Jugoslawien, über den Afghanistankrieg bis zum Krieg gegen den Irak konsequent Anti-Kriegspositionen eingebracht hat.

Die Verurteilung der Anschläge durch die Friedenskräfte und ihre prinzipielle Opposition zu den Kriegsplänen der US-Administration unter dem heuchlerischen Titel des „Krieges gegen den Terrorismus“ fand im Widerstand gegen den Afghanistankrieg keine breite Resonanz. Die großen Medien, die größten Teile der europäischen Sozialdemokratie und die Führungen - insbesondere der deutschen Grünen - unterstützten den Krieg, Deutschland beteiligte sich auch militärisch.

Auch zu Beginn der propagandistischen Vorbereitung des Krieges gegen den Irak waren kritische Stimmen noch selten. Die Versuche, in Österreich zu einer Verbreiterung der Friedensbewegungen zu kommen, litten zu Beginn aber auch an der Ausrichtung der Plattform: Unter dem Schlagwort der antiimperialistischen Orientierung wurde zum Teil direkt zur Solidarität mit dem Regime von Saddam Hussein im Irak aufgerufen. Zu dem blockierten Debatten zur Situation im Nahen Osten, in denen einige Gruppen, die in der Anti-Kriegs-Bewegung aktiv waren und jede Sensibilität gegen antisemitische Positionierungen im Konflikt zwischen Israel und Palästina vermissen ließen, die Einbeziehung von wichtigen Kräften und Organisationen in die Friedensaktivitäten.

Bereits mit der Vorbereitung der österreichischen Beteiligung am Europäischen Sozialforum in Florenz, das Anfang November 2002 stattfand, entstand aber ein neues Netzwerk, an dem sich auch wesentlich einzelne Branchengewerkschaften beteiligten. In dessen Diskussionen über die Zusammenhänge von Neoliberalismus und Krieg wurde auch über Aktionen gegen den drohenden Krieg gesprochen.

In Florenz entstand der Aufruf für die Friedensdemonstrationen am 15. Februar 2003, an denen sich dann weltweit über 10 Millionen Menschen beteiligten. Auch die Demonstration in Österreich wurde zur größten Friedensmanifestation seit den 80er Jahren. In der Aktionseinheit, die diese Demonstrationen vorbereitete und in die über 80 Organisationen eingebunden waren, konnten die AktivistInnen der KPÖ die fruchtbare Zusammenarbeit - insbesondere auch mit FunktionärInnen aus dem ÖGB - festigen.

Die Friedensbüros und verschiedene Friedensgruppen bereiten - unter Beteiligung der

KPÖ - für den Oktober 2003 das 2. Österreichische Friedensforum vor. Es ist dies eine jährlich geplante Veranstaltung zum Nationalfeiertag, die 2002 erstmals in Graz stattfand. Nach dem Vorbild des Kassler Friedensratschlags dient sie der Vertiefung der Analysen und der gemeinsamen Orientierung auf Aktionen. So wurde am 1. Friedensforum auch das von der Linzer Friedenswerkstatt initiierte Friedensvolksbegehren vorgestellt, das heuer auf einer Friedenskonferenz in Graz beschlossen wurde und das auf den Gemeindeämtern bereits unterschrieben werden kann.

2002 kam ein Buch „Friede braucht Bewegung“ heraus, das bereits in der 2. Auflage verkauft wird und einen längeren Beitrag über die Friedensbewegung der 80er Jahre und das Engagement der KPÖ beinhaltet.

Teilnahme an den Sozialforen

Gegen WEF 2001 in Salzburg

Im Juni 2001 wurden die Proteste gegen das World Economic Forum von der KPÖ Salzburg mit Unterstützung der Bundespartei getragen.

Auf Grund des Verbotes einer Demonstration meldete die KPÖ eine Kundgebung am Bahnhofsvorplatz an, an der ca. 3000 Personen teilnahmen.

Ein Demonstrationzug löste sich von der Kundgebung und endete in einem mehrstündigen Kessel in der Salzburger Innenstadt mit zahlreichen Verhaftungen und Anzeigen.

Im Vorlauf der Mobilisierung für Salzburg gab es Diskussionsveranstaltungen mit dem Nationalsekretär der Giovani Communisti in Wien und Salzburg.

Beim Gegengipfel setzte die KPÖ einen eigenen Akzent durch die Einladung G.Thürmers (USAP), M. Ransdorf (KP Böhmen u. Mähren) und M. Berlinguer (Rif.Com.)

Gegen WEF 2002 in Salzburg

Auf Grund der Ereignisse 2001 schlossen sich viele Organisationen und Einzelpersonen in Salzburg zusammen und bereiteten gemeinsam in Form des Salzburg Social Forums die Protestaktionen 2002 vor. Ca. 5.000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration und besuchten die inhaltlichen und kulturellen Veranstaltungen im Global Village im Salzburger Volksgarten. Die KPÖ-Salzburg veranstaltete im Vorfeld gemeinsam mit der Bundespartei eine internationale Diskussionsveranstaltung im Salzburger Volksheim, mobilisierte zur Demonstration und war gleichzeitig der wesentliche organisatorische Bestandteil des Bündnisses. Auf Einladung der KPÖ nahm auch ein Vertreter der Rifondazione Comunista als Redner an der Demonstration teil.

Europäisches Sozialforum in Florenz Nov. 2002

Ausgehend vom 2.Welt-Sozialforum in Porto Alegre entstand in Europa, wie auch in anderen Kontinenten, ein neues Netzwerk sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und Linksparteien. In mehreren Vorbereitungstreffen, darunter eines in Wien, wurden Grundlagen, Inhalt, Zeit und Ort eines ersten Europäischen Sozialforums

besprochen. Das erste Treffen in Florenz war mit 60.000 TeilnehmerInnen und einer Friedensdemo mit an die einer Million TeilnehmerInnen ein Riesenerfolg. Die KPÖ mobilisierte

zusammen mit anderen, darunter vor allem Gewerkschaften und der ÖH, einen Sonderzug mit ca. 500 TeilnehmerInnen.

Austrian Social Forum in Hallein 2003

Im November 2003 - während des ESF in Florenz - beschlossen auf Einladung der Stadtgemeinde Hallein, die aus Österreich angereisten TeilnehmerInnen, das erste österreichische Sozialforum vom 29.5.-01.06 in Hallein zu veranstalten.

Frauenpolitische Arbeit

“Gegen Ausbeutung und Krieg” lautete der Wiener Aufruf für die heurige Demonstration am Internationalen Frauentag, der auch die Schwerpunkte unserer frauenpolitischen Aktivitäten in der Berichtsperiode auf den Punkt bringt. Unser Bemühen galt der Stärkung frauenpolitischer Diskussions- und Aktionszusammenhänge für Frieden und Frauenrechte. Aktivitäten zum internationalen Frauentag gab es in Kärnten, Linz, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien.

Ein herausragendes Ereignis war die gesamtösterreichische frauenpolitische Konferenz am 26.Oktober 2002, die ein feministisches Regierungsprogramm ausarbeitete. Eine zentrale Grundsatzposition darin lautet: “Im Mittelpunkt feministischen Denken und Handelns stehen Menschen vor Wirtschaft und Profit, d.h. Frauen und Männer mit all ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen sowie deren Wohlbefinden in allen Lebenslagen im Kontext einer solidarischen Gesellschaft.“

An der Umsetzung der im Programm enthaltenen Forderung nach der Gründung eines Frauenrates wird derzeit gearbeitet, er soll auf einer weiteren Frauenkonferenz im kommenden Herbst gewählt werden. Ziel des Frauenrates ist, alle Maßnahmen in ihren Auswirkungen auf weibliche Lebenszusammenhänge zu überprüfen, eine Sozial- und Frauenverträglichkeitsprüfung anzustellen und die jeweiligen Ergebnisse in der Öffentlichkeit auch aktionsorientiert zu präsentieren. Dieser Frauenrat soll die gesamte Breite frauenpolitischer Initiativen repräsentieren.

Im Zentrum der Bemühungen um weitere Vernetzung stand ab heuer auch die Vorbereitung des Austrian Social Forum Ende Mai in Hallein aus frauenpolitischer Sicht. So ist es gelungen, auf Einladung des Frauenstammtisches 7-Stern, eine frauenspezifische Arbeitsgruppe zu bilden, entsprechende Themen für das Forum vorzubereiten und eine Mobilisierung in Gang zu setzen.

Im Zuge der konservativen “Mutterkreuzpolitik” ist eine Verstärkung der Aktivitäten militanter AbtreibungsgegnerInnen zu vermerken. Wir haben uns in Wien und Salzburg an Gegenkundgebungen beteiligt.

Frauenpolitik war ein Schwerpunkt, der im Grazer Gemeinderat eingebrachten Anträge. Beispiele dazu waren:

- Langfristige finanzielle Absicherung aller bestehenden Fraueneinrichtungen
- Einrichtung eines Fonds für in Not geratene Frauen
- Mehr Frauenärztinnen mit Kassenverträgen

- Frauengerechte Stadtplanung (Flächenwidmungsplan, Verkehr usw.)
 - Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder - insbesondere für unter 3-jährige Kinder
- Mehr Ganztagskindergärten und SchülerInnenhorte
 - Anhebung der Einkommensgrenzen für die TarifiermäÙigungen bei Krabbelstuben, Kindergärten und Horten
 - Bevorzugte Behandlung von Alleinerzieherinnen bei der Vergabe von Gemeindewohnungen.
 - Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen - würde natürlich auch vielen Frauen zu Gute kommen
 -

Auf zwei KPÖ-Frauenseminaren und den theoretischen Konferenzen zu "ArbeiterInnenklasse heute" und "Demokratie" haben wir unsere inhaltlichen Argumente weiterentwickelt: Frühjahr 2001, Seminar zur Forderung nach Mindestsicherung, die Ergebnisse wurden in der Broschüre "Existenzsichernde Arbeit und Grundsicherung für alle" ausgewertet. Herbst 2001 Seminar mit Frigga Haug zum Thema Neoliberalismus und Geschlechterverhältnisse. Des Weiteren wurden 4 Frauenversammlungen durchgeführt.

Kommunalpolitik

Kommunalpolitisches Netzwerk

Kommunalpolitischer Arbeitskreis: Es fanden insgesamt 9 Sitzungen statt. Die für 16. November 2002 geplante Sitzung fand wegen der Vorverlegung der Nationalratswahl nicht statt. Zusätzlich zu den Schwerpunkten und Stellungnahmen wurden bei jeder Beratung obligatorisch Berichte behandelt. Der Arbeitskreis hat rund 20 ständige Mitglieder und ist darüber hinaus offen.

Datum	Ort	Schwerpunkte	Stellungnahmen
3. März 2001	Leoben	Struktur/Arbeitsweise, Bundeswohnungen	Gemeinnützigkeit, Volkszählung, Wasserwirtschaft
9. Juni 2001	Graz	Kommunalkonferenz, Stadtwerke	Müllverbrennung, Militärbefugnisgesetz, Stromwirtschaft, Stadtwerke
23. September 2001	Sankt Pölten	Gemeindefinanzen, Verkehrspolitik	Infrastruktur, Gemeindefinanzen, Transitverkehr

25. Jänner 2002	Wien	Raumordnung, Auswertung Kommunalkonferenz	Raumordnung, Grundversorgung, Tarifpolitik
20. April 2002	Graz	Globalisierung, Kommunalkonferenz	Dienstleistungen, Standortpolitik
14. Juni 2002	Leoben	Sicherheit, Kommunalkonferenz	Öffentlicher Raum, Gemeindeautonomie
11. Jänner 2003	Graz	Abfallpolitik	Immobilienmarkt, Hochwasserschutz
29. März 2003	Wien	Wohnungspolitik, Buvo- Beschluss	Regierungsprogramm, Abfallwirtschaft
23. Mai 2003	Linz	Staatsreform, Anträge Parteitag	Vergabewesen, Bundeswohnungen, Staatsreform

Kommunalpolitische Konferenz: Die Konferenz 2001 fand mit rund 80 TeilnehmerInnen aus 7 Bundesländern am 17. November 2001 in Graz statt. Bei der Podiumsdiskussion „Gemeinde zu verkaufen“ am 16. November 2001 mit Ernst Kaltenecker, Waltraud Stiefsohn, Dagmar Enkelmann und Marco Nesci nahmen rund 70 Personen teil. Die Konferenz wurde in Form einer Dokumentation, sowie Thesen zur Einarbeitung in die Programmdiskussion, ausgewertet.

Die Kommunalpolitische Konferenz 2002 zum Thema „Demokratie von unten“ wurde nach bereits erfolgter Bewerbung und Einladung wegen der Vorverlegung der Nationalratswahl kurzfristig abgesagt, jedoch wurde von der KPÖ-Graz die im Zusammenhang damit geplante Podiumsdiskussion zum Thema „Bürgerrechte am Abstellgleis? - Direkte Demokratie in der Gemeinde“ durchgeführt.

Pressedienst: Von der Servicestelle für linke Kommunalpolitik erfolgten im Jahre 2001 insgesamt 25, im Jahre 2002 insgesamt 19 und 2003 insgesamt 9

„Stichwort“: Unter dem Titel „Stichwort“ erschienen zu kommunalpolitischen Themen folgende Ausgaben:

2001: Bundeswohnungen, Stadtwerke, Prüfungsausschuss, E-Wirtschaft, Grundversorgung, Gemeindefinanzen, Gemeindebudget, Wasser, Militärbefugnisgesetz, Finanzausgleich, Kleinzeitingen.

2002: Braune Flecken, GATS, Gemeindedemokratie, Kommunalkonferenz, Kommunalleasing, Kommunalpolitik, Lärmbelästigung, Mietrecht, Öffentlicher Raum, Raumordnung, Sicherheit, Sozialpass, Spitalsfinanzierung, Standortpolitik, Tarifpolitik, Transitverkehr, Vereinsrecht.

2003: Gemeinderatswahl Graz, Cross Border Leasing, GATS, Wohnungsprogramm, Hochwasserschutz, Immobilienmarkt.

„Kommunal-Infos“: Unter dem Titel „Kommunal-Infos“ erschienen 2001 insgesamt 12 Ausgaben, 2002 ebenfalls 12 und 2003 weitere 5 Ausgaben, die etwa zur Hälfte per Email bzw. postalisch an rund 100 kommunalpolitisch Tätige vermittelt wurden.

Website: Zu Jahresbeginn 2001 wurde die kommunalpolitische Website www.kpoe.at/kommunal als Informationsdrehscheibe im Internet eingerichtet, auf

welcher alle relevanten kommunalpolitischen Informationen und Materialien angeboten werden.

Datenbank: Ebenfalls wurde eine kommunalpolitische Datenbank mit relevanten Fakten über die österreichischen Gemeinden (Grunddaten, Wahlergebnisse, Bürgermeister usw.) angelegt.

Archiv: Angelegt wurde auch ein kommunalpolitisches Archiv, das derzeit über

Grundlagenmaterial zu etwa 50 Themen verfügt und als Grundlage für die Erarbeitung von „Stichworten“ oder konkrete Unterstützung bei Anfragen dient.

Bibliothek: Eine kommunalpolitische Bibliothek, die als Arbeitsbibliothek dient, wurde eingerichtet.

ReferentInnenpool: Ansatzweise wurde begonnen, einen ReferentInnenpool mit der Orientierung, dass möglichst viele kommunalpolitisch Tätige ihr Wissen auch als ReferentIn zur Verfügung stellen bzw. sich auf bestimmte Fachgebiete spezialisieren, aufzubauen.

Infogespräche: Informationsgespräche bzw. Besuche vor Ort wurden vom Kommunalreferenten für folgende Bereiche durchgeführt: 2001: NÖ (Sankt Pölten, Waidhofen an der Ybbs, NÖ), OÖ (Ried im Innkreis, Landeskommunalberatung in Attnang-Puchheim), Salzburg (Salzburg, Hallein), Steiermark (Graz, Leoben, Fohnsdorf, Knittelfeld, Trofaiach, Voitsberg), Tirol (Innsbruck), Wien (Ottakring, Wien). 2002: Klagenfurt, Villach, Hallein, Salzburg, Waidhofen an der Ybbs, Krems, Graz, Leoben.

Beratungen: Eine Beratung über die Tätigkeit in Prüfungsausschüssen in der Steiermark fand im Juni in Leoben, eine kommunalpolitische Beratung zur Vorbereitung der OÖ Gemeinderatswahl 2003 im November in Attnang-Puchheim statt. Das, als Nachfolge der Bewegung Rotes Wien, neu gegründete Forum „Links-Kommunal“ in Wien führte einige kommunalpolitische Veranstaltungen zu Themen, wie Strom-Liberalisierung und Nahverkehr, durch. Ein bundesweites Seminar mit Uwe Hixsch (PDS) fand im April 2002 in Wien zum Thema Grundversorgung statt. Kommunalpolitische Seminare und Beratungen fanden in Graz, Salzburg und Linz statt. Der Bundesvorstand behandelte im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis von Graz am 28. Februar 2003 schwerpunktmäßig die Kommunalpolitik. Im Rahmen des Besuches von Uwe Hixsch (PDS) fanden im April kommunalpolitische Gespräche in Hallein, Purkersdorf und Graz statt.

Ortszeitungen: Die Ortszeitungen der KPÖ spielen für die kommunalpolitische Arbeit eine wesentliche Rolle. Im Berichtszeitraum sind in folgenden Orten in unterschiedlicher Erscheinungsweise als Postwurf, Verteilung oder mit adressiertem Versand verbreitete Ortszeitungen erschienen: NÖ (Waidhofen, Sonntagberg, Sankt Pölten, Krems, Hainburg, Wiener Neustadt, Zwentendorf, Traisen, Fischamend), OÖ (Linz, Steyr, Wels, Attnang-Puchheim), Salzburg (Salzburg, Hallein), Steiermark (Graz, Leoben, Trofaiach, Gußwerk, Eisenerz, Fohnsdorf, Judenburg, Knittelfeld, Müzzuschlag, Voitsberg, Kapfenberg), Tirol (Innsbruck), Wien (Wien, Hietzing,

Liesing, Donaustadt).

Schwerpunkte

Bundeswohnungen: Das Thema wurde von der KPÖ bereits im Jahre 2000 aufgegriffen (Beschluss der Parteikonferenz im September, Landtagswahlkampf Steiermark, Anträge in Gemeinderäten, Flugblätter usw.). Der Kommunalpolitische Arbeitskreis beschloss am 3. März 2001 eine Petition an den Nationalrat, die von 826 Personen unterstützt und am 15. Juni 2001 übergeben wurde. Die Petition wurde im zuständigen Petitionsausschuss behandelt. Weiters wurde ein Plakat in 2 Formaten herausgegeben. Es wurden elf Mieterversammlungen (Steiermark 7, Oberösterreich 2, Tirol 1, NÖ 1) zum Teil mit

enormen Besuch durchgeführt.

Stadtwerke: Das Thema wurde von der KPÖ-Graz bereits im Jahre 2000 mit einer Tagung im September aufgegriffen. In Graz bildete sich ein überparteiliches Stadtwerkekomitee, von dem 14.500 Unterschriften gesammelt und dem Gemeinderat übergeben wurden. Zum Thema Stadtwerke gab es auch in Kapfenberg Aktivitäten. Bei der entscheidenden Abstimmung am 5. Juli 2002 stimmten KPÖ, Grüne und einzelne Gemeinderäte von SPÖ gegen den Verkauf.

Grundversorgung: Vom Bundesvorstand wurde beginnend mit Herbst 2001 eine Kampagne gegen den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums im Bereich der Grundversorgung beschlossen. Dazu gab es 2001 in Wien (Plakatserie, Veranstaltungen von „Links-Kommunal“, Falter, Anteilschein, öffentliche Aktionen), Steiermark (Flugblatt Postämterschließung), Oberösterreich (Infostände, Kleinplakatserie, Falter, Petition an die Arbeiterkammer, Postwürfe wegen Postämterschließung) Aktivitäten. Die Kampagne wurde 2002 weitergeführt. Dazu wurde ein Plakat im Format A1 und A3 herausgegeben. Öffentliche Aktionen fanden in Wien, Steiermark und Oberösterreich (Aktionswoche in Linz, Falter, Kleinplakatserie) statt. Im Zuge des Wahlkampfes für die Nationalratswahl wurde die Petition „Volksabstimmung über den Schutz des öffentlichen Eigentums vor Ausverkauf“ gestartet, die 2003 weitergeführt wird.

Militärbefugnisgesetz: Ausgehend von einem Aufruf der Friedenswerkstatt Linz vom November 2000 fasste der Gemeinderat von Purkersdorf am 8. März 2001 einen Beschluss gegen den Vollzug des Militärbefugnisgesetzes. Von insgesamt rund 30 Gemeinderäten, sowie der AK-OÖ und Wien und der ÖH-Bundesvertretung und der ÖH-Linz wurden gleichartige oder ähnliche Beschlüsse gefasst. Die Bewegung gegen das MilBefG hat eine beachtliche Eigendynamik erlangt.

Gesundheit: Unter dem Titel „Ratschlag“ führte die KPÖ-Niederösterreich im Juni 2001 eine Tagung mit Experten zum Thema „Gesundheit“ als Abschluss einer Kampagne zu diesem Thema durch.

Verkehr: Vom Bundesvorstand wurde der Kommunalpolitische Arbeitskreis auch mit der Wahrnehmung der Thematik Verkehrspolitik beauftragt. Im November fand ein „Ratschlag“ der KPÖ-Niederösterreich zum Thema „Verkehrspolitik“ statt. Zum

Thema Verkehrspolitik wurde von der KPÖ-NÖ das Programm „Verkehrsplanung ist Lebensplanung“ herausgegeben.

Kommunalpolitik: Am Rande des Städtetages in Graz vom 22. bis 24. Mai 2002 richteten vier fortschrittliche Kommunalpolitiker (Kaltenegger, Amann, Ebner, Baum) ein „Manifest für eine zukunftsfähige Gemeinde“ mit Alternativvorschlägen zu den Bereichen Autonomie, Grundversorgung und Finanzen an die Öffentlichkeit.

Sozialpass: Die KPÖ-Wien entwickelte ein Modell für einen Sozialpass und startete dazu eine Kampagne (Falter, Plakat, Aktionen usw.). Das Thema Sozialpass wurde bei der Gemeinderatswahl 2003 auch in Klagenfurt und Villach aufgegriffen. In Graz wurde die bereits vor Jahren begonnene Kampagne für einen Sozialpass fortgesetzt und bei der Gemeinderatswahl thematisiert.

Umwelt: Im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im August gab es neben einer Stellungnahme des Bundesausschusses und einer Spendensammlung am „Volksstimme“-Fest örtliche Aktivitäten der KPÖ in Zwentendorf und Fischamend.

GATS: Bis Ende April 2003 fassten die Gemeinderäte in bundesweit rund 160 Gemeinden und Städten, darunter Wien, Linz, Graz, Sankt Pölten, Steyr und Hallein, Beschlüsse im Zusammenhang mit den GATS-Verhandlungen, größtenteils verbunden mit der Forderung nach einem Verhandlungsstopp.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

In der Berichtsperiode brachte der BuVo eine überarbeitete Neuauflage des früheren beschäftigungspolitischen Programms mit dem Titel „Existenzsichernde Arbeit und Grundsicherung für alle“ heraus. Die Neuauflage unterscheidet sich durch eine breitere sozialpolitische Fundierung und wurde vor allem im NR-Wahlkampf eingesetzt.

Mit dem Antritt der Regierung Schüssel II wurde das Memorandum der KPÖ „Existenzsichernde Arbeit - existenzsichernde Pensionen, wir lassen uns das Sozialversicherungssystem nicht zerschlagen“ neu bearbeitet und aktualisiert. Es dient als Grundlage unseres Kampfes gegen die Pensionsreform und vieler öffentlicher Stellungnahmen zu diesem Thema.

Mit der Schwerpunktsetzung gegen Privatisierung und Ausverkauf startete der BuVo anlässlich der NR-Wahl eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den Nationalrat, die weiter geführt wird.

In der vergangenen Periode unterstützte die KPÖ viele Initiativen und Aktionen des Gewerkschaftlichen Linksblocks, die sich gegen den Ausverkauf und die Zerstückelung von Post, Bahn und Einrichtungen im kommunalen Bereich richteten. Im Zusammenhang mit der Absetzung Sallmutter als Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger mobilisierten GLB und KPÖ für die ÖGB-Demo, sie forderten die Demokratisierung der Selbstverwaltung und stellten die Forderung nach einer Urabstimmung auf. Dies wurde im ÖGB-Vorstand in Form der ÖGB-Urabstimmung beschlossen und im September 2001 erfolgreich

durchgeführt.

Bis zum Zerfall der Regierung Schüssel I bildeten die Donnerstagsdemos und die "Botschaft der besorgten Bürger" einen ständigen Faktor der Mobilisierung gegen die Regierungspolitik. Die KPÖ gewährte zahlreichen Aktivisten dieser Bewegung kostenlose Rechtshilfe, die meist erfolgreich war. Die KPÖ beteiligte sich an der Mobilisierung gegen die Einführung der Studiengebühren.

MigrantInnen-Politik

Die Anerkennung der KPÖ als konsequente politische Kraft in migrationspolitischen Zusammenhängen durch MigrantInnen-Gruppen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Schon in der Vergangenheit ist es gelungen, KandidatInnen aus dem jugoslawischen und türkischen Bereich für die KPÖ zu gewinnen, so auch bei den letzten NRW. Besonders wichtig ist aber, abseits von gemeinsamen Wahlkämpfen, eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den verschiedensten Organisationen aus dem türkischen, kurdischen, jugoslawischen und dem antirassistischen Bereich aufrecht zu erhalten und

weiter zu entwickeln.

Aus dem türkischen Bereich besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der ÖDP, DİDF und ATİGİF, mit weiteren Organisationen eher punktuelle Aktivitäten, aus dem kurdischen Bereich mit Feykom, sowie die Zusammenarbeit zwischen einer kurdischen Tageszeitung und der „Volksstimme“, im jugoslawischen Bereich mit dem Jugoslawischen Dachverband.

Durch die Intensivierung der Kontakte zu ATİGİF in den letzten beiden Jahren ist deren Unterstützung für die KPÖ-Kandidatur bei den NRW bundesweit möglich gewesen.

Die Zusammenarbeit mit den Organisationen gestaltete sich in den vielfältigsten Formen: Über die verschiedenen Antikriegsaktivitäten, die Demonstration und Aktivitäten gegen den Integrationsvertrag und die Verschärfung des Asylgesetzes, die Teilnahme an großen Veranstaltungen, wie den Newrozfesten, Konzerten, Filmwochen und Podiumsdiskussionen, bei denen KPÖ-VertreterInnen auftreten konnten, gemeinsame 1. Mai-Kundgebungen und Demos, beim „Volksstimme“-Fest, sowie über konkrete Hilfestellungen und Unterstützungen, die die KPÖ für Veranstaltungen in diesem Bereich geben kann.

Als neue Form der Einbeziehung unterschiedlicher MigrantInnen- und antirassistischen Organisationen hat sich das ASF herausgebildet.

Das integrationspolitische Dokument des BuVo hat sich als gute Grundlage für den gemeinsamen Kampf für gleiche politische und soziale Rechte aller in Österreich lebenden Menschen bewährt. Das antirassistische Profil der KPÖ zu schärfen, daran muss weiter gearbeitet werden. Die Gründung einer eigenen antirassistischen Grundorganisation in Wien ist ein konkreter Beitrag dazu.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Öffentlichkeitsreferent ist für die Pressearbeit im engeren Sinn

(Presseaussendungen, Pressekonferenzen, ...) verantwortlich, sowie für die Herstellung diverser Materialien (Plakate, Folder, Flugblätter, Pickerl).
Zusätzlich ist Genosse Zach seit Anfang 2001 für das "Argument" und die Betreuung der KPÖ-Bundes-Website zuständig.

A) (zentrale) Presseaussendungen

1999 - ca. 90
2000 - ca. 120
2001 - ca. 190
2002 - ca. 170
2003 - ca. 50 - Stand: Ende Mai

Noch größer fallen die Zahlen aus, wenn über die APA-OTS mit Stichwort KPÖ nachgeforscht wird, wobei 2 Punkte zu beachten sind: a) in Wahljahren sind zusätzlich OTS-Wahlresultatsnennungen enthalten - und das sind nicht wenige, b) Fremd-OTS-Aussendungen, in denen die KPÖ erwähnt wird, sind enthalten - daher auch die 126 Meldungen (inkl. ca. 50 wegen EU-Wahl)

1997: 55 Meldungen
1998: 112 Meldungen
1999: 301 Meldungen (inkl. ca. 50 EU- und NR-Wahlen)
2000: 158 Meldungen

2001: 348 Meldungen (inkl. ca. 100 Wiener GR-Wahl)
2002: 265 Meldungen (**ohne** NR-Wahl)
2003 - Stand: 18. Mai: 83 Meldungen

Die durchgehende Überprüfung der Resultate in den Medien ist nicht möglich, da der Observer bereits 1999 aus Kostengründen abbestellt wurde. Feststellbar ist folgende Tendenz: Je brisanter eine innenpolitische Frage ist, um so schwieriger ist es, Gehör in den Medien für unsere Positionen zu finden. Nichts desto Trotz sind wir, was die mediale Widerspiegelung von KPÖ-Aktivitäten betrifft, trotz der geringeren für Öffentlichkeitsarbeit aufgewandten Mittel, ein gutes Stück vorwärts gekommen - wobei wir uns klar sein müssen, dass der Weg noch ein sehr weiter ist.

B) "Argument":

2001: 11 reguläre Nummern, 3 Sondernummern "Argument-Extra" (Themen: Volksbefragung, WEF in Salzburg & "Privatisierung öffentlichen Eigentums")
2002: 16 reguläre Nummern, 3 Sondernummern "Argument extra" (2 zum WEF in Salzburg, 1 zur NR-Wahl)
2003: bis zum Parteitag 10 Nummern
Mit Argument-Extra-Ausgaben, im Regelfall mit einer Druckauflage von cirka 50.000 Stück - wobei ein Großteil per Post an vorhandene Adressen verschickt wird - werden Interessierte zu aktuellen Themen informiert und ein positiver Bezug zu KPÖ=Kompetenz=Aktivität hergestellt.

C) Inserierungen

Inseriert wird primär in diversen Kleinmedien, wie Anschläge, AUF, Weiberdiwan, Südwind, Guernica, TV-NEWS, Bunte-Zeitung, Zwanzger, Korso, Augustin.
Während Wahlkämpfen wird weiters versucht, in den Zeitungen der jugoslawischen

und türkischen Community KPÖ-Positionen zu lancieren.

D) Bundes-Website:

Neukonzeption und Neugestaltung der Homepage - Ergebnis: die Zugriffszahlen haben sich im Durchschnitt auf an die 300.000 pro Monat im Vergleich zu 2000 verdreifacht.

Die Zahlen bestätigen die große Bedeutung, die diesem Medium zukommt. Die Website wurde im NR-Wahlkampf täglich upgedatet.

1999 hatten wir im Wahlmonat September 62.000 Anfragen von cirka 2.739 Rechnern.

2002 im November (NR-Wahl) hatten wir 974.000 Anfragen von cirka 29.000 Rechnern.

E) Produzierte Materialien in der Berichtsperiode

●	Broschüre - Wohin geht die EU?	5.000 Stück
●	Broschüre - Existenzsichernde Arbeit....	5.000 Stück
●	Statut der KPÖ	1.500 Stück
●	Folder "KPÖ - die linke Alternative"	5.000 Stück
●	Folder zu Urabstimmung im ÖGB	2.000 Stück
●	Folder: Jugend hat Rechte	4.000 Stück

An Plakaten wurden hergestellt:

- 1.500 Stück A 2 zur Volkszählung 2001
- WEF-Kundgebung 2001: 2 Plakate (A 2) zu je 2.000 Stück

- Anti-Privatisierungskampagne: 1.500 Stück A 2
- "Krieg ist Terror"-Plakat - 2 Ausführungen A 2/jeweils 2.000 Stück
- zentrales Plakat für Losurdo-Veranstaltungsreihe
- Plakat zu WEF-Kundgebung 2002
- Plakat zum Ankauf neuer Abfangjäger
- Plakate zur NR-Wahl (siehe Punkt F)

Sonstiges:

- 1. Mai Abzeichen - 2001, 2002, 2003
- Herstellung diverser Pickerl & zentraler Flugblätter
- Intensive Mitarbeit im Wiener Gemeinderatswahlkampf 2001
- Organisierung der Buchproduktion "Stalin und wir"

F) Öffentlichkeitsarbeit im NR-Wahlkampf 2002

Insgesamt stand ein Budget von ca. 36.000 Euro zur Verfügung.

Neben der Wahlplattform gab es an zentralen Verteilmaterialien einen Eröffnungsfolder zur Wahl (55.000 Stück) und einen Abschluss-Folder (25.000 Stück).

Ein Argument-Extra mit einer Druckauflage von 58.000 Stück - ca. 40.000 wurden per Post verschickt - wurde ebenfalls produziert.

Produziert wurden auch diverse Pickerl-Sujets (insgesamt ca. 15.000 Stück).

Produziert wurden - gemeinsam mit den türkischen KandidatInnen -

Veranstaltungsplakate und eine zweisprachige Wahlbroschüre (3.000 Stück).
Gemeinsam mit GLB-Eisenbahn und GLB-Post wurden Kooperationsprojekte durchgeführt.

Die „Volksstimme“ hat 7 KPÖ-KandidatInnen portraitiert und auch sonst den Wahlkampf nach Kräften unterstützt.

Die zentrale Pressearbeit war schwierig - es gelang uns aber, mehrmals mit kurzen Berichten in die diversen „Zeit im Bild´s“ zu kommen.

„Volksstimme“-Fest

Das jährliche „Volksstimme“-Fest ist weiterhin die größte öffentliche Veranstaltung der KPÖ.

Trotz enger budgetären Grenzen konnte das Fest seinen Charakter und seine Vielfalt (5 Bühnen, davon 1 mit Kinderprogramm, Sportfest, Internationale Beteiligung, etc...) bewahren und mehrere zehntausend vor allem junge BesucherInnen anziehen. Die laufenden finanziellen Einsparungen wirken sich vor allem auf das Programm aus, dessen Durchführung nur durch die Bereitschaft vieler KünstlerInnen möglich ist, aus Interesse und Solidarität mit dem Fest, zu sehr kleinen Gagen aufzutreten.

Der Verjüngung des Publikums Rechnung tragend, wird seit 2001 an einem Tag das Programm auf einer der Bühnen von der KJÖ-Junge-Linke als Jugendprogramm gestaltet und die Bühne als „Vorneweg-Bühne“ beworben.

Durch die Beteiligung anderer linker Gruppen, Solidaritäts- und MigrantInnengruppen und Initiativen in der Initiativenstraße, im Solidorf und im Zentrum Arbeitswelt ist das Fest längst zu einem Fest der Begegnung nicht nur der KPÖ und der LeserInnen der „Volksstimme“ sondern großer Teile der Linken geworden. Weit über unser Umfeld

hinaus wird die politische und kulturelle Vielfalt des Festes und sein multikultureller Charakter geschätzt.

„Linkes Wort“: Heuer schreiben LiteratInnen bereits das sechste Jahr eigene Texte für die beliebte Lesung am Fest. Die jährliche Dokumentation dieser Texte erscheint

(Alle aktuellen Informationen unter www.volksstimmefest.at).

Das Fest 2001 stand unter dem Motto „Das Fest feiern, die Privatisierer feuern“ und war Auftakt der Kampagne der KPÖ und des GLB gegen Privatisierung und Ausverkauf. Anlässlich der Verhaftung und Verfolgung der „Volxtheater-Karawane“ bei der großen Internationalen Demo der globalisierungskritischen Bewegung in Genua gab es mit ihrer Anwältin aus Italien eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung am Fest.

Das Fest 2002, auf Grund des Schönwetters mit rekordverdächtigen Besuch, stand unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich.“ Gemeinsam mit dem Salzburger Social Forum nützten wir das Fest um die Anti-WEF-Demo in Salzburg und das erste Europäische Social Forum in Florenz zu bewerben. Dazu fand eine Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen des österreichischen Vorbereitungs Komitees statt. Walter Baier trat als Festredner auf, mit dem Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela wurde eine Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Lage in seinem Land durchgeführt. Die KPÖ Wien nützte das Fest, ihren Vorschlag für einen Sozialpass vorzustellen. Alle diese

Aktivitäten zielten darauf ab, das Fest stärker zu politisieren und insbesondere das Diskussionszelt aufzuwerten und besser auszugestalten.

Regelmäßig findet eine Woche nach dem „Volksstimme“-Fest das „Volkshausfest“ in Graz statt, das auch von mehreren hundert Menschen besucht wird.

Internationale Zusammenarbeit

Neben zahlreichen bilateralen Kontakten mit befreundeten Kommunistischen und Linksparteien nimmt die KPÖ, allerdings eingeschränkt auf Grund des reduzierten Budgets für internationale Arbeit, an Parteitagen, internationalen Konferenzen und thematischen sowie Aktionsforen (Frieden, Sozial etc.) teil.

1. Zur Zeit ist die KPÖ in folgenden internationalen Zusammenhängen aktiv tätig:

Das **“Neue Europäische Linke Forum” (NELF)**. In diesem 1993 von 6 Linksparteien gegründeten Forum sind derzeit 22 Parteien vertreten. Die KPÖ hat seit 1999 Beobachterstatus. Von 2000 bis 2002 fand eine intensive Debatte über die künftige Entwicklung von NELF statt. Der pluralistische Charakter dieses Zusammenschlusses ist mittlerweile allgemein akzeptiert. Auch eine Öffnung für weitere interessierte Parteien in Ost- und Westeuropa ist beschlossen. Das NELF versteht sich nun in erster Linie als ein Ort der Begegnung, des Austausches und des Kennenlernens von politischen Positionen. Die KPÖ könnte im NELF auch den Status eines Vollmitglieds erhalten.

Der **“Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken-Nordisch Grün-Linke” (GUE)** im Europäischen Parlament. Die Fraktion besteht derzeit aus 50 Mitgliedern, 42 Abgeordneten von Parteien (linkssozialistische, kommunistische, trotzkistische) und einigen Einzelabgeordneten, die aus der sozialdemokratischen bzw. grünen Fraktion “übergewechselt” sind. Assoziierte Parteien aus dem (noch) nicht- EU Raum sind: AKEL

(Zypern), KP Böhmen und Mähren, slowakische KP, sowie die Linkspartei Norwegen. Die KPÖ hat keinen formalisierten Status, arbeitet aber in einigen Bereichen eng mit der Fraktion zusammen bzw. hält regelmäßigen Kontakt und kann über die MitarbeiterInnen der Fraktion sowohl Informationen als auch fallweise ReferentInnen erhalten.

Transform: Dieses neu entstandene Netzwerk zur Koordinierung europäischer marxistischer Bildungsinstitutionen (keine Parteien) arbeitet mit der “Volksstimme” zusammen. Es ist zu einem bedeutenden Partner der sozialen Bewegungen geworden. Im Rahmen von “Transform” nimmt der Parteivorsitzende als Herausgeber der “Volksstimme” an internationalen Veranstaltungen teil, wie z. B. in Porto Alegre und am ESF in Florenz.

Die **Europäische Anti-Maastricht-Allianz (TEAM)**. Diese Allianz umfasst Anti-EU und EU-kritische Initiativen und einige wenige Parteien aus Ost- und Westeuropa.

Das politische Spektrum reicht von konservativ bis links. Die KPÖ hat in diesem Zusammenschluss weiterhin Beobachterstatus.

Das **Sao Paulo-Forum**, das seit 1990 besteht. Dieses größte Forum der Lateinamerikanischen Linken unterhält auch ständige Beziehungen zu europäischen Parteien. Die KPÖ nimmt regelmäßig an den Treffen teil. Dies ermöglichte auch eine

2. Bemühungen um einen europäischen Zusammenschluss von Linksparteien:

In den letzten Monaten haben sich die Aktivitäten rund um die Frage der Schaffung eines europäischen Parteienzusammenhangs stark intensiviert. Zum einen hängt dies mit den EU Wahlen im Juni 2004 zusammen. Nicht nur die Verringerung der Sitze pro Land und das Hinzukommen weiterer MandatarInnen aus den "neuen Ländern", sondern auch der Beschluss des Rates, Gelder nur mehr an europäische Parteien zu vergeben, drängen zu Entschlüssen. (Alle anderen Parteiengruppierungen haben bereits europäische Parteien gegründet) Der wesentlichere Aspekt ist die Erkenntnis, dass die europäische Linke, unabhängig von parlamentarischer Repräsentanz, durch gemeinsame Aktionen als politische Kraft stärker in Erscheinung treten muss.

Entsprechend des vom BuVo 2002 gefassten Beschlusses hat die KPÖ bisher bei zwei Treffen zur Frage der Schaffung eines solchen Zusammenhanges teilgenommen. In diesem Beschluss wird festgehalten, dass die KPÖ grundsätzlich solchen Bemühungen positiv gegenübersteht. Es wird auch betont, dass jeder geplante Zusammenschluss bei klarem antikapitalistischen Profil nicht ausgrenzend sein kann und der Realität der Existenz einer pluralistischen Linken Rechnung tragen muss. Konkrete Ergebnisse sind bis jetzt nicht abzusehen.

2001 wurde eine Broschüre zur Position der KPÖ zur EU Erweiterung herausgegeben.

3. Die internationale und interregionale Kooperation konnte in dieser Tätigkeitsperiode ausgeweitet werden, vor allem durch vermehrte Veranstaltungsangebote mit ReferentInnen von befreundeten Parteien aus Europa und auch Lateinamerika.

Regelmäßige Kontakte bestehen zu den in Österreich tätigen Gruppen Kommunistischer und Linksparteien und antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen. Die Kontakte und Zusammenarbeit mit Parteien aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens wurden auf Grund der aktuellen Situation (Israel-Palästina, Irak-Krieg) ausgebaut.

Gelungen ist der Aufbau eines Solidaritätskomitees (Bolivarischer Zirkel) für Venezuela.

Durch den Tod von Genossen Franz Muhri, dessen Arbeitsgebiet vor allem den osteuropäischen Raum umfasste, konnten die Kontakte zu den entsprechenden Parteien zum Teil nicht im bisherigen Ausmaß aufrecht erhalten werden. Diesem Bereich kommt aber in nächster Zeit durch die EU-Erweiterung größere Bedeutung zu.

Internationale Kontakte bestehen auch seitens einzelner Landesorganisationen zu regionalen Parteiorganisationen befreundeter Parteien.

Friedens- und Antikriegsinitiativen auf internationaler Ebene werden vorwiegend in Kooperation mit unseren VertreterInnen in der Friedens- und Neutralitätsbewegung wahr genommen.

Die internationale Arbeit wird durch die zum überwiegenden Teil ehrenamtlich tätigen GenossInnen der Arbeitsgruppe für Internationale Politik geleistet und koordiniert.

Programmdiskussion und marxistische Bildungsarbeit

Theoretische Konferenz: "ArbeiterInnenklasse - heute", Sept.2001 in Wien, 85 TeilnehmerInnen, zusammenfassende Thesen dazu im BuVo beschlossen und im "Argument" (Feb./02) veröffentlicht

Kommunalpolitische Konferenz, Nov.2001 in Graz, 80 TeilnehmerInnen (Siehe Kommunalpolitik)

Theoretische Konferenz: "Kapitalismus-Sozialismus-Demokratie", März 2002 in Wien, 160 TeilnehmerInnen, zusammenfassende Thesen dazu im BuVo beschlossen und im "Argument"(Juni/02) veröffentlicht.

Vortragsreihe mit Domenico Losurdo: "Von der Utopie zum kritischen Kommunismus" (über Gramsci), Nov.2001.

Vortragsreihe mit W.F.und F.Haug: Präsentation des "kritischen Wörterbuches des Marxismus" (in Zusammenarbeit mit dem KSV), Mai 2002

Seminar und Vortragsreihe mit Werner Seppmann (DKP): "Neue Technik - Neue Gesellschaft?", Mai 2001

Seminar mit Frigga Haug: "Feminismus und Marxismus", Okt. 2001

Seminar mit H. Neubert und W. Hedeler : "Geschichte der kommunistischen Bewegung", Nov.2001, Referate wurden als Broschüre veröffentlicht.

Seminar und Vortragsreihe mit Uwe Hicks: "Grundversorgung öffentlich oder privat?", April 2002 (siehe Kommunalpolitik)

Seminar "Globalisierung und soziale Bewegung", April 2002; Thesen zu "kapitalistische Globalisierung, Neoliberalismus und der Bewegung von Seattle und Genua" vom BuVo beschlossen und im "Argument" (Nov./01) veröffentlicht.

Seminar: "Fragen an den Sozialismus des 21.Jahrhunderts", Jänner 2003

Seminare zur marxistischen Bildungsarbeit werden auch von einzelnen Landesorganisationen durchgeführt, so z.B. allein fünf von der LO OÖ und zwei von der LO Wien in der Berichtsperiode.

Wahl der Programmkommission des Bundesvorstandes zur Ausarbeitung programmatischer Thesen im Mai 2002: Koordination: Walter Baier, zur Auswertung der Konferenz zur Arbeiterklasse: Michael Graber, Heidi Ambrosch, zur Auswertung der Kommunalkonferenz: Leo Furtlehner und eine steirische Genossin, zur Auswertung der Demokratiekonferenz: Mirko Messner, Karin Antlanger, Europapolitik: Waltraud Fritz- Klackl, Oliver Jonischkeit, Internationalismus und Globalisierung: Irene Filip, Günter Hopfgartner, steirisches Landesprogramm: zwei VertreterInnen aus Steiermark, GLB:

Manfred Groß, KSV: Karina Korecky, KJÖ-JG: Tom Hubmayer. Gen. Petra Stöckl und Claudia Trost lehnten ihre Wahl ab. Die steirischen GenossInnen nahmen ebenfalls nicht teil.

Bundesvorstand beschließt den Thesen das Konsens-Dissens-Prinzip zu Grunde zu legen.

Vorlage von 25 Thesen der Programmkommission und deren Veröffentlichung durch den BuVo Ende August 2002.

Der steirische Landesvorstand setzt eine "Begutachtungskommission" ein, die zum Schluss kommt, dass die "Thesen" und das steirische Programm "in allen wesentlichen Fragen der Programmatik einer Kommunistischen Partei unvereinbar sind."

Der Bundesvorstand fordert die Vertreter der KPÖ-Steiermark im Oktober neuerlich auf, Dissenspunkte darzulegen und diese gleichberechtigt in ein Programmdokument aufzunehmen.

Es finden insgesamt drei Diskussionsrunden zwischen Vertretern der Programmkommission und des steirischen Landessekretariats über die Möglichkeit eines gemeinsamen Dokuments statt.

Der Bundesvorstand macht im Dezember 2002 neuerlich auf die Gefahr einer Spaltung des Programmprozesses aufmerksam, "die in Widerspruch zu dem für die Erarbeitung eines Programms der KPÖ notwendigen kollektiven und offenen Diskussionsprozesses stehen würde."

Auf der Homepage der KPÖ und im "Argument" wurden über 100 Beiträge zur Programmdiskussion veröffentlicht.

Internationales Symposium der KPÖ "Kommunistische Identität im 21.Jahrhundert" unter Beteiligung von Referenten der PDS, DKP, KPF und KP Venezuelas am 15. März.

Konferenz der KPÖ Steiermark über "Die internationale Bedeutung des steirischen Landesprogramms" am 22. März.

Der Bundesvorstand beauftragt Manfred Groß in Auswertung der bisherigen Diskussion mit der Ausarbeitung eines Beschlussantrages des BuVo an den 32. Parteitag. Dieses Dokument stellt neben aktuellen politischen Positionen vor allem gemeinsame Standpunkte zu Politik und Selbstverständnis der KPÖ dar und richtet sich vor allem nach außen.

„Volksstimme“

Seit dem letzten Parteitag mussten die Ausgaben für die „Volksstimme“ weiter verringert werden; dies ging vor allem auf Kosten des Honoraraufwands für externe Beiträge und Fotos; das Lektorat wird seit einem Jahr durch die RedakteurInnen selbst durchgeführt; weiters mussten die „stummen Verkäufer“ in Wien eingestellt werden. Auch Sonderbeilagen wurden aus Einsparungsgründen nicht mehr publiziert. In Summe ergab dies eine höhere Arbeitsbelastung für die drei – auf Basis von Werkverträgen arbeitenden – RedakteurInnen.

Dennoch gelang es, die „Volksstimme“ seit dem letzten Parteitag in mehrerer Hinsicht zu entwickeln; ein neues Layout wurde umgesetzt, das den Anteil kürzerer informativer Texte erhöht; innenpolitische sowie gewerkschaftliche Themenbereiche wurden ausgeweitet. Zwei Terminseiten wurden eingeführt, der Informationsanteils am Gesamtumfang vergrößert. Durch die Versendung des „Argument“ als Beilage erhalten sämtliche Parteimitglieder zumindest bei dieser Gelegenheit auch die „Volksstimme“.

Die „Volkstimme“ bewährte sich in den Streikaktionen beim Postbus und in den jüngsten

gewerkschaftlichen Aktionen, was auch in der verbesserten Zusammenarbeit mit aktiven und auch führenden Gewerkschaftern zum Ausdruck kam. Das Gleiche gilt für die „Volksstimme“ als Sprachrohr der Friedensbewegung und in der Vorbereitung des Austrian Social Forum.

Im Mai 2002 wurde die Internet-Schiene begründet; sie wird unterdessen von rund 3.500 Personen täglich besucht. Die „Volksstimme“ lukriert weiterhin die Presseförderung, weil sie eine verkaufte wöchentliche Auflage von über 5.000 Stück nachweisen kann. Seit letztem Parteitag - Ende 2000 - wurden rund 1.300 neue AbonnentInnen geworben, davon knappe 400 über die VS-Website seit Mai 2002.

Die „Volksstimme“ führt seit zwei Jahren den Untertitel "Linke Wochenzeitung. Herausgegeben von der KPÖ".

Alfred Klahr Gesellschaft

Die Alfred Klahr Gesellschaft, deren Auftrag darin besteht, die Archiv- und Bibliotheksbestände der KPÖ zu verwahren, zu verwalten und wissenschaftlich zu erschließen, führt einmal im Jahr ein wissenschaftliches Symposium durch. Im Oktober 2001 waren das die Symposien: "Zwischen Wiener Kreis und Karl Marx", im Gedenken an den kommunistischen Wissenschaftler und langjährigen Angehörigen der KPÖ Prof. Dr. Walter Hollitscher und im Oktober 2002: "30 Jahre Ortstafelsturm in Kärnten". Für Herbst 2003 ist ein Symposium zum 60. Jahrestag des "Moskauer Memorandums" geplant.

Das erweiterte Protokoll des Hollitscher-Symposiums ist als Sonderband 2 der Schriftenreihe "Quellen und Studien" der A. Klahr Gesellschaft erschienen.

Ein weiterer Sonderband "Gelebte Solidarität" von Charlotte Rhombach befasst sich mit der Geschichte der österreichischen Schutzbundkinder in der Sowjetunion.

Die Vorlesungen des Präsidenten der Gesellschaft Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann "Karl Marx - Friedrich Engels, ein Vademekum über ihr Leben und Werk" und "Soziale Utopien und utopischer Sozialismus" erschienen als Sonderbände 1 und 3.

Seit zwei Jahren führt die Gesellschaft vierteljährig öffentliche Veranstaltungen an ihrem Sitz in der Drechslergasse 42 durch.

Organisationspolitik

1. Organisationsentwicklung

Seit dem letzten Parteitag sind 184 Mitglieder neu beigetreten, was deutlich unter der Zahl der Neubei-tritte der vorherigen, allerdings längeren Berichtsperiode (Neubei-tritte zwischen 30. und 31. Parteitag 220) liegt. Für die selbe Berichtsperiode (Redaktionsschluss 24.05.) wurden dem Bundesvorstand 233 Austritte und 251 Todesfälle mitgeteilt. Es gelang uns auch in dieser Berichtsperiode nicht, den Rückgang unserer Mitgliederzahl zu stoppen.

Nach wie vor sind 57% der Parteimitglieder 60 Jahre und älter (31. Parteitag 59%). Der Anteil der bis 30 Jahre alten Parteimitglieder hat sich geringfügig erhöht und liegt bei 5,25% (31. Parteitag 4,46%)

Die Gesamtpartei gliedert sich in ihre Landesorganisationen. In drei Bundesländern ist die Landesorganisation gleichzeitig die Grundorganisation ihrer Mitglieder. Im

Burgenland und in Vorarlberg gibt es derzeit keine Leitung und finden Mitgliederzusammenkünfte nur auf direkte Initiative des Bundesvorstandes statt.

Die übrigen 6 Landesorganisationen gliedern sich in 52 Bezirksorganisationen und 30 nach örtlichen, betrieblichen oder thematischen Gesichtspunkten zusammengesetzte Parteigruppen. Im Berichtszeitraum wurde eine neue Bezirksorganisation in Völkermark (Kärnten), eine thematische Parteigruppe "Linzer Frauengruppe" in Linz und eine thematische Parteigruppe "GO gegen Rassismus" in Wien neu gegründet.

2. Zur Tätigkeit des Organisationsreferates

Folgende Aufgabenstellungen oblagen in der vergangenen Tätigkeitsperiode dem Organisationsreferat:

***Sitzungsvorbereitung / Berichterstattung (Argument, Internet) und Protokollführung** der BUA und BUVO-Sitzungen, regelmäßige Beschlusskontrolle, insgesamt fanden in der Berichtsperiode bis zum Redaktionsschluss dieses Berichtes 22 Bundesvorstandssitzungen und 43 Bundesausschusssitzungen statt. Organisatorische Vorbereitung von Parteitagen und Parteikonferenzen.

* Bundesweite **Terminkoordinierung**, ein zentraler Terminkalender wird laufend aktualisiert im internen Forum im Internet (www.kpoe.at/intern) veröffentlicht, allen Landesorganisationen und allen BUVO-Mitgliedern übermittelt.

* Im Berichtszeitraum gab es 3 zentrale **Beratungen mit den Landesverantwortlichen**. Eine am 11. Mai 2001. In dieser Beratung wurde aus den Ländern über die Organisationsentwicklung berichtet. Weiters wurde die Mobilisierung und Teilnahme an zentralen Seminaren im Rahmen der Programm- und Bildungsarbeit und die zentrale Mobilisierung zur Anti-WEF-Demo und Unterstützung der KPÖ - Salzburg Anfang Juli 2001 besprochen.

Eine weitere Beratung der Landesverantwortlichen fand zur Vorbereitung der Initiative Dialog im Mai 2002 und eine im September 2002 zur Organisation unserer bundesweiten Kandidatur (Aufbringung der Unterstützungserklärungen, Einreichung der Landeswahlvorschläge und andere Wahlkampffragen) zur NRW 2002 statt.

* Organisatorische **Vorbereitung und Bewerbung div. Seminare, Konferenzen und Veranstaltungsrundreisen** (siehe auch marxistische Bildungsarbeit), auf die Teilnahme der hauptberuflich beschäftigten FunktionärInnen an zentralen Seminaren wurde insbesondere im Jahr 2001 und 2002 von Seiten des Organisationsreferates auf Grundlage entsprechender Beschlüsse großer Wert gelegt.

* Koordinierung der **Initiative Dialog** gemeinsam mit den Landesorganisationen. Dazu fasste der BUVO im April 2002 einen Beschluss. Auf Grund der NR-Wahl wurde die kampagnenmäßige Durchführung unterbrochen und nach den NR-Wahl nur von einzelnen Parteiorganisationen wieder aufgenommen. In vielen Parteiorganisationen fanden allerdings zur Vorbereitung des 32. Parteitages Mitgliederversammlungen und Diskussionsrunden mit zentralen ReferentInnen statt. In Wien wurden insgesamt 11 Dialogveranstaltungen durchgeführt, 7 vor und 4 nach den NRW-Wahlen. 6 ursprünglich als Dialogveranstaltungen einberufene Versammlungen wurden auf Grund der kurzfristig vorverlegten NR-Wahlen und der dazu einberufenen Parteikonferenz zu einer politischen Diskussion genützt.

In NÖ fanden trotz Vorbereitung einer Landeskonzferenz 3 Dialogveranstaltungen statt. Auch dort wurden 2 Veranstaltungen zur Diskussion zu den vorverlegten NRW genützt. Ebenso wurde bei den 3 in OÖ, einer in der Stmk, einer in Kärnten und

einer in Vorarlberg geplanten Dialog-Veranstaltung verfahren. Von Mitgliedern des

Organisationsarbeitskreises bei den Dialogveranstaltungen verfasste Protokolle werden bis zum Parteitag dokumentiert.

* Weiters oblag dem Organisationsreferat die **bundesweite Koordinierung des Wahlkampfes** zur NR-Wahl, im Besonderen die Organisierung der Unterstützung der Landesorganisationen Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bei der Aufbringung der Unterstützungserklärungen, die bundesweite Unterstützung der Unterschriftenaufbringung zu den Wiener Gemeinderatswahlen (März 2001) in Wien und den Niederösterreichischen Landtagswahlen (März 2003). Mitgearbeitet wurde vom Organisationssekretär auch bei der Unterschriftenaufbringung des GLB zur Kandidatur bei PV und Gewerkschaftswahlen der Gemeindebediensteten (April 2002) in Wien.

* Zur aktuellen Aktionskoordinierung und anderen Fragen der Zusammenarbeit fanden **wöchentliche Besprechungen mit der KJÖ-Junge Linke, dem KSV** und in der Bewegung gegen Schwarz-Blau, am Aufbau von Sozialforen und an der Organisierung der Antikriegs- und Solidaritäts- und Protestaktionen beteiligter Genossinnen und Genossen statt. Ein darüber hinausgehender vom Bundesausschuss angestrebter regelmäßiger Dialog mit dem AA der KJÖ - Junge Linke konnte seitens der KJÖ aus terminlichen Gründen leider nicht aufrecht erhalten werden.

3. Organisationsarbeitskreis

Mit der Leitung und Koordinierung eines nach dem 31. Parteitages neu gebildeten Organisationsarbeitskreises wurde vom Bundesvorstand Leo Mikesch (ÖÖ) betraut. An der Arbeit des Arbeitskreises nahmen für die LO-Steiermark Andreas Fuchs, für NÖ Walter Filip, für Wien Claudia Krieglsteiner, für die Frauenstruktur Lilly Stadler, sowie für den Buvo Johann Höllisch und Didi Zach teil. Der Arbeitskreis tagte in der Berichtsperiode 6 mal. Er wurde u.a. mit folgenden Fragen befasst:

* Auswertung einer organisationspolitischen Bestandsaufnahme im Zuge einer Landesverantwortlichenberatung vom 11.05.2001.

* Vorschläge der Genossen Fellner und Seidl zur Durchführung einer Mitgliederbefragung. Als Ergebnis der Diskussion wurde der Vorschlag zur Durchführung der Initiative Dialog ausgearbeitet, dem Bundesvorstand vorgelegt und von diesem beschlossen (zur Durchführung siehe oben).

* Zugewiesene Anträge der KPÖ Steiermark für eine geänderte Vorgangsweise zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen des BUVO an Parteitagen.

* Vorschläge des Genossen Wendt zum Ablauf der 1. Parteitagssitzung.

* Vorschlag zur Ausgabe neuer Mitgliedsausweise, die auf Grund der vorverlegten Nationalratswahlen und darauf folgender Parteitagsvorbereitung auf 2004 verschoben wurde.

4. Übersicht über Dienstposten der KPÖ (politische und technische Planstellen)

Alle in der KPÖ Beschäftigten werden aus Einsparungsgründen im Zusammenhang mit dem Prozess in Deutschland nur 33 Std./Woche bezahlt.

Bundesvorstand: 7 DP (33 Std.) inkl. W. Baier, der auch die Herausgeberfunktion in der Volksstimme wahrnimmt, 2 DP (20 Std.), 1 DP (8 Std.), 1 geringfügig

NÖ: 4 DP (33 Std.), 1 geringfügig

OÖ: 2 DP (33 Std.), 1 DP (20 Std.), 1 GLB-Regionalsekretär (von GLB bezahlt)

Salzburg

Stmk: 9 DP (33 Std.) - davon werden 2 aus dem Landesbudget und 1 von der BO Graz

finanziert, 2 DP (20 Std.), 1 geringfügig - wird von der BO Graz finanziert, 1 GLB-Regionalsekretär (von GLB bezahlt).

Wien: 2 DP (33 Std.) plus 1 DP (Mieterselbsthilfezentrum), 1 DP (25 Std.), 2 DP (20 Std.), 2 geringfügig (inkl. Siebenstern).

Burgenland, Kärnten, Tirol, Vorarlberg derzeit keine DP